

2 AkteurInnen

Anfang April 1923 verstarb Julij Martov nach langer Krankheit im politischen Exil in der Weimarer Republik. Martov war seit der Teilung der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands* (SDAPR) in eine bolschewistische und eine menschowistische Fraktion auf dem Londoner Parteitag von 1903 das Gesicht der Parteilfraktion der Menš'eviki gewesen. Bis zu seinem Tod blieb er deren unangefochtener Anführer, womit der frühere Weggefährte Lenins in den letzten 20 Lebensjahren zu seinem direkten politischen Gegenspieler avancierte. Nicht nur seinen ParteikollegInnen war daher bewusst, dass mit Martovs Tod eine politische Ära in der osteuropäischen Sozialdemokratie zu Ende ging. Martov wurde auch innerhalb der internationalen sozialistischen Bewegung hochgeschätzt. Dies verdeutlichen nicht zuletzt die in der Parteizeitung der SDAPR abgedruckten Nachrufe deutschsprachiger Sozialisten: Karl Kautsky, Otto Bauer, Arthur Crispian, Rudolf Hilferding und Friedrich Adler würdigten Martovs politische Karriere postum in hohen Tönen.¹

Unter den zahlreichen in der Parteizeitschrift abgedruckten Nachrufen gab es zwei, die auf Martovs Beziehung zur jüdischen ArbeiterInnenbewegung Bezug nahmen.² Martov selbst entstammte einer osteuropäisch-jüdischen Familie und zum Anfang seiner politischen Karriere stand er in enger Beziehung zu jüdischen revolutionären Gruppierungen in Vilna. Isai Judin war Verfasser eines dieser Artikel. Vor dem Ersten Weltkrieg wichtiger Parteifunktionär des *Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes* (Bund), befand sich Judin seit 1922 ebenfalls im politischen Exil in Berlin. Dort wurde er aufgrund seiner bisherigen politischen Aktivitäten Mitglied des Zentralkomitees der Auslandsvertretung der SDAPR und ein Sprecher des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion*.

Martov und Judin kannten sich bereits seit 1895 aus ihrer gemeinsamen Zeit in Vilna.³ In seinem 1923 verfassten Nachruf argumentierte Judin in seiner Doppelfunktion als Repräsentant des *Bund* und der russländischen Sozialdemokratie, dass Martov für das jüdische Proletariat nicht nur als Theoretiker und Anführer

1 Die Ausgabe des *Socialističeskij vestnik* (SV) vom 24. April 1923 war dem verstorbenen Martov gewidmet. In ihr wurden Artikel von den oben genannten deutschsprachigen Sozialisten in russischer Sprache veröffentlicht. Vgl. SV, Vol. 3 (1923), Nr. 8/9 (24.04.1923).

2 Dies sind Judin, Isai: L. Martov i evrejskij proletariat. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 8/9 (24.04.1923). S. 11f. sowie ein aus der jiddischsprachigen ArbeiterInnenzeitung „Unzer Gedank“ aus Vilna übersetzter Artikel: Aleksandr.: L. Martov v Vil'ne. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 8/9 (24.04.1923). S. 13.

3 Für weitere biografische Informationen über Isai Judin vgl. Aronson, Grigorij: Isai Aizenshtat – der pionier fun „Bund“. In: Aronson, Grigorij (Hrsg.): *Rusish-yidishe inteligents. Khlal-tuer, shrayber, politiker, tragishe geshtaltn*. Buenos Aires 1962. S. 37–54.

der russländischen Sozialdemokratie Vorbildcharakter besaß, sondern darüber hinaus auch „ideologischer Begründer des *Bund*“⁴ gewesen sei. Martov, so Judin weiter, sei der erste gewesen, der in einer Rede am 1. Mai 1895 den Aufbau einer eigenständigen jüdischen ArbeiterInnenorganisation forderte.⁵ Mit seinem Tod hätten die jüdischen ArbeiterInnen „ihren allerliebsten und wertvollsten Altersgenossen verloren, mit dem man aufwuchs und die Jugendjahre verbrachte.“⁶

Diese politische Einordnung des jungen Martovs als zeitweilig wichtigen Weggefährten der jüdischen ArbeiterInnenbewegung stieß auf scharfe Kritik. Vladimir Kosovski sah hierin beispielsweise eine postum geschönte und nicht zutreffende Darstellung. Kosovski, der Bundist der ersten Stunde war und seit 1919 auch im Berliner Exil lebte, kannte Martov ebenfalls bereits aus Vilnaer Zeiten zur Jahrhundertwende.⁷ Anders als Judin sah Kosovski in Martov allerdings einen Gegner des *Bund* und stritt ebenfalls ab, dass dieser als „ideologischer Begründer“ des *Bund* bezeichnet werden könne. Vielmehr habe bereits vor der Ankunft Martovs eine jüdische und jiddischsprachige ArbeiterInnenbewegung in Vilna existiert. Außerdem sei, so Kosovski weiter, die Ideologie des *Bund* vielschichtig und könne nicht darauf reduziert werden, dass jüdischen ArbeiterInnen die sozialistische Erziehung in ihrer Muttersprache ermöglicht werde. Die Forderung nach sozialistischer Agitation in jiddischer Sprache reiche nicht, um als Unterstützer des *Bund* zu gelten. Bei der Betrachtung von Martovs Lebensweg nach der Jahrhundertwende werde vielmehr klar, dass dieser sogar Gegner und kein Unterstützer des *Bund* gewesen sei.⁸ Kosovski schlussfolgerte deshalb, dass diejenigen, die behaupten, der junge Martov sei Unterstützer der jüdischen ArbeiterInnenbewegung gewesen, wie es beispielsweise in Judins Würdigung formuliert worden war, einem großen Irrtum unterlägen.⁹

4 Judin, Isai: L. Martov i evrejskij proletariat. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 8/9 (24.04.1923). S. 11 f. Hier S. 12.

5 Ein Abdruck dieser Rede befindet sich in: Amiantov, Jurij (Hrsg.): *Bund. Dokumenty i materialy. 1894–1921*. Moskau 2010. S. 37–48.

6 Judin, Isai: L. Martov i evrejskij proletariat. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 8/9 (24.04.1923). S. 11 f. Hier S. 12.

7 Es ist nicht abschließend geklärt, aber sehr wahrscheinlich, dass sich Judin und Kosovski ebenfalls erstmalig während ihrer gemeinsamen Zeit in Vilna um 1895 herum getroffen haben.

8 Auf die Gegnerschaft Martovs zum *Bund* ab 1902 verweist auch der zweite in der SDAPR-Parteizeitung abgedruckte Artikel, führt dies jedoch nicht weiter aus. Vgl. Aleksandr.: L. Martov v Vil'ne. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 8/9 (24.04.1923). S. 13.

9 Vgl. Kosovski, Vladimir: Martov un di rusishe sotsial-demokratie. Der „Bund“, Martov, Lenin, Plekhanov, un Akselrod. In: *Di tsukunft*, Vol. 9 (1924), Nr. 3. Die Zeitungsredaktion verweist darauf, dass der Artikel bereits im Juli 1923 eingegangen war, demnach wenige Wochen nach Judins oben

Das Verhältnis osteuropäisch-sozialistischer Führungspersönlichkeiten jüdischer Herkunft zu ihrem eigenen jüdischen und sozialistischen Selbstverständnis, der jüdischen ArbeiterInnenschaft und deren Parteien wurde während der Berliner Exilzeit wiederholt thematisiert. Ein diesbezüglich zweites Beispiel ist ein Artikel des russländischen Sozialdemokraten Pavel Aksel'rod, Mitbegründer der sozialdemokratischen Bewegung im Russländischen Reich, der 1928 im Berliner Exil verstarb. Vier Jahre zuvor hatte die jiddischsprachige Monatszeitschrift *Di tsukunft* einen von Aksel'rod bereits 1882 verfassten und den HerausgeberInnen nach bisher unveröffentlichten Artikel über die damaligen antisemitischen Pogrome im Russländischen Reich publiziert. Die Zeitungsredaktion beschrieb diesen als Schlüsseltext für Aksel'rods Abkehr von der *narodniki*-Bewegung hin zur Sozialdemokratie. In dem Artikel argumentiert Aksel'rod, dass die „jüdisch-sozialistische Intelligenz“¹⁰ sich bisher zu stark von den jüdischen Massen abgegrenzt habe. Die Pogrome würden deutlich machen, dass diese Trennung falsch gewesen sei und jüdische RevolutionärInnen zugleich internationalistisch denken sowie die jüdischen Massen unterstützen und weiterbilden müssten. Die russländische Judenheit sei, so Aksel'rod weiter, anders als bisher unter jüdischen RevolutionärInnen angenommen, eine besondere Nation innerhalb des multiethnischen Reiches, die von den sie umgebenden christlichen Mitmenschen gehasst und verfolgt werde. Grund hierfür sei ein Zusammenspiel von nationalen und religiösen Vorurteilen, gepaart mit einer besonderen ökonomischen Situation, in die die russländische Judenheit hineingedrängt wurde. Aufgrund der Pogrome stellte Aksel'rod in dem Artikel von 1882 unter der Gruppe revolutionärer Jüdinnen und Juden ein Umdenken und eine Hinwendung zu den jüdischen Massen fest. Von den christlichen ArbeiterInnenkreisen verlangte er, dass sie

zitiertem russischsprachigen Artikel in der SV. Aus Platzmangel konnte der Artikel aber erst verspätet publiziert werden.

10 Aksel'rod, Pavel: Pogromen un di revolutsiunere bevegung mit 43 iohr tsurik. Vi di yidishe sotsialisten hoben dan farshtanen zayne oyfgaben. In: *Di tsukunft*, Vol. 9 (1924), Nr. 9. Wenn hier und im Folgenden die Begriffe Intelligenz und Intellektuelle zitiert bzw. aus jiddisch- und russischsprachigen Quellen übersetzt werden, sollen diese nach Christina Morina als in der Frühphase des Sozialismus verwendete Begriffe für ein „spezifisches politisches Selbstverständnis“ verstanden werden, welches mit einem Engagement-Begriff einhergeht. Vgl. Morina, Christina: *Die Erfindung des Marxismus. Wie eine Idee die Welt eroberte*. München 2017. S. 13. Die Historikerin Helga Grebing verwendet ebenfalls den Begriff der jüdischen Intellektuellen für die Zeit der Weimarer Republik. Sie definiert den Intellektuellenbegriff folgendermaßen: „Intellektuelle sind Menschen (Frauen und Männer), die ihre Positionen schreibend und redend reflektieren oder kommunikatorisch dazu beitragen, damit dies geschehen kann – sie können, müssen aber nicht akademisch gebildet sein.“ Grebing, *Jüdische Intellektuelle und ihre politische Identität*, S. 11.

weitere Pogrome gegen jüdische ArbeiterInnen verhindern müssten und sich ihre sozialen Kämpfe ausschließlich gegen bürgerliche Kräfte wenden dürften.¹¹

Bereits einige Monate vor der Publikation von Aksel'rods Analyse zu den Pogromen von 1881, die sicherlich auch auf gegenwärtige Entwicklungen verweisen sollte, entfachte Abraham Liessin eine scharfe Diskussion über Zugehörigkeitsverständnisse osteuropäisch-jüdischer ExilantInnen. Liessin war ein in New York lebender Lyriker und Herausgeber der Zeitung *Di tsukunft*. In einem Brief an den wenige Monate zuvor nach Berlin migrierten Rafail Abramovič beschuldigte er die „gesamte führende jüdisch-sozialistische Intelligenz“¹², die jüdische Bevölkerung in Osteuropa durch den Weg ins Exil im Stich gelassen und sie den Bol'seviki überlassen zu haben. An Abramovič adressiert schrieb er: „Der Unterschied ist, dass ich zuerst einmal ein Jude bin und dann erst ein Partei-Sozialist, dagegen seid Ihr zuerst einmal ein Men'sevik und erst danach ein Jude, ein Bundist.“¹³ Wäre dies nicht der Fall, so Liessin weiter, wäre Abramovič in der Sowjetunion geblieben und hätte sich dort politisch für die osteuropäischen Judenheiten eingesetzt.

Abramovič zeigte sich schockiert über die Anschuldigung. In einer mehrseitigen, öffentlichen Replik legte er seine Sicht auf die Situation der osteuropäischen Judenheiten in der Zeit des Russländischen Reiches und nach der Oktoberrevolution sowie die aktuelle politische Situation für politisch Andersdenkende in der Sowjetunion dar. Der Weg ins Exil sei, so Abramovič, für russländische SozialistInnen zwangsläufig gewesen, da es keinen Kompromiss mit den Bol'seviki hätte geben können. Die Sowjetunion sei eine große Gefahr für Judenheit und ArbeiterInnenklasse zugleich. Das Hauptproblem bei Liessins Argumentation sah er aber darin, dass dieser von gänzlich falschen Prämissen ausginge. Die sozialistische und jüdische Zugehörigkeit dürfe nicht gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr müsse ein echter marxistischer Sozialist zugleich proletarische und nationale Interessen im Blick haben: „Ein echter (d. h. marxistischer) Sozialist ist zur selben Zeit ein Sozialist und ein Jude.“¹⁴

Die dargestellten, ganz unterschiedlichen Diskussionen über das Verhältnis der drei in Berlin lebenden politischen Exilanten zur osteuropäischen Judenheit

11 Vgl. Akselrod, Pavel: Pogromen un di revolutzionere bevegung mit 43 iohr tsurik. Vi di yidishe sotsialisten hoben dan farshantan zayne oyfgaben. In: *Di tsukunft*, Vol. 9 (1924), Nr. 9.

12 Zitiert nach Abramovič, Rafail: *Di yidn un der rusisher bolshevizm. Der yidisher komunist un der yidgezkom*. In: *Di tsukunft*, Vol. 7 (1922), Nr. 12.

13 Abramovič, Rafail: *Di yidn un der rusisher bolshevizm. Der yidisher komunist un der yidgezkom*. In: *Di tsukunft*, Vol. 7 (1922), Nr. 12.

14 Abramovič, Rafail: *Di yidn un der rusisher bolshevizm. Der yidisher komunist un der yidgezkom*. In: *Di tsukunft*, Vol. 7 (1922), Nr. 12.

sind paradigmatische Beispiele dafür, dass in den 1920er Jahren unter osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen über individuelle wie kollektive Zugehörigkeiten zu Ethnos, Ideologie und Staatlichkeit debattiert wurde und dieses Dreieck der Zugehörigkeit miteinander verschränkt war. Viel deutet auch darauf hin, dass diese Debatten in verschiedenen Sprachräumen unterschiedlich geführt wurden. So wurde Aksel'rod in einem deutschsprachigen Nachruf aus dem Jahr 1928 zwar als „Sohn eines bettelarmen jüdischen Proletariers“¹⁵ beschrieben, der „[a]us den tiefsten Niederungen der Rechtlosigkeit“¹⁶ emporgestiegen sei. In seiner politischen Funktion wurde er dagegen lediglich als Russe, Europäer und Internationalist bezeichnet.¹⁷ Dies unterschied sich von der bereits zitierten jiddischsprachigen Publikation, in der er als Teil einer zeitgenössischen „jüdisch-radikalen Intelligenz“¹⁸ vorgestellt wurde.

Im eigenen Selbstverständnis der sich in den 1920er Jahren im Berliner Exil befindenden PolitikerInnen, teilweise auch erst angefacht durch äußere Zuschreibungen, verbanden sich Zugehörigkeitsverständnisse zum Sozialismus, zur Judenheit und zum osteuropäischen Herkunftsraum zu einer multiplen Zugehörigkeit. Diese hatte sich vor dem Ersten Weltkrieg im Kontext des Russländischen Vielvölkerstaats entwickelt. Nach dem Zusammenbruch des Russländischen Reiches verblieben die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen mit diesem multiplen Zugehörigkeitsgefühl, das nun jedoch weder in westeuropäischen Nationalstaaten noch in der Sowjetunion zu passen schien.

Die Antwort auf die Frage, inwieweit die osteuropäisch-jüdische Herkunft das politische Selbstverständnis und das sozialistische Handeln beeinflusste, unterschied sich von Person zu Person, teilweise sogar in Abhängigkeit von der jeweiligen Lebensphase. Gerade die Beispiele von Martov und Aksel'rod zeigen aber, dass diese Debatte nicht nur unter BundistInnen und ZionistInnen geführt wurde, die sich selbst als Teil einer jüdischen ArbeiterInnenbewegung verstanden. Sie wurde auch an Personen osteuropäisch-jüdischer Herkunft herangetragen, die sich der Sozialdemokratischen oder Sozialrevolutionären Partei angeschlossen hatten und sich als politische AkteurInnen mit ihrer eigenen jüdischen Herkunft vordergründig nicht beschäftigten. Revolutionäre Lebensgeschichten von „non-Jewish Jews“¹⁹ wurden in jiddischer Sprache veröffentlicht und dadurch in die jüdische Publizistik der 1920er Jahre getragen. Ihre Lebenswege wurden als

15 Dan, Fëdor: Paul Axelrod. In: Die Gesellschaft, Vol. 5 (1928), Nr. 6.

16 Dan, Fëdor: Paul Axelrod. In: Die Gesellschaft, Vol. 5 (1928), Nr. 6.

17 Vgl. Dan, Fëdor: Paul Axelrod. In: Die Gesellschaft, Vol. 5 (1928), Nr. 6.

18 Akselrod, Pavel: Pogromen un di revolutsonere bevegung mit 43 iohr tsurik. Vi di yidishe sotsialisten hoben dan farshtanen zayne oyfgaben. In: Di tsukunft, Vol. 9 (1924), Nr. 9.

19 Für den Begriff „non-Jewish Jew“ vgl. Deutscher, The non-Jewish Jew.

eine „von vielen möglichen Antworten auf die jüdisch-jugendlichen Suchbewegungen in der Moderne“²⁰ wahrgenommen. Die Publikation der revolutionären osteuropäisch-jüdischen Lebenswege von noch lebenden ParteipolitikerInnen hatte in der Zwischenkriegszeit aber noch zwei weitere Funktionen: Sie diente der Erinnerung an eine osteuropäisch-jüdische Lebenswelt,²¹ die in dieser Form in der Sowjetunion bereits verschwunden war, und erschien zugleich als ein Angebot, Lehren für zeitgenössische gesellschaftspolitische Probleme zu ziehen.

Die genannten Politiker Martov, Aksel'rod, Abramovič und Kosovski waren Teil einer nach dem Ersten Weltkrieg in Berlin zusammengeführten und aus mehreren Dutzend Personen bestehenden Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen. Gemeinsam teilten sie „generationsspezifische Erfahrungsfristen und Erfahrungsschwellen“²², die sich in den beispielhaft beschriebenen multiplen Zugehörigkeiten manifestierten. Die osteuropäisch-jüdischen sozialistischen ExilantInnen waren geprägt von einem gemeinsamen „Lebensweg [...], der] darin besteht, einmalige oder wiederholte Erfahrungen zu machen und zu sammeln, zu regeln oder eben gemeinsame Erfahrungsschübe zu erleiden.“²³ Konkret handelte es sich dabei um einen osteuropäisch-jüdischen Erfahrungssatz, der generationsübergreifend wirkte, einen osteuropäisch-revolutionären Erfahrungsbefund, an dem sie als RevolutionärInnen mit unterschiedlicher Parteizugehörigkeit aktiv mitwirkten, und die für sie prägende Erfahrungsschwelle der Revolutionen von 1917 in Osteuropa, die für zahlreiche sozialistische AnführerInnen des Russländischen Reiches in eine lebenslange Emigrationszeit führte.²⁴

Angelehnt an die theoretischen Überlegungen Reinhart Kosellecks handelte es sich bei der im Berlin der Weimarer Republik bestehenden Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen um eine zeitweilige Generationseinheit, die durch Migrationsbewegungen entstand und sich durch fortschreitende Migrationsbewegungen in den 1930er Jahren wieder auflöste. Der Soziologe Karl Mannheim definierte bereits in den 1920er Jahren eine Generationseinheit als Gruppe, die durch gemeinsame Schicksale verbunden ist und eine konkrete Verbundenheit durch ähnliche politische Einstellungen teilt. Er unterschied den Begriff Gene-

20 Schüler-Springorum, Stefanie: „Dazugehören“: Junge jüdische Kommunisten in der Weimarer Republik. In: Hotam, Yotam (Hrsg.): *Deutsch-jüdische Jugendliche im „Zeitalter der Jugend“*. Göttingen 2009. S. 167–180. Hier S. 168.

21 Für den Begriff „Lebenswelt“ vgl. Haumann, Heiko: *Lebenswelten und Geschichte. Zur Theorie und Praxis der Forschung*. Wien/Köln/Weimar 2012.

22 Koselleck, Zeitschichten, S. 36.

23 Koselleck, Zeitschichten, S. 36.

24 Die Begriffe „Erfahrungssatz“, „Erfahrungsbefund“, „Erfahrungsschub“ und „Erfahrungsschwelle“ sind entnommen aus: Koselleck, Zeitschichten, S. 19–41.

rationseinheit von zwei größeren generationellen Zusammenhängen: vom Generationszusammenhang, dessen Mitglieder gemeinsame Schicksale teilen, und von der Generationslagerung, die ausschließlich durch das Leben im selben historisch-sozialen Raum verbunden ist.²⁵

Generationstheoretische Ansätze fanden in der ArbeiterInnenbewegungsgeschichte bereits vielfältig Verwendung. In schon kurz nach dem Holocaust veröffentlichten jiddischsprachigen Nachrufen und Erinnerungspublikationen wird der Begriff *dor* [Generation] für die Charakterisierung der SozialistInnen osteuropäisch-jüdischer Herkunft genutzt. Eine solche Veröffentlichung stellt die Autobiografie des bereits genannten osteuropäisch-jüdischen Sozialisten Rafail Abramovič dar. Dessen Anspruch war es, nachfolgenden Generationen anhand seiner eigenen Biografie die Entscheidungen der *tuer* und *shrayber*²⁶ der heterogenen osteuropäischen revolutionären Bewegung um die Jahrhundertwende zu vermitteln. Sich und seine MitstreiterInnen charakterisiert er dabei als „Generation russisch-jüdischer Intellektueller, die sich an zwei Revolutionen beteiligte (1905 und 1917)“²⁷. Seinem Verständnis nach gehörten dieser Generation ParteianführerInnen und TheoretikerInnen der SR, der SDAPR – sowohl Men’sheviki als auch Bol’sheviki – und des *Bund* sowie linke ZionistInnen an. Durch die Entwicklungen im Revolutionsjahr 1917 zerbrach die bis dahin durch einen gemeinsamen Gegner zusammengehaltene heterogene „russisch-jüdische Generation zweier Revolutionen“²⁸ und teilte sich in zwei politische Richtungen auf: eine sozialistisch-sozialdemokratisch und eine kommunistisch geprägte Bewegung.

Ebenfalls werden generationsbezogene Analysen in jüngeren Forschungsarbeiten vorgenommen. Der Historiker Henry J. Tobias unterscheidet zwischen zwei GründerInnengenerationen des *Bund*.²⁹ Yuri Slezkine beschreibt für die osteuropäisch-jüdische Lebenswelt zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen Generationenkonflikt, aufgrund dessen viele junge Jüdinnen und Juden sich revolutionären

25 Vgl. Mannheim, Karl: Das Problem der Generationen. In: Mannheim, Karl: Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk. Eingeleitet und herausgegeben von Kurt H. Wolff. Neuwied/Berlin 1964. S. 509–565 [zuerst 1928]. Koselleck verwendet ebenfalls den Begriff der „Generationseinheit“, ohne ihn genauer zu definieren.

26 *Tuer* ist ein jiddischsprachiger Begriff, der politischen Aktivismus einer Person beschreibt. Für eine Begriffsannäherung vgl. Wolff, Neue Welten, S. 63–69. Unter den Begriff *shrayber* fasst Abramovič Personen, die journalistisch, publizistisch oder wissenschaftlich tätig waren und sich der revolutionären Bewegung zugehörig fühlten.

27 Abramovitsh: In *tsvey revolutsies*, Band 1, S. 3. Weitere Beispiele für die Verwendung des Generationenbegriffs sind: Levin-Shazkes, I.: A *dor* vos iz avek. In: *Der veker*, Vol. 29 (1950), Nr. 1. S. 3–5; Menes, Der lebns-veg; Aronson, Rusish-yidishe inteligents.

28 Abramovitsh, In *tsvey revolutsies*, Band 1, S. 4.

29 Vgl. Tobias, The Jewish Bund in Russia, S. 236.

Bewegungen anschlossen.³⁰ Kürzlich publizierte Christina Morina anhand von neun europäischen Biografien eine Studie über die „Gründergeneration des Marxismus“³¹, die die marxistische Theorie in Europa verbreiteten. Morina zeigt, dass sich die Personen „in einem stetigen schriftlichen und mündlichen Austausch [befanden und] ein grenzübergreifendes Netzwerk [bildeten]“³². Zugleich werden generationsspezifische Erklärungsmuster in der Forschung kritisch betrachtet, da der Kollektivbegriff – solange keine Spezifizierung vorgenommen wird – eine große Unschärfe in sich trägt.³³ Die HistorikerInnen Ulrike Jureit und Michael Wildt verweisen deshalb darauf, dass sich generationelle Betrachtungen besonders dann anbieten, wenn historische Zäsuren eine Abgrenzung von vorherigen und nachfolgenden Generationen sinnvoll erscheinen lassen. Ferner betonen sie, dass in generationellen Forschungsarbeiten geprüft werden solle, inwieweit Generationszusammenhänge auch nur temporär Bestand gehabt haben könnten.³⁴

Die von Wildt und Jureit formulierten Anregungen werden in der vorliegenden Arbeit berücksichtigt. So wird die Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen ausschließlich als ein temporärer, im Berliner Exil bestehender Zusammenhang verstanden. Aufgrund historischer Begebenheiten lässt sich die sozialistische Bewegung der osteuropäischen Judenheiten jedoch auch relativ deutlich von vorherigen und nachfolgenden Generationen abgrenzen: Erst Ende des 19. Jahrhunderts begann die Ausdifferenzierung säkularer politischer Gruppierungen innerhalb der osteuropäischen Judenheiten, wodurch sich eine quantitativ beachtenswerte Gruppe von Jüdinnen und Juden revolutionären Bewegungen anschloss.³⁵ Dieser revolutionäre Teil der osteuropäischen Judenheiten, zu dem auch die später im Berliner Exil lebenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen gehörten, stellte sich mit seinem politischen Engagement offen gegen Riten und Praktiken der osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten, welche die politischen Einstellungen und Erfahrungen seit Generationen geprägt hatten.³⁶ Eine Abgrenzung von nachfolgenden Generationen ist auf zwei Ebenen zu vollziehen. Einerseits grenzten sich die osteuropäisch-jüdi-

30 Vgl. Slezkine, *Das jüdische Jahrhundert*, S. 121–207.

31 Vgl. Morina, *Die Erfindung des Marxismus*.

32 Morina, *Die Erfindung des Marxismus*, S. 17.

33 Vgl. bspw. Lepsius, M. Rainer: Kritische Anmerkungen zur Generationenforschung. In: Jureit, Ulrike/Wildt, Michael: *Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs*. Hamburg 2005. S. 45–52.

34 Vgl. Jureit, Ulrike/Wildt, Michael: *Generationen*. In: Jureit, Ulrike/Wildt, Michael: *Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs*. Hamburg 2005. S. 7–26.

35 Vgl. Jacobs, *Introduction*.

36 Vgl. Slezkine, *Das jüdische Jahrhundert*, S. 121–207.

schen SozialistInnen nach dem Ersten Weltkrieg deutlich von der vorherrschenden Politik in der Sowjetunion und damit auch von den sowjetischen Judenheiten ab. Noch bedeutender ist in diesem Zusammenhang jedoch die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung während des Zweiten Weltkrieges, welche die Zerstörung der bis dahin bestehenden heterogenen osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten zur Folge hatte. Weder in Osteuropa noch im Exil überlebte eine quantitativ größere unabhängige osteuropäische sozialistische Bewegung, für deren Erfolg die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen bis dahin gekämpft hatten.

Zur Annäherung an die während der Zeit der Weimarer Republik in Berlin lebende Exilgruppe werden im Folgenden zuerst die Erfahrungsebenen beschrieben, von denen die Gruppe bis zur Zeit der Emigration geprägt war. Unterteilt ist dies in eine Darstellung des osteuropäisch-jüdischen Erfahrungssatzes und der vor der Exilzeit gemachten osteuropäisch-revolutionären Erfahrungsbefunde. Bildlich gesprochen handelte es sich bei den Erfahrungen um einen Teil des Gepäcks, mit dem die ExilantInnen in die Weimarer Republik reisten. In der zweiten Hälfte dieses Kapitels erfolgt eine Charakterisierung der Exilgruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen. Hierbei werden Gruppenzusammensetzung, innere Heterogenität und äußeres Erscheinungsbild beschrieben. Besondere Berücksichtigung findet dabei das bereits aufgeführte Dreieck von osteuropäischer, jüdischer und sozialistischer Zugehörigkeit, das für die eigene Selbstverortung von großer Bedeutung war.

2.1 Osteuropäisch-jüdischer Erfahrungssatz

Generationsspezifische Ansätze setzen einen fortwährenden linearen Verlauf voraus, bei dem vorherige Generationen die nachfolgenden beeinflussen und prägen.³⁷ Dies kann durch eine bewusste Übernahme von Praktiken und Riten, durch eine unhinterfragte Übernahme von Gewohnheiten oder durch einen bewussten Bruch mit diesen geschehen.³⁸ Es kommt demnach weniger darauf an, ob die jeweiligen Individuen den kulturell tradierten Erfahrungen zustimmen. Allein die erzwungene Auseinandersetzung mit ihnen führt zu einer Prägung.

Der von Reinhart Koselleck geprägte Begriff des „Erfahrungssatzes“ beschreibt Prägungen, „die über die Erfahrung von Individuen und Generationen

³⁷ Vgl. Krejci, Erika: Innere Objekte. Über Generationenfolge und Subjektwerdung. Ein psychoanalytischer Beitrag. In: Jureit, Ulrike/Wildt, Michael: Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs. Hamburg 2005. S. 80 – 107. Hier S. 80.

³⁸ Vgl. Jureit/Wildt, Generationen, S. 11.

hinausweisen“ und „bereits vor den jeweiligen zusammenlebenden Generationen angeboten wurden“.³⁹ Erfahrungssätze sind dabei ausschließlich als prägend, jedoch nicht als handlungsleitend zu verstehen, da jedes Individuum über eigene Entscheidungskompetenzen verfügt und eigene Handlungs- und Entscheidungsspielräume besitzt. Somit wirkten selbstverständlich auch auf die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen transgenerationelle Aspekte des osteuropäischen Judentums ein, die über Generationen hinweg entstanden waren und tradiert wurden. Im Gegensatz zur Zugehörigkeit zur revolutionären Bewegung setzte die osteuropäisch-jüdische Zugehörigkeit keine bewusste Entscheidung einer Person voraus, sondern war gesellschaftlich vorbestimmt. Im Folgenden werden transgenerationelle Aspekte des osteuropäischen Judentums sowie gesellschaftspolitische Zusammenhänge beschrieben, die auf die Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen einwirkten.

In der Endphase des Russländischen Reiches befanden sich die osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten im Wandel. Während dieses Transformationsprozesses gab es unterschiedliche politische, religiöse, soziale und kulturelle Lebensentwürfe für Jüdinnen und Juden. Neben der ArbeiterInnenbewegung sind dabei im besonderen Maße die Hinwendung zum bürgerlichen Zionismus, zur religiösen Orthodoxie oder zum politischen Liberalismus sowie unterschiedliche Migrationsprozesse zu nennen.⁴⁰ Bereits erwähnt wurde, dass Jüdinnen und Juden, die sich revolutionären Bewegungen anschlossen, innerhalb der Judenheiten fortwährend in der Minderheit verblieben. Umgekehrt bestand jedoch auch im Russländischen Reich seit der Jahrhundertwende eine überproportional hohe Beteiligung von Jüdinnen und Juden in revolutionären Bewegungen.⁴¹ Dieser Umstand ist auf besondere politische, soziale und ökonomische Voraussetzungen zurückzuführen, denen die osteuropäischen Judenheiten ausgesetzt waren.

Die christliche Mehrheitsgesellschaft begegnete Jüdinnen und Juden auch in Osteuropa aufgrund der Unterschiede in Religion, Sprache und Riten distanziert und zum Teil mit offener Ablehnung, welche sich auch in gewalttätigen antisemitischen Pogromen ausdrückte.⁴² Jüdinnen und Juden blieben „Träger sozialer

³⁹ Koselleck, Zeitschichten, S. 25.

⁴⁰ Vgl. Polonsky, Antony: *The Jews in Poland and Russia. Volume II. 1881 to 1914.* Oxford/Portland/Oregon 2010. S. 17–38. Verschiedene osteuropäisch-jüdische Lebenswege um die Jahrhundertwende vom 19. ins 20. Jahrhundert stellt Vladimir Jabotinsky in seinem Roman „Die Fünf“ dar. In deutscher Übersetzung: Jabotinsky, Vladimir: *Die Fünf. Roman.* Berlin 2013 [zuerst 1936].

⁴¹ Für quantitative Aussagen vgl. Jacobs, Introduction, S. 12–17; ebenso: Diner, Zur Einführung, S. 14.

⁴² Eines der größten antijüdischen Gewaltereignisse in Osteuropa in der Frühen Neuzeit ist der Aufstand unter Bohdan Chmel'nyč'kyj im 17. Jahrhundert bei Kiew. Diesem fielen mindestens

Gegensätze“⁴³ und fungierten seit der Frühen Neuzeit zugleich auf kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Ebene als MittlerInnen zwischen Stadt und Land. Heiko Haumann beschreibt Letzteres als ein „Spezifikum des Judentums in der europäischen Geschichte“⁴⁴, welches durch Gewaltausbrüche immer wieder zerstört wurde.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts veränderten sich die politischen Rahmenbedingungen im östlichen Europa. Das aufstrebende Russländische Reich übernahm die Herrschaft über knapp die Hälfte des Gebietes der ehemaligen polnisch-litauischen Adelsrepublik samt der dort bestehenden ethnischen und konfessionellen Bevölkerungsstruktur.⁴⁵ Hierunter fielen zahlreiche Gebiete, in denen es einen hohen jüdischen Bevölkerungsanteil gab. Durch die militärischen Gebietseroberungen unter Zarin Katharina II. wurden die Judenheiten somit zur größten nichtslawischen und nichtchristlichen Minderheit innerhalb des Russländischen Reiches. Eine staatliche Volkszählung von 1897 ergab, dass über fünf Millionen Jüdinnen und Juden im Reich lebten – mehrheitlich auf dem Gebiet des früheren polnisch-litauischen Staates. Das entsprach knapp der Hälfte der damaligen jüdischen Weltbevölkerung, war jedoch weniger als 5 % der Gesamtbevölkerung des Reiches.

Der neue Staat behandelte die Judenheiten als eine besondere Minderheit. Das politische Verhalten bewegte sich dabei zwischen Ausgrenzung, Duldung und Assimilationserwartung. Eine gesetzliche Gleichstellung für Jüdinnen und Juden strebten die politischen Eliten nicht an: „On the one hand, its aim was to ‚civilize‘ the Jews and transform them into useful subjects of the tsar; on the other, it sought to minimize their ‚harmful‘ effect on the rest of the society.“⁴⁶ 1804 wurde ein Gesetz erlassen, das für die jüdische Bevölkerung besonders starke Auswirkungen hatte und bis kurz nach der Februarrevolution von 1917 Gültigkeit besaß. Demnach war es ihnen nur mit einer Sondererlaubnis möglich, außerhalb von städtischen Gegenden des sogenannten jüdischen Ansiedlungsrayons⁴⁷ zu sie-

20.000 Menschen zum Opfer. Vgl. Kappler, Andreas: *Kleine Geschichte der Ukraine*. München 2009. S. 61f.

⁴³ Haumann, Heiko: *Geschichte der Ostjuden*. München 1990. S. 35.

⁴⁴ Haumann, *Geschichte der Ostjuden*, S. 33.

⁴⁵ Vgl. Kusber, Jan: *Zwischen Duldung und Ausgrenzung. Die Politik gegenüber den Juden im ausgehenden Zarenreich*. In: Engel-Braunschmidt, Annelore/Hübner, Eckhard (Hrsg.): *Jüdische Welten in Osteuropa*. Frankfurt am Main 2005. S. 45–64. Hier S. 48.

⁴⁶ Polonsky, *The Jews in Poland and Russia*, S. 3.

⁴⁷ Russisch: *Черта постоянной еврейской оседлости*. Der jüdische Ansiedlungsrayon umfasste die Gebiete der heutigen Republik Moldau, der baltischen Staaten, Belarus, der Ukraine und Teile des heutigen Polens sowie Westgebiete der heutigen Russländischen Föderation. Die politischen Entscheidungen, welche der Bildung des Ansiedlungsrayons vorausgingen, be-

deln. In diesem sich von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer erstreckenden westlichsten Gebiet des Staates lebte die überwiegende Mehrheit der Jüdinnen und Juden des Reiches. Ende des 19. Jahrhunderts stellten sie dort ungefähr 12 % der Gesamtbevölkerung; in städtischen Gebieten des Ansiedlungsrayons hatten sie teilweise einen weit höheren prozentualen Bevölkerungsanteil.⁴⁸

Im Laufe des 19. Jahrhunderts entstanden innerhalb der jüdischen Gemeinden des Russländischen Reiches Reformbestrebungen. Die Bewegung der *Maskilim*, eine reformorientierte Gruppe, setzte sich im Sinne der *Haskala*⁴⁹ für die Reformierung jüdischer Gemeindestrukturen und religiöser Traditionen ein. Zugleich forderte sie die soziale und gesetzliche Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung innerhalb des Reiches. Auch aufgrund einer bis in die 1870er Jahre anhaltenden staatlichen Duldung entstand aus dieser Reformbestrebung eine neue Elite innerhalb der jüdischen Gemeinschaft. Wichtige politische Errungenschaften der *Maskilim* waren die Etablierung eines neuen Bildungskanons, die Eröffnung neuer Schulen und Rabbinerseminare sowie die Schaffung einer mehrsprachigen Presseöffentlichkeit.⁵⁰ Hieraus entstand „bei den jüdischen Schülern im Ansatz eine neue staatsbürgerliche Identität [...], gepaart mit einem romantischen russischen Patriotismus. Zugleich bemühten sich die *Maskilim* und Lehrer jüdische Gemeinschafts- mit europäischen Gesellschaftsvorstellungen, jüdisches mit bürgerlichem Selbstbewusstsein zu vereinbaren und auf die reichsrussischen Verhältnisse zu übertragen.“⁵¹

Ein wichtiger Vertreter der *Maskilim* und Mitbegründer einer jiddisch- und hebräischsprachigen Zeitung war Aleksandr Cederbaum.⁵² Interessanterweise sollten mehrere von Cederbaums Enkelkindern wenige Jahrzehnte später Teil der revolutionären Bewegung werden. Zwei von ihnen, Julij Martov und Lidija Dan, lebten nach dem Ersten Weltkrieg als wichtige VertreterInnen der russländischen

schreibt Heiko Haumann in: Haumann, Geschichte der Ostjuden, S. 78–82. Haumann argumentiert, dass die Politik von Katharina II. die Grundlagen hierfür schuf, dass diese jedoch – anders als ihre NachfolgerInnen – aus einer zeitgenössisch „aufklärerisch-judenfreundlichen Politik“ heraus gehandelt habe. Haumann, Geschichte der Ostjuden, S. 78.

48 Vgl. Kusber, Zwischen Duldung und Ausgrenzung, S. 47; Nathans, Benjamin: Beyond the Pale. The Jewish Encounter with Late Imperial Russia. Berkeley/Los Angeles/London 2002. S. 4.

49 *Haskala* bezeichnet die jüdische Aufklärungsbewegung des 18. Jahrhunderts, die sich während des 19. Jahrhunderts auch im östlichen Europa ausbreitete.

50 Vgl. Dohrn, Verena: Jüdische Eliten im Russischen Reich. Köln/Weimar/Wien 2008. S. 406.

51 Dohrn, Jüdische Eliten im Russischen Reich, S. 405.

52 Aleksandr Cederbaum (1816–1893). Für nähere biografische Informationen vgl. Dohrn, Jüdische Eliten, S. 30; Jebrak, Mit dem Blick nach Russland, S. 25–29; Brym, Robert J.: The Jewish Intelligentsia and Russian Marxism. A Sociological Study of Intellectual Radicalism and Ideological Divergence. London/Basingstoke 1978. S. 40f.

Sozialdemokratie im Berliner Exil. Dieses Familienbeispiel stützt sehr plastisch die Beobachtung von Vera Broido, welche in ihren Lebenserinnerungen festhält, dass „[t]he revolutionary movement had the same social origins as the intelligentsia“⁵³. Die *Maskilim* und später auch die jüdische ArbeiterInnenbewegung sahen sich in ihren Reform- und Emanzipationsbestrebungen mit einer „doppelt gerichteten Gegenidentität“⁵⁴ konfrontiert: gegen bestehende religiöse Autoritäten innerhalb des Judentums und gegen große Teile der nichtjüdischen Bevölkerung, die eine gesetzliche Gleichstellung der Judenheiten ablehnte.⁵⁵

Die Historikerin Verena Dohrn beschreibt die Entstehung der jüdischen *Intelligenty*⁵⁶ und deren Zusammenspiel mit der staatlichen Weigerung gegen eine Fortsetzung der Reformpolitik ab den 1870er Jahren als Vorbedingungen für die sich später herausbildenden unterschiedlichen nationalen und revolutionären Strömungen innerhalb der osteuropäischen Judenheiten. Besonders die Begründung einer jüdischen Presse im Russländischen Reich und die Etablierung eines neuen Bildungskanons sieht sie als wichtige Errungenschaften, auf die einige Jahrzehnte später auch die jüdische ArbeiterInnenbewegung aufbauen konnte. Das Drucken von jiddischsprachigen Zeitungen eröffnete einen Weg der Kommunikation mit einem Großteil der jüdischen Bevölkerung Osteuropas, der zuerst von liberalen und später von revolutionär-marxistischen und nationaljüdischen Intellektuellen genutzt wurde.⁵⁷

Es gibt verschiedene Erklärungsmuster dafür, dass es unter den osteuropäischen Jüdinnen und Juden im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sowohl in der Generation von Aleksandr Cederbaum als auch in der seiner Enkelkinder einen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung quantitativ höheren Anteil an Personen gab, die neuen Gesellschaftsutopien aufgeschlossen gegenüberstanden. Eines ist das in den osteuropäischen Judenheiten gelebte sprachliche, nationale und kulturelle GrenzgängerInnentum. Ein anderes der relativ hohe Alphabetisierungsgrad, der auf die frühkindliche religiöse Erziehung zurückzuführen ist. Jener ermöglichte es, politische Pamphlete zu lesen und diese selbst auszuformulieren.⁵⁸ Die oft

53 Broido, Vera: *Daughter of Revolution. A Russian girlhood remembered*. Constable/London 1988. S. 10.

54 Dohrn, *Jüdische Eliten*, S. 18.

55 Vgl. Dohrn, *Jüdische Eliten*, S. 18.

56 Begrifflich unterscheidet Dohrn zwischen einer liberal orientierten jüdischen *Intelligenty* und einer darauffolgenden nationalen und revolutionären jüdischen *Intelligentsija*. Vgl. Dohrn, *Jüdische Eliten*, S. 383–400.

57 Vgl. Fishman, David E.: *The Rise of Modern Yiddish Culture*. Pittsburgh 2005.

58 Vgl. Slezkine, *Das jüdische Jahrhundert*, S. 121–207; Abramovitsh, In *tsvey revolutsies*, Band 1, S. 14–16.

mals bereits in Kindesjahren erlernte Multilingualität der jüdischen Minderheit, deren Muttersprache – Jiddisch – sich von der Sprache der Heiligen Schrift – Hebräisch – ebenso wie von der administrativen Staatssprache – Russisch – und den Sprachen der christlichen NachbarInnen – Polnisch, Ukrainisch, Lettisch oder Belarussisch – unterschied, erleichterte den Zugang zu Bildung im Allgemeinen und zu Texten in unterschiedlichen Sprachen.

GrenzgängerInnentum und Mehrsprachigkeit waren besondere Merkmale der Kindheit und Jugend von osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, die auch in Lebenserinnerungen hervorgehoben werden. In ihnen wird die Relevanz von selbstorganisierten Bildungszirkeln für das Eintreten in revolutionäre Parteien in besonderer Weise betont. Häufig waren konspirative Studierendengruppen während der gymnasialen oder universitären Ausbildungszeit erste Anknüpfungspunkte zur revolutionären Bewegung.⁵⁹

Seit den 1870er Jahren fand eine Ausdifferenzierung der liberalen politischen Elite der osteuropäischen Judenheiten in nationaljüdische und revolutionäre Bewegungen statt.⁶⁰ Diese Entwicklung stand in engem Zusammenhang mit der staatlichen Abkehr von der Duldung der durch die *Maskilim* angestoßenen Reformbemühungen und dem damit einhergehenden Widerruf der Akzeptanz jüdischer Bildungsreformen. Anders als zuvor ging das Bildungs- und Erkenntnisinteresse der jüdischen Bevölkerung nun einher mit gesellschaftlichem Ausschluss.

Diese Abkehr von liberalen Selbstverständnissen wurde durch die Pogromwelle der Jahre 1881/82 und ihre Nachwirkungen stark beschleunigt. Allein in diesen beiden Jahren fanden in mehr als 250 Orten Pogrome statt, bei denen Jüdinnen und Juden verfolgt, gedemütigt und verletzt und mindestens 35 ermordet wurden.⁶¹ Der Ausbruch von einer in dieser Form bisher nicht dagewesenen Pogromstimmung im Land führte unter den Judenheiten zu großen Zweifeln über die eigene Sicherheit und das Verhältnis des Staates zur jüdischen Minderheit. Auch wenn die Pogrome nicht von staatlicher Seite organisiert waren,

⁵⁹ Vgl. Lebenserinnerungen und biografische Darstellungen von und über Rafail Abramovič, Eva und Mark Broido, Isai Judin, Franz Kursky, Alexander Stein, Vladimir Kosovskij und Lidija Dan: Abramovitsh, In *tsvey revolutsijs*, Bd. 1, S. 21–29; Broido, *Daughter of Revolution*, S. 16; Aronson, Isai Aizenshtat; Menes, *Der lebens-veg*; Hertz, Jacob Sholem: Vladimir Kosovski. In: *Doyres bundistn*, Vol. 1. S. 11–67; Stein, Alexander: *Erinnerungen eines Staatenlosen. 1881–1906* (unveröffentlichtes Manuskript). S. 19–24. Eingesehen in: IISH, *Alexander Stein Papers*, Nr. 2; Haimson, Leopold: Interview mit Lydia Dan. In: Haimson, *The Making of Three Russian Revolutionaries*, S. 73–76.

⁶⁰ Vgl. Dohrn, *Jüdische Eliten*, S. 383–400.

⁶¹ Vgl. Polonsky, *The Jews in Poland*, S. 5.

duldete dieser zumindest publizistische Angriffe. Die Situation verschlechterte sich in den darauffolgenden Jahren weiter, in denen anstelle von Schutz- und Sicherheitsgarantien zahlreiche antijüdische Gesetze erlassen wurden. Eine besondere Einschränkung erfuhren jüdische Intellektuelle durch Zugangsbeschränkungen für weiterführende Schulen und Universitäten.⁶² Anlass für die Gesetze bot das von der revolutionären Gruppe *Narodnaja volja* [Volkswille] durchgeführte und geglückte Attentat auf Zar Alexander II., an dem RevolutionärInnen jüdischer Herkunft beteiligt waren. Staatliche Strukturen konstruierten hieraus eine allgemeine Verbindung zwischen Judenheiten und revolutionärer Bewegung.⁶³

Mit dieser staatlichen Rückkehr zu einer restriktiven Politik und Gesetzgebung sah die Mehrheit der Judenheiten den Versuch einer gesellschaftlichen Integration durch liberale Reformbestrebungen oder Assimilationsversuche als gescheitert an. Die Folge war eine ideologische Verschiebung innerhalb der ost-europäisch-jüdischen Intellektuellenkreise: Anstelle der bisher vorherrschenden liberalen Reformkonzepte stieg das Interesse an radikaleren politischen Lösungswegen für den Kampf um Emanzipation. Nationale und revolutionäre Gruppierungen erhielten auf diese Weise stärkeren Zuspruch.⁶⁴

Das steigende Interesse an Konzepten der ArbeiterInnenbewegung resultierte auch aus den ökonomischen Veränderungen der Zeit. Die voranschreitende Industrialisierung des Russländischen Reiches führte zu einem „radikal[en] sozialökonomische[n] Strukturwandel“⁶⁵, den Ende des 19. Jahrhunderts zuerst die Stadtbevölkerung im Westteil des Landes zu spüren bekam. Hiervon war der Ansiedlungsrayon, in dem die jüdische Bevölkerung fast ausschließlich in städtischen Ballungsgebieten lebte, in besonderer Weise betroffen. Massenarbeitslosigkeit durch Umstellung auf industriell-maschinelle Produktionsformen, Fließbandarbeit sowie fehlende ArbeitnehmerInnenrechte und fehlender Arbeitsschutz waren dort in besonderem Maße zu spüren.

Im Zuge der antisemitischen Pogromstimmung und des gesellschaftlichen Ausschlusses, der rasanten ökonomischen Veränderungen und innerjüdischen Reformbestrebungen positionierte sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die

⁶² Für die Beschränkung der Beteiligung von Jüdinnen und Juden an staatlichen Bildungseinrichtungen sowie weiteren Einschränkungen der Rechte der jüdischen Bevölkerung im Russländischen Reich ab 1881 vgl. Mümken, Jürgen: Der permanente Pogrom gegen die russischen Jüdinnen und Juden (1881–1903). In: Hohmann, Andreas W./Mümken, Jürgen (Hrsg.): Kischinew. Das Pogrom 1903. Lich 2015. S. 23–40. Hier S. 32–40.

⁶³ Herbeck, Das Feindbild vom „jüdischen Bolschewiken“, S. 53–56.

⁶⁴ Vgl. Polonsky, The Jews in Poland, S. 21; Nathans, Beyond the Pale, S. 8.

⁶⁵ Haumann, Auf dem Weg zu neuen Selbstverständnissen, S. 399.

revolutionäre Bewegung als Alternative zur Lösung gesellschaftspolitischer Fragen der Zeit.⁶⁶ Zweifelsohne gab es auch vor 1881 Jüdinnen und Juden aus dem Russländischen Reich, die sich an revolutionären Kleingruppen beteiligten. Dies erscheint aber nicht als besonders bemerkenswert, sondern beschreibt lediglich die jüdische Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen der Zeit.⁶⁷

Auf das Phänomen einer überproportional hohen Beteiligung von Jüdinnen und Juden in der osteuropäischen ArbeiterInnenbewegung wies Karl Kautsky bereits in den 1920er Jahren hin. Er schrieb:

Der Zarismus und seine Anhänger haben es oft genug verstanden, jede Regung des Volkszorns von sich ab gegen die Juden zu lenken. [...] Die Juden waren nicht bloß der gedrückteste, gequälteste Teil des russischen Volkes, sondern auch, dank ihrer tausendjährigen städtischen Kultur, die rührigsten, aufgewecktesten und, sobald es ihnen gelungen war, die Schranken der Orthodoxie zu überschreiten, auch die für neue Ideen empfänglichsten Teile des russischen Volkes. Kein Wunder, daß aus ihren Reihen weit mehr Revolutionäre stammten, als ihrem Prozentsatz in der Gesamtbevölkerung entsprochen hätte.⁶⁸

Diese sich nun organisierende und in sich noch einmal ausdifferenzierende Gruppe osteuropäisch-jüdischer RevolutionärInnen war etwas Neues. Nichtsdestotrotz wirkte auch auf ihre Mitglieder der beschriebene transgenerationale Erfahrungssatz, bestehend aus Erfahrungen von Ausgrenzung, GrenzgängerInnentum, Multilingualität sowie kultureller und religiöser Differenz. Selbst jüdische RevolutionärInnen, die sich von den osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten weitestgehend lossagten, trugen diesen Erfahrungssatz mit sich. Zugleich konnten sie durch politische und gesellschaftliche Umstände, fremde Zuschreibungen und fortwährenden Antisemitismus auf ihre jüdische Zugehörigkeit zurückgeworfen werden.

2.2 Revolutionäre Erfahrungsbefunde

Das politische Engagement von Jüdinnen und Juden innerhalb der revolutionären Bewegung im östlichen Europa erstreckte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts

⁶⁶ In zahlreichen Forschungsarbeiten ist bereits darauf hingewiesen worden, dass spätestens ab diesem Zeitpunkt nicht mehr von einer osteuropäischen Judenheit, sondern von einer Vielzahl osteuropäischer Judenheiten gesprochen werden muss. Vgl. bspw. Golczewski, Frank: Jüdische Welten in Osteuropa? In: Engel-Braunschmidt, Annelore/Hübner, Eckhard (Hrsg.): Jüdische Welten in Osteuropa. Frankfurt am Main 2005. S. 13–28.

⁶⁷ Vgl. Mendes, Jews and the Left, S. 25–36.

⁶⁸ Kautsky, Karl: Die Internationale und Sowjetrußland. Berlin 1925. S. 50 f.

über die gesamte Vielfalt der zeitgenössischen sozialistischen Parteien. Einerseits gab es explizit jüdisch-revolutionäre Parteien, unter denen die quantitativ bedeutendsten der *Bund* und die *Jüdische Sozialdemokratische Arbeiterpartei Poale Tsion* (Poale Tsion) waren. Daneben gab es auch kleinere jüdische revolutionäre Parteien, wie die *Zionistische Sozialistische Arbeiterpartei* und die *Jüdisch Sozialistische Arbeiterpartei*.⁶⁹ Andererseits standen auch nichtjüdische revolutionäre Parteien einer Beteiligung und Mitgestaltung von Jüdinnen und Juden weitestgehend offen gegenüber, was sie vom übrigen zeitgenössischen Parteispektrum unterschied. Die zwei bedeutendsten nichtjüdischen revolutionären Parteien des Russländischen Reiches waren die SDAPR und die SR.

Bund, *Poale Tsion*, SDAPR und SR waren im jüdischen Ansiedlungsrayon aktiv. Sie unterschieden sich im revolutionären Verständnis und im Blick auf die jüdischen ArbeiterInnenschaft. SDAPR und SR lehnten einen explizit jüdischen Revolutions- und Emanzipationskampf ab und entwickelten keine eigene Programmatik, die ein Zusammenleben nationaler Minderheiten innerhalb eines Vielvölkerstaates regelte.⁷⁰ In beiden Parteien ging man davon aus, dass die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft eine gesellschaftliche Emanzipation der jüdischen Bevölkerung automatisch zur Folge hätte. Starke Unterschiede zwischen diesen beiden Parteien bestanden in Bezug auf das revolutionäre Subjekt. Die AnhängerInnenschaft der SR ging davon aus, dass die sozialistische Gesellschaft in einem agrarisch geprägten Land wie dem Russländischen Reich nur durch einen politischen Zusammenschluss aus städtischem Proletariat und Bauernschaft erreicht werden könne. Damit stand sie der *narodniki*-Bewegung nahe. Hingegen berief sich die 1898 gegründete SDAPR auf klassisch marxistische Theorien. Träger der sozialistischen Revolution war nach Ansicht ihrer AnhängerInnenschaft ausschließlich das durch die Industrialisierung stark anwachsende städtische Proletariat. *Bund* und *Poale Tsion* betonten wiederum stärker die besondere Situation der jüdischen ArbeiterInnenmassen. Als sowohl jüdische als auch revolutionäre Bewegung sahen sich beide Parteien in einem Kampf gegen

⁶⁹ Vgl. Jacobs, Introduction, S. 14–16.

⁷⁰ Im Russländischen Reich wurde zwischen einer Staatszugehörigkeit und einer nationalen Zugehörigkeit unterschieden, die auch als ethnische Zugehörigkeit beschrieben werden kann. In Ost- und Osteuropa entwickelten sich Nationalbewegungen bis 1917 innerhalb der imperialen Staaten Habsburger Reich, Russländisches Reich und Deutsches Reich. Alle drei Staaten bekämpften im eigenen Staatsgebiet die entstehenden Nationalbewegungen. In Bezug auf den russländischen Vielvölkerstaat wird in dieser Arbeit von nationalen Minderheiten gesprochen, da dies der von den Gruppen selbst gebrauchte Terminus war. Eine Besonderheit der jüdischen Minderheit gegenüber anderen russländischen Minderheiten bestand im Fehlen eines für ihre Nation zu beanspruchenden eindeutigen Territoriums in Osteuropa.

eine doppelte Unterdrückung: gegen die Ausbeutung der ArbeiterInnenschaft im Allgemeinen und die Unterdrückung der Judenheiten im Speziellen. Letzteres drückte sich durch vorherrschenden Antisemitismus und politische Ungleichbehandlung aus. Der 1897 gegründete marxistisch orientierte *Bund* entwickelte dafür wenige Jahre nach seiner Gründung das Konzept einer jüdischen national-kulturellen Autonomie. Dieses sah einen multinationalen sozialistischen Staat vor, der nationalen Minderheiten in den Themenbereichen Bildung, Sprache und Kultur weitgehende Autonomierechte zugestand, in anderen Bereichen wie der Außen-, Sicherheits- und Handelspolitik jedoch gesamtstaatliche Konzepte entwickeln müsse.⁷¹ Sozialistische ZionistInnen traten dagegen für einen eigenständigen jüdischen Staat im Mandatsgebiet Palästina ein. Aus der zionistischen Bewegung sollte später die territorialistische Bewegung hervorgehen, deren AnhängerInnenschaft für einen jüdischen Nationalstaat mit Staatsterritorium außerhalb des Nahen Ostens eintrat. Dies fand in den 1920er Jahren auch in der sowjetischen Propaganda durch die Gründung des jüdisch-autonomen Oblast *Birobidžan* Widerhall. Daneben gab es in der Zwischenkriegszeit jedoch zahlreiche weitere angedachte territorialistische Konzepte, die unabhängig von der sowjetischen Propaganda entwickelt wurden, allerdings niemals oder nur in begrenztem Umfang realisiert werden konnten.⁷²

Die beschriebenen Parteien bildeten die zeitgenössische Vielfalt des revolutionären Parteienspektrums ab, zwischen dem sich osteuropäisch-revolutionäre Jüdinnen und Juden seit Beginn des 20. Jahrhunderts zu entscheiden hatten. Selbstredend sagte eine Parteizugehörigkeit nicht nur etwas über das revolutionäre, sondern auch immer etwas über das individuelle jüdische Zugehörigkeitsverständnis aus. So blieben die unterschiedlichen Positionierungen qua Parteizugehörigkeit auch stets ein Ausgangspunkt für kontroverse Debatten zwischen osteuropäisch-jüdischen RevolutionärInnen.⁷³ Ebenso lassen sich aber auch Ge-

⁷¹ Für das Konzept der national-kulturellen Autonomie vgl. Gechtman, National-Cultural Autonomy and „Neutralism“.

⁷² Vgl. Brenner, Michael: Israel. Traum und Wirklichkeit des jüdischen Staates. Von Theodor Herzl bis heute. München 2016. S. 112–120. Ein Beispiel ist das territorialistische Konzept der Krimbesiedlung; vgl. hierzu auch Kapitel 4.2.4.

⁷³ Beispielsweise sah der Bundist Jacob Sholem Hertz die Debatte um Autonomierechte für den Bund auf dem zweiten Parteitag der SDAPR im Jahre 1903 als „primarily an internal Jewish affair. It was a continuation of the conflict in various forms and guises throughout Jewish history between the strivings for survival and the tendencies to dissolution.“ Grundlage für seine Annahme ist der Fakt, dass die Resolution gegen die Autonomiebestrebung des *Bund* von Julij Martov und elf weiteren SozialistInnen jüdischer Herkunft eingereicht wurde. Hertz, Jacob Sholem: The Bund's Nationality Program and Its Critics in the Russian, Polish and Austrian Socialist Movements. In: YIVO Annual of Jewish Social Science. New York 1969. S. 53–67. Hier S. 66f. Zu der

meinsamkeiten zwischen den osteuropäisch-jüdischen RevolutionärInnen vor der Februarrevolution von 1917 benennen, die in drei Überzeugungen zusammengefasst werden können: Alle osteuropäisch-jüdischen RevolutionärInnen sahen sich in einem Kampf für eine gerechtere Gesellschaft, sie wollten durch ihr politisches Engagement auf Grundlage von klassentheoretischen Ansätzen die Emanzipation der osteuropäisch-jüdischen ArbeiterInnenschaft voranbringen und sie betrachteten die bestehenden staatlichen Strukturen als Gegner. Dieser osteuropäisch-revolutionäre Erfahrungsbefund, den auch die später im Berliner Exil lebenden SozialistInnen teilten, wird nachfolgend anhand von Lebenserinnerungen skizziert. Zusammen mit dem bereits ausgeführten Erfahrungssatz bildete er den Erfahrungshintergrund, auf den alle osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen im Berliner Exil zurückgriffen.

2.2.1 Erste Überschneidungen zwischen osteuropäisch-jüdischen und revolutionären Lebenswelten

Die in Kapitel 2.1 beschriebene inner-jüdische Reformbewegung der *Maskilim* schaffte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts besonders im Bereich der Bildung und Presse Handlungsräume, die in den darauffolgenden Jahrzehnten auch den revolutionären Parteien Osteuropas zugutekamen. Anhand der in den 1920er Jahren in russischer und jiddischer Sprache publizierten Lebenserinnerungen von Pavel Aksel'rod lässt sich nachvollziehen, welche Bedeutung Bildung und Selbstorganisation für die im Laufe des 19. Jahrhunderts vonstattengehende Verschränkung von Teilen der osteuropäisch-jüdischen mit der revolutionären Lebenswelt hatte. In ihnen beschreibt der „*Rebbe* der sozialdemokratischen Bewegung“⁷⁴ einen engen Zusammenhang zwischen dem Erlangen säkularer Schulbildung und einem Heraustreten aus der traditionellen osteuropäisch-jüdischen Lebenswelt.

Aksel'rod wurde um das Jahr 1850 herum geboren.⁷⁵ Er entstammte einem jüdischen Elternhaus, in dem er eines von vier Geschwistern war, welches das

Thematik vgl. ebenfalls: Abramovič, Rafail: Di natsionale Frage in rusland. In: Forverts. General Mail Edition, Vol. 32 (1929), Nr. 11.597 (18.08.1929). S. 10.

⁷⁴ So eine Charakterisierung von Aksel'rod in einer jiddischsprachigen Publikation, die 1962 erschien: Aronson, Grigorij: Pavel Akselrod un Iuli Martov, der rebe un der talmed. In: Aronson, Rusish-yidishe inteligents. S. 92–104.

⁷⁵ Aksel'rod wusste sein genaues Geburtsjahr und seinen genauen Geburtsort nicht. Vgl. Akselrod, Pavel: Memuaren. Farshrieben in rusish fun sayne werter durkh VI. Voytinsky un tsugeshtikt zu der „tsukunft“. In: Di tsukunft, Vol. 7 (1922), Nr. 3.

Kindesalter überlebte. Er selbst profitierte von der in den 1860er Jahren in Kraft tretenden Schulreform im Russländischen Reich, die es Kindern aus ärmeren sozialen Verhältnissen ermöglichte, eine Schule zu besuchen und säkulare Bildung zu erfahren.⁷⁶ Seine ersten Schuljahre verbrachte Aksel'rod in der Stadt Šklov⁷⁷; später besuchte er das Gymnasium im einige Kilometer entfernten Mohilov.⁷⁸ Die erworbenen Fähigkeiten im Lesen und Schreiben und der Austausch mit LehrerInnen eröffneten ihm einen Zugang zu einer anderen sozialen Schicht. In seinen Erinnerungen beschrieb er seine damalige Wahrnehmung folgendermaßen:

Ich habe in einer Welt von halb-fantastischen und idealen Personen gelebt. Ständig habe ich mich in einem stark erhöhten Zustand befunden. Hieraus entstand das Verlangen, meine Stimmung mit anderen zu teilen, mit den Unsrigen, damit auch sie sich für die neuen Horizonte begeistern können, die sich mir geöffnet haben. Das meint, das Wissen mit den jüdischen Freunden, der jüdischen Jugend, zu der ich Kontakt hatte, zu teilen, da ich in bekannten und wohlhabenden Haushalten Nachhilfe gab.⁷⁹

Aus dem Zitat wird deutlich, dass Aksel'rod in jungen Jahren seine Schulbildung besonders dazu nutzte, um zwischen jüdischen und nichtjüdischen Lebenswelten zu vermitteln. Einige Jahre später ermöglichten ihm seine Alphabetisierung und seine literarische Bildung jedoch auch den Eintritt in die revolutionäre Bewegung. Erste Zugänge fand er beim Lesen von Theoretikern wie Ferdinand Lassalle, Karl Marx und insbesondere Mikhail Bakunin, dessen Theorien ihn in der Frühphase seiner politischen Tätigkeit besonders überzeugten.⁸⁰ Schreib- und Lesefähigkeiten wurden für ihn nun zu zentralen Mitteln für die Verbreitung revolutionärer Theorien unter der weniger gebildeten Dorfbevölkerung.⁸¹ Dies geschah durch Alphabetisierungskurse, die Aksel'rod zu Beginn der 1870er Jahren für die christliche Bevölkerung in der Umgebung Kiews anbot.⁸²

76 Vgl. Akselrod, Pavel: *Memuaren*. Farshrieben in rusish fun sayne werter durkh Vl. Voytinsky un tsugeshtik zu der „tsukunft“. In: *Di tsukunft*, Vol. 7 (1922), Nr. 3.

77 Heutiger Städtenamen: Škloŭ.

78 Mohilov ist heute eine mittelgroße Verwaltungsstadt im Osten des Landes Belarus.

79 Akselrod, Pavel: *Memuaren*. Farshrieben in rusish fun sayne verter durkh Vl. Voytinsky un tsugeshtik tsu der „tsukunft“. In: *Di tsukunft*, Vol. 7 (1922), Nr. 4.

80 Vgl. Akselrod, Pavel: *Memuaren*. Farshrieben in rusish fun sayne verter durkh Vl. Voytinsky un tsugeshtik tsu der „tsukunft“. In: *Di tsukunft*, Vol. 7 (1922), Nr. 5.

81 Vgl. Akselrod, Pavel: *Memuaren*. Farshrieben in rusish fun sayne verter durkh Vl. Voytinsky un tsugeshtik tsu der „tsukunft“. In: *Di tsukunft*, Vol. 7 (1922), Nr. 7.

82 Vgl. Akselrod, Pavel: *Memuaren*. Farshrieben in rusish fun sayne verter durkh Vl. Voytinsky un tsugeshtik tsu der „tsukunft“. In: *Di tsukunft*, Vol. 7 (1922), Nr. 6.

Ähnlich wie Aksel'rods Erinnerungen für die 1860er/70er Jahre verdeutlichen, teilten auch die in den 1880er/90er Jahren sozialisierten osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen ein bildungspolitisches Verständnis, das nun allerdings mit einer Entfremdung von Staat und Gesellschaft einherging. Aufgrund des Zusammenwirkens der schwierigen politischen und ökonomischen Situation erfolgte in diesen Jahrzehnten generell eine verstärkte Zuwendung zu sozialistischen Theorien in Teilen der osteuropäischen Judenheiten. Wichtige Erfahrungsschübe hierfür waren die antisemitischen Pogrome der Jahre 1881/82 sowie die zur selben Zeit aufkommenden Nationalbewegungen im Russländischen Reich. Große Teile der jüdischen Bevölkerung nahmen die im Vielvölkerstaat entstehende polnische, ukrainische oder litauische Nationalbewegung als exkludierend wahr, da in ihren Nationalkonzepten die jüdische Bevölkerung keine Berücksichtigung fand. Zugleich entstanden mit Bundismus und Zionismus auch eigene jüdische Nationalbewegungen.

Die Schulfreunde Vladimir Kosovski und Abraham Mutnik waren zwei osteuropäisch-jüdische Revolutionäre, die eng in die Gründung des *Bund* involviert waren. Anhand ihrer Jugendjahre kann die zu dieser Zeit stattfindende Entfremdung von Schulsystem und Gesellschaft bei gleichzeitiger Etablierung von selbstorganisierten Bildungsstrukturen wie Studienkreisen, Lesezirkeln und Bibliotheksräumen unter den osteuropäisch-jüdischen RevolutionärInnen verdeutlicht werden. Ihre Schulzeit in den 1880er Jahren empfanden Kosovski und Mutnik als gesellschaftlich einengend, was sie vor allem auf die unter den Lehrkörpern verbreiteten antisemitischen Einstellungen zurückführten.⁸³ Dies minderte jedoch nicht ihr Interesse an Bildung, weswegen sie noch während der Schulzeit zusammen mit weiteren FreundInnen in der Stadt Kovno⁸⁴ einen revolutionären Lesekreis gründeten, über den sie Kontakte zu Personen aus der revolutionären *Narodnaja-volja*-Bewegung herstellten. Ferner errichteten sie mit Unterstützung von außen eine Bibliothek, für die sie sowohl auf legalem als auch auf illegalem Weg Bücher anschafften, welche in staatlichen Bibliotheken nicht zugänglich waren. Aufgrund dieser als revolutionär eingestuften Betätigungen wurden beide Schüler noch vor dem Erlangen eines Abschlusses von der Schule

83 Anders beschreibt dies Pëtr Garvi. Auch er schildert in seinen Erinnerungen eine Situation während einer universitären Aufnahmeprüfung, bei der ein Professor einen jüdischen Studienanwärter schlecht bewertet, was er auf antisemitische Einstellungen zurückführt. Garvi schreibt jedoch, dass zu dieser Zeit Antisemitismus unter Professoren nicht geäußert wurde und der genannte Professor eine Ausnahme darstellte. Vgl. Garvi, *Zapiski Sotsialdemokrata*, S. 149 f.

84 Der heutige Stadtname ist Kaunas.

verwiesen – eine repressive Maßnahme, die sie nur noch stärker in die revolutionäre Bewegung eintauchen ließ.⁸⁵

Arkadi Kremer,⁸⁶ Gründungsmitglied des *Bund*, verwies auf diese enge Verflechtung von Studienzirkeln mit den zum Ende des 19. Jahrhunderts entstehenden jüdischen revolutionären Parteien, die sich auch in zahlreichen weiteren Lebenserinnerungen von osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen wiederfindet.⁸⁷ Für Kremer entstand mit der Gründung des *Bund* keine neue revolutionäre Organisation; vielmehr habe damit die Zusammenführung von bereits bestehenden jüdischen revolutionären Zirkeln stattgefunden.⁸⁸

Mit der Gründung mehrerer revolutionärer Parteien ging um die Jahrhundertwende eine Zentralisierung sowie eine Stärkung des Beziehungsgeflechts zwischen den einzelnen im Land bestehenden revolutionären Zirkeln einher. Zugleich sah sich die revolutionäre Bewegung des Russländischen Reiches aber fortwährend mit Verfolgung, Verhaftung und der Verbannung nach Fernost konfrontiert und jüdische RevolutionärInnen fürchteten nicht nur die staatliche Verfolgung, sondern auch die gesellschaftliche Ausgrenzung. Letzteres beschreibt Alexander Stein in seinen Lebenserinnerungen, aus denen gleichzeitig eine soziale Entfremdung vom eigenen Elternhaus aufgrund seines bildungspolitischen Aufstiegs herauszulesen ist:

[Während der Ferienzeit bei meinen Eltern] sah [ich] die Not, die Entbehrung, die Ruecks-taendigkeit, in der wir lebten. An die Stelle der romantischen Verklärung der Kinderjahre trat die nuechterne Erkenntnis der wirtschaftlichen Ungleichheit, die ich auch am eigenen Leibe zu spüren bekam. Ich empfand zugleich viel staerker als frueher die Entrechtung, die Diskriminierung, die Intoleranz, die Verfolgungen, denen namentlich die juedischen Massen in Russland ausgesetzt waren.⁸⁹

⁸⁵ Vgl. Mutnik, Abraham: Bletlekh fun mayn leben. In: Di tsukunft, Vol. 18 (1933), Nr. 9.

⁸⁶ Arkadi Kremer wurde 1865 geboren und verstarb 1935. Für eine biografische Skizze vom „Father of the Bund“ vgl. Gechtman, Roni: Kremer Arkadii. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe. Abrufbar unter: http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Kremer_Arkadii [11.05.2019].

⁸⁷ Vgl. Abramovič, In tsvey revolutsies, Bd. 1, besonders S. 44–48; Stein, Erinnerungen eines Staatenlosen, S. 21 f.; Jebrak, Mit dem Blick nach Russland, S. 37–47; Broido, Daughter of Revolution, S. 16. Vgl. auch Brym, The Jewish Intelligentsia, S. 46 f.

⁸⁸ Vgl. Marten-Finis, Susanne: Wilna als Zentrum der jüdischen Parteiliteratur 1896 bis 1922. In: Aschkenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden, Vol. 10 (2000), Nr. 1. S. 203–243. Hier S. 206 f.

⁸⁹ Stein, Erinnerungen eines Staatenlosen, S. 11. Vgl. dazu auch Brym, The Jewish Intelligentsia, S. 42.

Bis zum Ersten Weltkrieg machten fast alle RevolutionärInnen Erfahrung mit staatlichen Repressionsformen.⁹⁰ Die Verfolgungsmaßnahmen, auch verbunden mit der realen Gefahr von Spitzeltätigkeiten innerhalb der Bewegung, führten innerhalb der in der Illegalität agierenden Parteien zu einem engen persönlichen Zusammenhalt. Zahlreiche Parteimitglieder entschieden sich aufgrund dieser Umstände, ihre revolutionäre Tätigkeit als lebensfüllende Berufung auszuüben, was zur Folge hatte, dass Wohnort, Arbeits- und Tätigkeitsfeld nicht mehr von ihnen selbst, sondern von Parteigremien bestimmt wurden. Diesbezüglich verweist Stein in seinen Lebenserinnerungen auf zu erlernende Regeln und Vorichtsmaßnahmen, die einen selbst, aber besonders den jeweiligen revolutionären Zirkel schützten: Zentraler Grundsatz war, dass die Interessen der Partei und die Sicherheit anderer RevolutionärInnen über dem persönlichen Wohlergehen standen.⁹¹ Darüber hinaus gab es noch weitere Eingriffe in das Privatleben der in der Illegalität lebenden RevolutionärInnen. Ein sehr konkreter Eingriff war das Ersetzen des Geburtsnamens durch einen Revolutionsnamen, um niemanden aus dem eigenen bürgerlichen Familienkreis zu gefährden. Ebenso wurden Liebesbeziehungen und Familiengründungen durch die konspirative Arbeit verkompliziert. Sie waren meist nur im Rahmen der eigenen Parteigruppierung möglich, denn darüberhinausgehende Familienkonstellationen gefährdeten die konspirative Arbeit.⁹²

Auch aufgrund der staatlichen Repressionsmaßnahmen bemühten sich die revolutionären Parteien frühzeitig um einen Austausch mit revolutionären Parteien im westlichen Europa. Dort entstanden vornehmlich in Universitätsstädten Unterstützungsgruppen über die wiederum Beziehungen zu anderen revolutionären Parteien geknüpft wurden. Eine besonders enge Beziehung bestand zu Parteien aus dem Deutschen Kaiserreich, die den osteuropäischen RevolutionärInnen bei der Produktion und beim illegalen Transport von Druckerzeugnissen ins Russländische Reich halfen. Ferner unterstützten deutsche SozialdemokratInnen einzelne osteuropäische SozialistInnen während ihrer Exilzeit bei organisatorischen Fragen, der Vermittlung von Arbeitstätigkeiten und Publikationsmöglichkeiten.⁹³

Die Flucht ins Exil war für viele osteuropäische RevolutionärInnen eine weitere Begleiterscheinung der politischen Arbeit. Sie flohen zeitweilig ins eu-

⁹⁰ Vgl. bspw. Broido, *Daughter of Revolution*, S. 16–78.

⁹¹ Vgl. Stein, *Erinnerungen eines Staatenlosen*, S. 27.

⁹² Vgl. Abramovitsh, *In tsvey revolutsies*, Bd. 1, S. 219.

⁹³ Vgl. Stein, *Erinnerungen eines Staatenlosen*, S. 27; Menes, *Der lebns-veg*, S. 8f.; Martow, *Julius/Dan, Theodor: Die Geschichte der russischen Sozialdemokratie*. Berlin 1926. S. 59. Vgl. auch Pickhan, Gertrud: *The Bund in Poland and German Social Democracy in the 1930s*. In: Altshuler, Mordekhay (Hrsg.): *History of the Jewish people*. Jerusalem 2000. S. 257–263.

ropäische Ausland, um einer Verhaftung oder Verbannung zu entkommen. Ihr Weg führte dabei zumeist über die russländisch-deutsche Grenze nach Königsberg oder Berlin. Dieser wurde in umgekehrter Richtung als Schmuggelroute für revolutionäre Publikationen genutzt.⁹⁴ Pavel Aksel'rod überquerte erstmalig im September 1874 illegal die Grenze Richtung Westen. Seine Reise führte ihn nach Berlin, Bern und Genf, bevor er im Sommer 1875 ebenfalls illegal wieder ins Russländische Reich zurückkehrte. In Berlin machte der junge Revolutionär Bekanntschaft mit deutschen Politikern wie Eduard Bernstein und Wilhelm Liebknecht. Er besuchte politische Versammlungen und erlernte die deutsche Sprache. Noch Jahrzehnte später zeigte sich Aksel'rod begeistert über die damals in Berlin stattfindenden Massenveranstaltungen der deutschen ArbeiterInnenbewegung.⁹⁵ Der intensive Austausch mit der deutschen Sozialdemokratie war für Aksel'rod ein gewichtiger Grund dafür, dass er sich von sozialrevolutionären Theorien lossagte und dem marxistisch begründeten Sozialismus zuwandte. Aufgrund dieses frühen Engagements gilt er neben Georgij Plekhanov und Vera Zasuliš als dritter Begründer der sozialdemokratischen Bewegung im Russländischen Reich.⁹⁶

Auch Mutnik, der 1888 das Zarenreich für ein Studium in Berlin verließ, war genau wie Aksel'rod vom Aufeinandertreffen mit der deutschen ArbeiterInnen-

94 Für das Schmuggeln deutschsprachiger sozialistischer Literatur in das Russländische Reich vgl. bspw. Stein, Alexander: Vorwort. In: Broido, Eva: *Wetterleuchten der Revolution*. Berlin 1929. S. 5–8; Haimson, *The Making of Three Russian Revolutionaries*, S. 107 f.; für die Rolle der Stadt Königsberg: Schüler-Springorum, Stefanie: *Die jüdische Minderheit in Königsberg/Preussen, 1871–1945*. Göttingen 1996. S. 182–188.

95 Vgl. Akselrod, Pavel: *Memuaren. Farshrieben in rusish fun sayne verter durkh Vl. Voytinsky un tsugeshtikt tsu der ‚tsukunft‘*. In: *Di tsukunft*, Vol. 7 (1922), Nr. 9 und Nr. 10.

96 Karl Kautsky beschrieb Aksel'rod 1925 anlässlich der Feier zu seinem 75. Geburtstag als einen der „Bahnbrecher des Marxismus in Russland [...] und] der Welt überhaupt“. Kautsky, Karl: Was uns Axelrod gab (unveröffentlichtes Manuskript). Hier S. 1. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. A 132. Dagegen weist Lidija Dan in einem Interview in den 1950er Jahren darauf hin, dass Aksel'rod im Gegensatz zu Plekhanov kein sozialistischer Theoretiker, sondern vor allem ein politischer Praktiker gewesen sei: Aksel'rod „had no philosophical training. I don't think he even knew Marx very well. Perhaps he knew Engels' political introduction better. He was more involved than Plekhanov in the local affairs of Swiss Social Democracy and was close to Greulich and others.“ Haimson, *The Making of Three Russian Revolutionaries*, S. 114. Eine ähnliche Unterscheidung zwischen TheoretikerInnen und PraktikerInnen der politischen Intellektuellen nimmt auch Abraham Ascher vor. Vgl. Ascher, Abraham: Introduction. In: Garvi, P. A.: *Zapiski Sotsialdemokrata (1906–1921)*. Hrsg. vom Russian Institute der Columbia University. Newtonville, Ma. 1982. S. iii–xxiv. Hier S. iii.

bewegung begeistert.⁹⁷ Da Mutnik jedoch wegen revolutionärer Betätigung bereits nach einem Jahr wieder ausgewiesen wurde, konnte er sein Studium im Deutschen Kaiserreich nicht beenden. Er kehrte 1889 ins Russländische Reich zurück, wo er zuerst seinen Lebensunterhalt durch Privatunterricht verdiente. Daneben blieb er politisch aktiv und gründete auch an seinem neuen Wohnort eine Bibliothek für ArbeiterInnen. 1893 wurde er aufgrund politischer Tätigkeiten ein weiteres Mal verhaftet. Nach seiner Entlassung zog er nach Vilna, wo er sich der *Gruppe jüdischer Sozialdemokraten* anschloss. Die Gruppe, der zu dieser Zeit mit Kosovski, Judin und Martov auch weitere spätere Berliner ExilantInnen angehörten, tat sich im Herbst 1897 mit jüdischen revolutionären Gruppierungen aus anderen Städten zusammen und gründete den *Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund*. Mutnik war nicht nur eines von neun Gründungsmitgliedern des *Bund*, sondern auch Mitarbeiter des ersten Zentralkomitees. Ebenso nahm er im Frühjahr 1898 als einer von drei *Bund*-Delegierten am Gründungstreffen der SDAPR teil, bei dessen Organisation und Planung die Bundisten eine herausragende Rolle einnahmen.⁹⁸ Nach einer erneuten Inhaftierung floh Mutnik wenige Monate später zum zweiten Mal nach Westeuropa und beteiligte sich bis 1906 am Aufbau von *Bund*-Auslandsvertretungsstrukturen. Erst die revolutionären Ereignisse von 1905 ermöglichten es ihm, ins Russländische Reich zurückzukehren. Die von ihm im Ausland erlernten Fähigkeiten der politischen Organisation und Agitation konnte er nun als Verwalter der Druckerei des *Bund* in Vilna anwenden.

Die anhaltende Verfolgung revolutionärer Parteien führte zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu einer weiteren Verstärkung der Auslandsbeziehungen. Alle revolutionären Parteien des Russländischen Reiches gründeten Auslandsvertretungen in westeuropäischen Universitätsstädten, deren Mitglieder oftmals selbst ExilantInnen aus Osteuropa waren.⁹⁹ Sie versorgten politisch Gleichgesinnte in der Heimat mit illegalen Schriften, pflegten Kontakte zu anderen sozialistischen Parteien und akquirierten Gelder für den politischen Kampf in der Illegalität. Mit

⁹⁷ Vgl. Mutnik, Abraham: Bletlekh fun mayn leben. In: Di tsukunft, Vol. 18 (1933), Nr. 10. S. 595 f. Auch Eva Broido verweist in ihren Erinnerungen auf den großen Einfluss der deutschen ArbeiterInnenbewegung auf ihren politischen Werdegang. Vgl. Broido, Eva: Wetterleuchten der Revolution. Berlin 1929. S. 25–28.

⁹⁸ Vgl. Martow/Dan, Die Geschichte der russischen Sozialdemokratie, S. 35 f. und S. 65. Die zwei weiteren *Bund*-Delegierten waren Vladimir Kosovski und Arkadi Kremer.

⁹⁹ Vgl. für *Bund*-Auslandsvertretungen Kursky, Frants: Di oyslendishe organizatsie fun „Bund“. In: Kursky, Frants: Gezamlte Shriftn. Herausgegeben vom Frants Kursky-bukh-komitet. New York 1952. S. 202–249; Weill, Claudie: Russian Bundists Abroad and in Exile, 1898–1925. In: Jacobs, Jack (Hrsg.): Jewish Politics in Eastern Europe: The Bund at 100. Chippenham, Wiltshire 2001. S. 46–55. Ähnliche Strukturen unterhielten auch andere osteuropäische sozialistische Parteien in Westeuropa.

der Verstetigung der Auslandsvertretungen begannen sie, eigene Zeitungen zu produzieren, die ins Russländische Reich geschmuggelt wurden und zugleich einer politischen Positionierung innerhalb der revolutionären Bewegung Europas dienten.

2.2.2 Diversifizierung und Professionalisierung revolutionärer Parteien um die Jahrhundertwende

Seit den 1890er Jahren veränderten sich innerhalb der revolutionären Bewegung des Russländischen Reiches die Mehrheitsverhältnisse weg von den sozialrevolutionären, hin zu den sozialdemokratischen Parteien. Im Gegensatz zu sozialrevolutionären Theorien erschienen letztgenannte Parteien Antworten auf drängende politische und soziale Fragen der Zeit geben zu können. Hierzu zählten besonders die Bekämpfung der Armut unter der städtischen ArbeiterInnenschaft, die sich infolge der Industrialisierung verschärfte, und das Auseinanderdriften des Vielvölkerstaats aufgrund aufstrebender Nationalbewegungen. AnhängerInnen der SDAPR und des *Bund* erwarteten, dass dem Russländischen Reich eine vergleichbare ökonomische und gesellschaftspolitische Entwicklung bevorstand, wie es sie in Westeuropa bereits gegeben hatte. Ihren Erwartungen nach würde der Bevölkerungsanteil der städtischen ArbeiterInnenschaft mit der voranschreitenden Industrialisierung ansteigen, wodurch diese als gemeinsame Klasse im bisher agrarisch geprägten Reich an Relevanz gewänne.¹⁰⁰

Als eine in städtischen Gebieten lebende Bevölkerungsgruppe waren Jüdinnen und Juden in besonderem Maße von den konkreten Folgen der Industrialisierung wie Armut, Arbeitslosigkeit und fehlenden ArbeitnehmerInnenrechten betroffen. Ferner bestärkte die wiederkehrende Pogromstimmung Teile der jüdischen Bevölkerung in der Überzeugung, dass nur ein gesellschaftlicher Umsturz zu politischen Verbesserungen führen könne. Auch jüdische RevolutionärInnen schlossen sich deshalb überwiegend sozialdemokratisch geprägten Parteien an. Die revolutionäre Bewegung und ihre Gesellschaftsutopien wurden als ein Ausweg aus der sich verschlechternden politischen und ökonomischen Lage betrachtet, zugleich zielte sie aber auch auf die Überwindung gesellschaftlicher Zwänge in den traditionellen osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten.

Die 1881/82 stattfindenden antisemitischen Pogrome waren der Beginn eines immer wieder aufkommenden Gefährdungspotenzials für die osteuropäischen

¹⁰⁰ Für verschiedene marxistische Revolutionstheorien zu Beginn des 20. Jahrhunderts vgl. Morina, *Die Erfindung des Marxismus*, S. 409–425.

Judenheiten. Jeweils mehrere hundert Todesopfer forderten allein die größten Pogrome in Kišinev in den Jahren 1903 und 1905 sowie in Odessa im Jahr 1905.¹⁰¹ Wie bereits zu Beginn des Kapitels am Beispiel von Pavel Aksel'rod aufgezeigt, solidarisierten sich RevolutionärInnen jüdischer Herkunft mit jüdischen Pogromopfern und hinterfragten damit das sozialrevolutionäre Ideal einer gemeinsamen Revolution der ArbeiterInnschaft zusammen mit der russländischen Bauernschaft.

In den analysierten Lebenserinnerungen wird mehrmals auf Antisemitismus als ausschlaggebenden Faktor für das Engagement in revolutionären Bewegungen hingewiesen. Julij Martov benennt zum Beispiel die Ermordung des Zaren Alexander II. und die darauffolgenden Pogrome an der jüdischen Bevölkerung als eine Initialzündung für das eigene politische Engagement.¹⁰² Der in seiner Kindheit christlich-orthodox getaufte Vladimir Voytinsky, dessen Vater vom Judentum zum Christentum konvertiert war, trat im Zuge seiner politischen Radikalisierung während des Revolutionsjahres 1905 zum Judentum über. Der Bundist Franz Kursky interpretierte diese Konversion später als eine „ethische Demonstration der Solidarität mit den Juden“¹⁰³. Auch nennt der nichtjüdische Revolutionär Grigorij Denike die international beachtete antisemitische Dreyfus-Affäre als Grund für seine Hinwendung zu revolutionären Parteien. Die Rezeption der Dreyfus-Affäre in russischsprachigen Zeitungen sei für ihn ein wichtiger Wendepunkt in seiner frühen Kindheit gewesen:

I am convinced that this case [Anklage von Alfred Dreyfus in Frankreich] had in a decisive way influenced my future political thinking. [...] In January, 1897, it [Zeitung: Russkoe Slovo] published Emile Zola's letter „I'accuse“ and later daily reports about the Zola trial. I followed these reports with passionate attention. Zola's letter and the speeches of his lawyer, Labory, impressed me tremendously. Labory became my „hero“. It was not precisely the reading for a nine-year old boy. But my enthusiasm for the partisans of the revision pleased my father.¹⁰⁴

101 Für eine detaillierte Darstellung des Pogroms von Kišinev vgl. das Kapitel „Die Pogrome von Kischinew. Darstellungen, Einordnung, Reaktionen“ in: Hohmann, Andreas W./Mümken, Jürgen (Hrsg.): Kischinew. Das Pogrom 1903. Lich 2015. S. 21–137; für eine Darstellung des Pogroms von Odessa vgl. Polonsky, The Jews in Poland and Russia, S. 57 f.

102 Vgl. Katchourovskaja, Die russische Öffentlichkeit, S. 57.

103 Kursky, Franz: Fun iberzetsner. In: Voitinski, V[ladimir]: Dos iohr 1917. Erinerungen. Abgedruckt in: Di tsukunft, Vol. 9 (1924), Nr. 9. Trotz der Konversion sollte Voytinsky in der Folgezeit weder am jüdischen Kulturleben teilnehmen noch die jiddische oder hebräische Sprache erlernen.

104 Denicke, Georg: Memoires. Kazan 1904–1905 (unveröffentlichtes Manuskript). S. 2. Eingesehen in: AdSD, Nachlass Georg Decker. Decker lebte zur Zeit der Weimarer Republik als politischer Exilant ebenfalls in Berlin und trat dort der SPD bei.

Auf die allgemeine Bedeutung und die generelle Wahrnehmung der Dreyfus-Affäre innerhalb der osteuropäischen Judenheiten verweist auch Rafail Abramovič in seinen Erinnerungen.¹⁰⁵

Die Beispiele zeigen, dass die Wahrnehmung von Antisemitismus einen Grund für den Beitritt in die revolutionäre Bewegung darstellte. Es kann davon ausgegangen werden, dass dies besonders auf Jüdinnen und Juden als mögliche Betroffene zutraf, die zwangsläufig den sich gewalttätig ausdrückenden Antisemitismus als zeitgenössische zentrale Erfahrung von Ungleichbehandlung wahrnahmen. Die Beispiele belegen auch, dass innerhalb der revolutionären Bewegung die schwierige gesellschaftspolitische und soziale Situation der osteuropäischen Judenheiten und zum Teil auch anderer europäischer Judenheiten thematisiert wurde. Das politische Engagement von Jüdinnen und Juden in revolutionären Parteien ist somit auch als ein Bemühen um jüdische Emanzipationsbestrebungen im Russländischen Reich zu verstehen. All dies schloss jedoch keinesfalls einen gleichzeitig bestehenden Antisemitismus in Teilen der ArbeiterInnenbewegung aus.

Die revolutionäre Bewegung des Russländischen Reiches war um die Jahrhundertwende keine Massenbewegung, sondern wurde von kleinen konspirativen Gruppen in städtischen Ballungszentren getragen. Um größere politische Relevanz zu erlangen, versuchten sozialdemokratische Studienzirkel ab den 1890er Jahren, sich stärker gegenüber einer Beteiligung von ArbeiterInnen zu öffnen. Sie boten Lesekreise an, veranstalteten Abendvorträge und unterstützten die ArbeiterInnen beim Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen. Innerhalb der revolutionären Studienzirkel war der Umgang zwischen Personen unterschiedlicher Nationalitäten bereits weitgehend selbstverständlich. Anders sah dies jedoch innerhalb der ArbeiterInnenschaft aus, wo Trennungslinien anhand nationaler Zugehörigkeiten und Sprachkompetenzen weiter Bestand hatten. Die Agitation innerhalb der jüdischen ArbeiterInnenschaft wurde deshalb zwangsläufig zur Aufgabe der osteuropäisch-jüdischen RevolutionärInnen. Sie war zugleich mit einer Rückbesinnung auf die jiddische Sprache verbunden – Muttersprache der überwiegenden Mehrheit der jüdischen ArbeiterInnen. Flugblätter und Zeitungen wurden von nun an nicht nur in russischer, sondern ebenfalls in jiddischer Sprache publiziert. Osteuropäisch-jüdische RevolutionärInnen, die bisher im alltäglichen Leben Russisch sprachen, begannen nun selbst auf Jiddisch zu

105 Vgl. Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Bd. 1, S. 32.

kommunizieren und zu publizieren. Einige von ihnen mussten dafür erst selbst die jiddische Sprache erlernen.¹⁰⁶

Bis zur Revolution von 1905 befanden sich die revolutionären Parteien im Russländischen Reich in einem Prozess, in dem ihre Parteiprogramme noch stark in Veränderung begriffen waren. Ein Beispiel hierfür ist der *Bund*, bei dem der Historiker Henry J. Tobias für die Gründungsphase zwischen einer „political mobilization“ und einer „economic mobilization“ unterscheidet.¹⁰⁷ Unter erstere subsumiert er klassische politische Parteitätigkeiten, letztgenannte beinhaltet die Fokussierung auf gewerkschaftliche Arbeit wie die Organisation von ArbeiterInnenstreiks für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Tobias argumentiert, dass der *Bund* in den ersten Jahren seines Bestehens beide Aufgaben erfüllte und sich erst später zu einer politischen Partei nach heutigem Verständnis entwickelte.¹⁰⁸ Die politischen Konzepte der national-kulturellen Autonomie, der *doykhayt* und der *yiddishkayt*,¹⁰⁹ die den Kern der ideologischen Ausrichtung der Partei ab 1905 beschreiben, bestanden noch nicht mit der Gründung der Partei, stattdessen ergaben sich diese aus einem mehrere Jahre andauernden Diskussionsprozess.

Ideologischen Suchbewegungen sind in dieser Zeit nicht nur anhand der Parteiprogramme feststellbar, sie lassen sich auch anhand der Biografien der RevolutionärInnen aufzeigen. Es fällt auf, dass bis 1917 zahlreiche osteuropäisch-jüdische SozialistInnen mindestens einmal ihre Parteizugehörigkeit wechselten. Beispielhaft können die Lebenswege von Elias Tsherikover und Nahum Gergel genannt werden. Tsherikovs politisches Engagement begann in der Zeit der Revolution von 1905 in sozialistisch-zionistischen Parteien. Wenige Jahre später wechselte er zur SDAPR, in die Fraktion der Men'sheviki.¹¹⁰ Nahum Gergel war dagegen zu Beginn seiner politischen Tätigkeit Bundist; 1931 verstarb er im Exil allerdings als Anhänger des linken Zionismus.¹¹¹ Bereits weiter oben wurde der Wechsel von der *narodniki*-Bewegung in die Sozialdemokratie thematisiert, den besonders häufig jüdische RevolutionärInnen wie Pavel Aksel'rod und Abraham Mutnik vollzogen, deren Politisierung vor den 1890er Jahren stattfand. Diese

106 Zum Beispiel benennt Stein den Bundisten Abraham Braun als jemanden, der erst um die Jahrhundertwende Jiddisch erlernte. Vgl. Stein, *Erinnerungen eines Staatenlosen*, S. 24. Vgl. auch Tobias, *The Jewish Bund in Russia*, S. 17.

107 Tobias, *The Jewish Bund in Russia*, S. 49–59.

108 Vgl. Tobias, *The Jewish Bund in Russia*, S. 49–59.

109 Für die Konzepte vgl. Gechtman, *National-Cultural Autonomy and „Neutralism“*; Pickhan, Gertrud: *Yiddishkayt and class consciousness: the Bund and its minority concept*. In: *East European Jewish Affairs*, Vol. 39 (2009), Nr. 2. S. 249–263.

110 1907 wurde Tsherikover auf einer Parteikonferenz der SDAPR in St. Petersburg verhaftet. Vgl. Fishman, *The Rise of Modern Yiddish Culture*, S. 128.

111 Vgl. N. N.: *N. Ju. Gergel'*. In: *SV*, Vol. 11 (1931), Nr. 22. S. 16.

Wechsel der Parteizugehörigkeit sind in Teilen damit zu erklären, dass sich die Unterschiede zwischen den Parteien erst mit der Zeit herausbildeten und eine Gemeinsamkeit der revolutionären Parteien darin bestand, dass sie auf die bestehende Politik reagierten, jedoch wenig eigenen Gestaltungsspielraum hatten. Der Sturz der Regierung und der Aufbau einer neuen Gesellschaft waren zentrale Ziele aller revolutionärer Parteien. Zugleich verweisen sie aber auch auf einen sozialen Faktor: Das Engagement in revolutionären Parteien konnte nur illegal und in konspirativer Weise durchgeführt werden, wodurch das eigene politische Agieren auch vom sozialen Umfeld beeinflusst wurde und mitgetragen werden musste.

2.2.3 Revolution (1905), Reaktion und Erster Weltkrieg

Die Gründung der Auslandsvertretungen führte zu einer Zweiteilung der revolutionären Parteien. Wichtige Parteiinstitutionen, die im Russländischen Reich nur unter erschwerten Bedingungen agieren konnten, wurden ins Exil verlegt. Hierzu zählten die Redaktionen von Parteizeitungen, die ihre Publikationen ins Russländische Reich schmuggelten. Ebenso fanden Parteitage außerhalb des Reiches statt, da dort die politische Ausrichtung der Parteien offener diskutiert werden konnte. Eine Folge hiervon war, dass zahlreiche RevolutionärInnen mehr Lebenszeit im Exil als im Russländischen Reich verbrachten, wobei Bern, Zürich, London und Paris die wichtigsten Exilzentren der revolutionären Bewegung Osteuropas waren. Die Stadt Berlin war vor dem Ersten Weltkrieg weniger bedeutend, nichtsdestotrotz stellte sie aufgrund der Stärke der deutschen Sozialdemokratie und ihrer geografischen Nähe zum Russländischen Reich jedoch schon zu dieser Zeit einen wichtigen Knotenpunkt eines revolutionären Wissenstransfers zwischen Ost und West dar. Dieser Wissenstransfer entsprang aus der bereits beschriebenen illegalen Reiseroute revolutionärer AnführerInnen sowie der Bedeutung der Stadt als Schnittpunkt des Schmuggels von Publikationen von West nach Ost. Unter den „Berufsrevolutionären“¹¹², die ihr politisches En-

¹¹² Der Begriff „Berufsrevolutionär“ wird von Alexander Stein in seinen Lebenserinnerungen verwendet. Für Stein stand ein Berufsrevolutionär in direkter ökonomischer und ideologischer Abhängigkeit zur jeweiligen Partei. Vgl. Stein, *Erinnerungen eines Staatenlosen*, S. 4. Abramovič benutzt in seinen Lebenserinnerungen den Terminus „professionelle Revolutionäre“. Zu diesen zählt er alle ParteipolitikerInnen, die eine Führungsaufgabe in lokalen Strukturen der Partei innehatten. Das Zentralkomitee war bei diesen Personen genau über die soziale, familiäre und ökonomische Situation sowie ihre Fähigkeiten und Interessen unterrichtet. Dieses Vorgehen verteidigte Abramovič und begründete es mit den parteipolitischen Aufgaben in der Illegalität. Verlässlichkeit sei hierfür

gagement bereits vor dem Ersten Weltkrieg im Wechsel zwischen Osteuropa und westeuropäischem Exil ausüben mussten, befanden sich auch zahlreiche zur Zeit der Weimarer Republik in Berlin lebende osteuropäisch-jüdische SozialistInnen.

Aufgrund der zeitgleich bestehenden Parteien im Russländischen Reich und im Exil ist es sinnvoll, eine Betrachtung der revolutionären Bewegung im Wechselverhältnis zwischen Exiltätigkeit und politischer Aktivität im Inland vorzunehmen. Auffällig ist dabei, dass sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts – trotz bestehender Verbindungen – die politische Kultur in den Exilzentren deutlich von der innerhalb des Russländischen Reiches unterschied. Während im Reich aufgrund repressiver staatlicher Politik Kooperationen und Kommunikation zwischen unterschiedlichen Parteien und Parteisektionen notwendig erschienen, stand diesen im Ausland ein inhaltlicher Diversifizierungsprozess entgegen.¹¹³ Dort bestimmten den politischen Alltag theoretische Debatten über Parteiausrichtungen und damit einhergehende Abgrenzungen zu anderen Parteien und Sektionen. Weniger wichtig, da schlicht unmöglich, waren konkrete politische Handlungen. Lidija Dan sprach deshalb davon, dass die RevolutionärInnen im westeuropäischen Ausland „reine Theoretiker und keine Praktiker“¹¹⁴ gewesen seien.

Dennoch hatten die im Exil geführten theoretischen Debatten über parteipolitische Ausrichtungen Rückwirkungen auf die Gesamtparteien, wodurch wiederum grundlegende Trennlinien zwischen den revolutionären Parteien entstanden. Eine dieser Trennlinien verlief anhand der Frage, inwiefern Terroranschläge ein legitimes politisches Mittel seien. Ende 1901 zeigte sich das Zentralkomitee der SR hierfür offen; *Bund* und Men'seviki lehnten diesen Weg hingegen konsequent ab. Sie sahen in dem Beschluss der SR die Gefahr einer Delegitimierung der revolutionären Bewegung innerhalb der russländischen ArbeiterInnenschaft.¹¹⁵ Auf dem SDAPR-Parteitag in Brüssel und London im Jahr 1903 sollten sich innerhalb der marxistischen Bewegung die bereits zuvor ent-

eine der wichtigsten Eigenschaften gewesen, die das Zentralkomitee zu bewerten hatte. Vgl. Abramovitsh, In tsvey revolyutsies, Bd. 1, S. 216–218. Unter den in Berlin lebenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen gab es sowohl „Berufsrevolutionäre“, die in Exilparteien arbeiteten, sowie andere sich den Handlungsräumen zugehörig fühlende ExilantInnen, die in Arbeitsfeldern wie dem Journalismus, der Wissenschaft, dem Verlagswesen oder als Kulturschaffende tätig waren. Vgl. hierzu vertiefend Kapitel 2.3 in dieser Arbeit.

113 Für die Kooperation zwischen unterschiedlichen Parteien am Beispiel der Stadt Riga im Jahre 1904 vgl. Stein, Erinnerungen eines Staatenlosen, S. 36.

114 Zitiert nach: Jebrak, Mit dem Blick nach Russland, S. 70.

115 Vgl. Stein, Erinnerungen eines Staatenlosen, S. 35f.; Tobias, The Jewish Bund in Russia, S. 155f.

standen den Trennlinien zwischen *Bund*, Men'sheviki und Bol'sheviki institutionell verfestigten.

Die Konflikte zwischen *Bund* und anderen sozialdemokratischen Parteirichtungen entfachten sich an weitreichenden Autonomieforderungen der jüdischen Parteisektion. Kurz vor dem Parteitag der SDAPR beschloss ein in Genf tagender *Bund*-Kongress einen 12-Punkte-Plan, der eine föderale Struktur der SDAPR forderte und dem *Bund* den alleinigen Vertretungsanspruch für das jüdische Proletariat zusprach.¹¹⁶ Besonders letztgenannte Forderung stieß bei Bol'sheviki und Men'sheviki gleichermaßen auf Widerstand, sodass das 12-Punkte-Programm auf dem Parteitag der SDAPR keine Mehrheit fand. Da die *Bund*-Delegation über kein Verhandlungsmandat für ihre Positionen verfügte, sah sich diese nach dem Abstimmungsergebnis dazu gezwungen, den Parteitag zu verlassen. Die bis dahin bestehende enge Bindung zwischen *Bund* und SDAPR löste sich auf und sollte erst auf dem „Vereinigungsparteitag“ in Stockholm im Jahr 1906 erneuert werden. Die Debatten von 1903 wirkten jedoch bis in die Zwischenkriegszeit fort; Diskussionen über Autonomieverständnisse und Vertretungsansprüche wurden fortwährend in kontroverser Weise geführt.¹¹⁷ Eine zweite auf demselben Parteitag ausgetragene Konfliktlinie betraf organisationstheoretische Fragen der in der Illegalität agierenden Partei. Sie führte zu der Fraktionsbildung zwischen Bol'sheviki und Men'sheviki, welche die Parteispaltung nach dem Ersten Weltkrieg bereits vorwegnahm. Während die Bol'sheviki das Konzept kleiner illegaler revolutionärer Zirkel präferierten und ihnen eine strenge Parteidisziplin vorschwebte, orientierten sich die Men'sheviki an Konzepten der politischen Massenmobilisierung, wie sie in Westeuropa von sozialdemokratischen Parteien bereits praktiziert worden waren. Besonders erbittert wurde diese Debatte zwischen Mitgliedern der im Exil agierenden *Iskra*-Redaktionsgruppe geführt, zu der auch die späteren Fraktionsanführer Lenin und Martov gehörten.¹¹⁸

Einen ganz anderen, für die gesamte revolutionäre Bewegung des Russländischen Reiches tiefgreifenden Wendepunkt stellte das Revolutionsjahr 1905 dar. Der Ausbruch der ersten Revolution im Russländischen Reich war eng mit der

116 Vgl. Tobias, *The Jewish Bund in Russia*, S. 201–206; Martow/Dan, *Die Geschichte der russischen Sozialdemokratie*, S. 85f.

117 Vgl. Blatman, Daniel: *Bund*. In: YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe. Abrufbar unter: <http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Bund> [20.05.2019]. Ein Bericht über den Stockholmer Parteitag befindet sich in: Woytinsky, Wladimir: *Wehe den Besiegten! Erinnerungen aus der russischen revolutionären Bewegung*. Berlin 1933. S. 35.

118 Vgl. Hildermeier, Manfred: *Die Russische Revolution 1905–1921*. Frankfurt am Main 1989. S. 40. Hildermeier beschreibt den Parteitag von 1903 als „eigentlichen Gründungskongreß“. Davor habe die Partei ausschließlich „auf dem Papier“ bestanden.

schlechten politischen und wirtschaftlichen Situation im Land verbunden: Seit 1904 führte das Russländische Reich Krieg gegen Japan. Der Kriegszustand samt militärischen Verlusten hatte eine Verschlechterung der ökonomischen Situation für die Bevölkerung zur Folge, wodurch sowohl in der ArbeiterInnenschaft als auch im bürgerlich-liberalen Milieu das Vertrauen in die bestehende Regierung schwand. Die Folge war, dass sowohl bürgerliche Parteien als auch Parteien der ArbeiterInnenbewegung stärkeren Zuspruch verzeichneten. Im Laufe des Jahres 1905 spitzte sich die Lage zu; Massenversammlungen, Demonstrationen und politische Unruhen mehrten sich. Im September des Jahres folgte ein Generalstreik, der die Regierung am 17. Oktober 1905 dazu zwang, mit einem Manifest den Forderungen der Streikenden entgegenzukommen: Erstmalige Parlamentswahlen, politische Amnestie sowie Presse- und Versammlungsfreiheit wurden verkündet. Die Regierung hoffte, mit den Zugeständnissen das bestehende monarchische System zu erhalten und langfristig gestärkt aus dem Konflikt hervorzugehen.¹¹⁹ Dem entgegengesetzt verstand die revolutionäre Bewegung die Zugeständnisse als politischen Sieg und befand sich für wenige Monate „wie im Rausch“¹²⁰.

Besonders außerhalb von St. Petersburg wurde die im Herbst 1905 beginnende Streikbewegung in seinen Anfängen kaum von den sich in der Illegalität befindenden revolutionären Parteien getragen. Sie war vornehmlich ein Produkt massenhafter Unzufriedenheit in der Bevölkerung.¹²¹ In seinen Erinnerungen betont Rafail Abramovič, dass weder SDAPR noch *Bund* die Intensität der Streikbewegung vorausgesehen hatten. Dafür spricht auch, dass die Parteiführung des *Bund* ihren sechsten Parteikongress im September 1905 in Zürich durchführte, wodurch sich zu Beginn des Generalstreiks die gesamte Parteiführung im Ausland befand. Sie verfolgte die Anfänge der revolutionären Entwicklungen ausschließlich anhand von Berichten ausländischer ZeitungskorrespondentInnen.¹²² Nach Abramovič ist diese Fehleinschätzung der *Bund*-Parteiführung auf den vorherigen Bruch zwischen der jüdischen und der allgemeinen russländischen ArbeiterInnenbewegung zurückzuführen. Erstere habe das Potenzial der Unzufriedenheit unter russländischen ArbeiterInnen außerhalb des Ansiedlungsrays nicht erfassen können. Zugleich sah er in dem unerwarteten Streik-

119 Vgl. Polonsky, *The Jews in Poland and Russia*, S. 40 – 45. Das Amnestiegesetz wird ebenfalls erwähnt in: Menes, *Der lebns-veg*, S. 25.

120 Stein, *Erinnerungen eines Staatenlosen*, S. 42.

121 Vgl. Abramovitsh, *In tsvey revolutsies*, Bd. 1, S. 222 – 226.

122 Vgl. Abramovitsh, *In tsvey revolutsies*, Bd. 1, S. 225 f.

ausbruch ebenso einen Beweis für die große Entfremdung zwischen den restlichen russländischen revolutionären Parteien und der ArbeiterInnenschaft.¹²³

Das erlassene Amnestiegesetz für politisch Verfolgte ermöglichte politischen ExilantInnen 1905/06 eine legale Rückkehr ins Russländische Reich. Genau wie Abraham Mutnik nutzten viele RevolutionärInnen diese Möglichkeit. Sie beteiligten sich direkt nach ihrer Ankunft am Aufbau demokratischer Strukturen im Land, wodurch die bis dahin relativ unorganisierte Streikbewegung einen Übergang in parteipolitische Strukturen erfuhr. Besonders in Großstädten wurden Teile der revolutionären Parteien so schnell wie möglich in legale Organisationen umgewandelt. Ferner entstanden demokratische Rätestrukturen, oppositionelle Zeitungen wurden herausgegeben und politische Versammlungen durchgeführt. Der *Bund* übernahm innerhalb des Ansiedlungsrayons eine unumstrittene Führungsrolle; in Großstädten wie Moskau, St. Petersburg und Odessa dominierte die Fraktion der Men'sheviki die Rätestrukturen. Unter Führung Pavel Aksel'rods sah die SDAPR nun den Zeitpunkt gekommen, nach Vorbild des *Bund* und der sozialdemokratischen Parteien Westeuropas die Verbindung zwischen Parteistrukturen und ArbeiterInnenmassen weiter voranzutreiben.¹²⁴

Für die osteuropäisch-jüdische Bevölkerung hatte die Revolution einen „doppelten Charakter“¹²⁵. Einerseits entstand innerhalb der jüdischen Bevölkerung eine erhöhte politische Mobilisierung und es entwickelte sich Hoffnung auf ein neues und gerechteres Gesellschaftssystem. Zionistische, liberale, sozialistische und territorialistische Parteistrukturen verzeichneten daher größere Zuläufe aus der jüdischen Bevölkerung heraus. Andererseits waren die revolutionären Entwicklungen begleitet von erneuten Pogromwellen, die als direkte Antwort radikaler NationalistInnen auf die Revolutionsbewegung verstanden werden mussten und weitaus mehr Todesopfer als die Pogromwelle der Jahre 1881/82 forderten.¹²⁶ Anders als erhofft blieben auch die restriktiven Sondergesetze gegenüber der Judenheiten bestehen. Das Zentralkomitee des *Bund* antwortete auf

123 Vgl. Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Bd. 1, S. 222–224.

124 Vgl. Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Bd. 1, S. 233; Haimson, Leopold: Russian Workers' Political and Social Identities: The Role of Social Representations in the Interaction between Members of the Labor Movement and the Social Democratic Intelligentsia. In: Zelnik, Reginald E. (Hrsg.): Workers and Intelligentsia in Late Imperial Russia: Realities, Representations, Reflections. Berkeley, Kalifornien 1998. S. 145–171. Hier S. 157.

125 Polonsky, The Jews in Poland and Russia, S. 41.

126 Vgl. Polonsky, The Jews in Poland and Russia, S. 41 f. Polonsky beschreibt drei Pogromwellen im Zeitraum der Revolution. Während die beiden ersten (1903 und 1904) noch starke Ähnlichkeiten mit den Pogromen von 1881 bis 1882 aufwiesen, war die dritte Pogromwelle (1905) auch eine direkte Antwort radikaler russischer NationalistInnen auf die revolutionären Entwicklungen. Sie war weitaus brutaler und forderte über 3.100 jüdische Todesopfer.

diese Entwicklungen mit einer zweigleisigen Strategie. Die neuen Freiheiten im Presse- und Versammlungsrecht wurden genutzt und legale Strukturen soweit möglich aufgebaut. Gleichzeitig blieben im Untergrund agierende Parteistrukturen und Kampforganisationen zum Schutz der jüdischen ArbeiterInnenschaft erhalten.¹²⁷

Die Entwicklungen des Jahres 1905 hatten bis dahin noch nie dagewesene politische Freiheiten in Osteuropa zur Folge. Es entwickelte sich ein zeitlich begrenztes Momentum, in dem ein größerer politischer Gestaltungsraum erkämpft wurde und die Überwindung der Monarchie möglich erschien. Die Geschehnisse zeigten, dass Streikbewegungen und der Druck der Bevölkerung Veränderungen herbeiführen konnten:

Die revolutionäre Welle ist angewachsen und mit ihr zusammen wuchs beständig der Einfluss des „Bund“. Wenn ich in eine unserer Städte kam, fühlte ich mich wirklich wie der Vertreter einer einflussreichen Struktur, die sowohl von den Arbeitermassen als auch von der Intelligencija begeistert aufgenommen wurde. Diskussionen, die wir mit anderen Parteien und bourgeoisien Richtungen des jüdischen Volkes führten, endeten immer mit einem Triumph unsererseits.¹²⁸

Die Stimmung in den ArbeiterInnenbezirken Vilnas beschrieb Abramovič als eine der „fieberhaften Aufregung“¹²⁹. Fëdor Dan, der in St. Petersburg im Elternhaus von Lidija und Julij Martov unterkam, berichtete nach seiner Ankunft im Oktober 1905 in Briefen an Karl Kautsky und Viktor Adler euphorisch über die „fast vollständige Rede- und Versammlungsfreiheit“¹³⁰. Auch wenn Dans erster Eindruck – „[m]an lebt hier wie im Taumel, die revolutionäre Luft wirkt wie Wein“¹³¹ – wenige Tage später von den politischen und parteiinternen Schwierigkeiten gedämpft wurde, lassen seine Briefe eine kurze Zeit der erlebten politischen Aufbruchsstimmung erkennen.¹³² Alexander Stein bewertete die Ereignisse des Jahres 1905 gar als „neue[n] Geschichtsabschnitt“¹³³. Dem setzte er aber auch frühe Zweifel am Erfolg der Revolution entgegen, die aus dem Erstarken nationalistischer Bewegungen, Pogromen, der Zersplitterung des politischen Parteienspektrums und

127 Vgl. Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Bd. 1, S. 228.

128 Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Bd. 1, S. 222.

129 Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Bd. 1, S. 227.

130 Fëdor Dan an Viktor Adler, St. Petersburg 27.10.1905 [09.11.1905 – gregorianischer Kalender]. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Dokument 88a, S. 166.

131 Fëdor Dan an Karl Kautsky, Petersburg 27.10.1905 [9.11.1905 – gregorianischer Kalender]. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Brief Nr. 88, S. 165.

132 Vgl. Briefe Nr. 88–90. In: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, S. 165–172.

133 Stein, Erinnerungen eines Staatenlosen, S. 59.

einer allgemeinen Müdigkeit unter der revolutionären Bewegung resultierten. Stein argumentierte, dass die positiven Veränderungen zu schnell eingeführt worden und die Parteien hierauf nicht vorbereitet gewesen seien: „Der Uebergang von den gewohnten Methoden und Denkformen der konspirativen ‚Untergrundarbeit‘ zu den freien, legalen Methoden war zu ploetzlich, als dass ich mich ohne weiteres darin haette zurechtfinden koennen.“¹³⁴

Die in der Illegalität jahrelang aufgebauten und eingespielten Strukturen mussten sich in kürzester Zeit neuen gesellschaftlichen Realitäten anpassen. Auf diese politische Wandlung waren die RevolutionärInnen nicht oder nur schlecht vorbereitet. In der Ende 1905 vorherrschenden euphorischen revolutionären Stimmung sei nach Stein unterschätzt worden, dass der Weg zu einer neuen Gesellschaftsordnung ein langfristiges Projekt sei, bei dem auch Schwierigkeiten zu überwinden seien.¹³⁵

Trotz der beschriebenen Herausforderungen und gegenläufigen Entwicklungen erlebten die RevolutionärInnen die Teilhabe an einem großen gesellschafts-politischen Moment, bei dem temporär gesellschaftliche Freiheiten erkämpft wurden.¹³⁶ Die politischen Geschehnisse von 1905 stellten eine Zäsur dar, aus der die revolutionäre Bewegung Osteuropas noch Jahre später Kraft und Hoffnung schöpfte. In einer Situation der ökonomischen und politischen Schwäche im Land hatte die revolutionäre Bewegung sich und der Regierung bewiesen, dass sie einen realen politischen Machtfaktor darstellte. Durch Streiks und Proteste wurde die Regierung gezwungen, ein – wenn auch politisch kaum durchsetzungsfähiges – Parlament wählen zu lassen; Rede- und Versammlungsfreiheit konnten temporär durchgesetzt und Parteistrukturen zum Teil legalisiert werden.¹³⁷ Eine weitere wichtige praktische Errungenschaft war die Einführung des passiven und aktiven Wahlrechts zumindest für die männliche Bevölkerung des Reiches. Auch wenn die meisten revolutionären Parteien zum Boykott der ersten Duma-Wahlen aufriefen, sollte die Erfahrung der erlebten revolutionären Stimmung für die revolutionäre Bewegung zwölf Jahre später von großem Nutzen sein.¹³⁸ Auch

134 Stein, *Erinnerungen eines Staatenlosen*, S. 54.

135 Vgl. Stein, *Erinnerungen eines Staatenlosen*, S. 55–60.

136 Vgl. hierfür bspw. die persönlichen Erinnerungen von Pëtr Garvi zum 20. Jahrestag der Ereignisse: Garvi, Pëtr: Dni bor’by. In: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 20. S. 3–8.

137 Vgl. Polonsky, *The Jews in Poland and Russia*, S. 44–47 und S. 66.

138 In seinen Erinnerungen beschreibt Vladimir Voytinsky den Widerspruch, den die ersten Duma-Wahlen in der sozialdemokratischen Bewegung auslösten. Über einen sozialdemokratischen Duma-Abgeordneten schrieb er: „Ein einfacher Bursche, nicht besonders gebildet, aber aufgeweckt und revolutionär gesinnt, fühlte er sich bei den Feierlichkeiten am 27. April [1906/10.05.1906] nicht sehr behaglich. Und nun wandte er sich mit treuherzigen Worten an die Menge, in der er Arbeitergesichter bemerkt hatte. Er sprach davon, daß er nicht auf seinen Wunsch in die

während der Zeit des Berliner Exils erfuhren die Ereignisse von 1905 in Form einer positiv konnotierten Erinnerung eine Würdigung.

Die politische Aufbruchsstimmung von 1905 war nur von kurzer Dauer. Langfristig muss sie als eine gescheiterte Revolution betrachtet werden, durch welche die bestehenden staatlichen Strukturen nicht im größeren Maße verändert wurden. In den darauffolgenden Jahren folgte im Russländischen Reich eine reaktionäre Politik, bei der revolutionäre ParteipolitikerInnen starkem Druck und verstärkter staatlicher Verfolgung ausgesetzt waren. Vladimir Voytinsky beschreibt sein Leben zwischen 1905 und 1917 als einen Weg durch „Verhaftung, Gefängnis, Befreiung, wieder Gefängnis, abermals ein kurzer Augenblick der Freiheit und dann wiederum für Jahre eisenvergitterte Fenster ... Kriegsgericht, Zuchthaus, Sibirien [...]“¹³⁹. Seinen Äußerungen nach war dieser Lebensweg sinnbildlich für viele Schicksale innerhalb der revolutionären Bewegung nach 1905. Die BerufsrevolutionärInnen, die im Russländischen Reich verblieben, waren aufgrund der Repressionsmaßnahmen fast ausschließlich darauf bedacht, die bestehenden parteipolitischen Organisationen zu bewahren. Andere flohen abermals ins Exil nach Westeuropa und versuchten, dort politisch aktiv zu bleiben.¹⁴⁰ Ähnlich wie vor 1905 mussten wichtige Parteieinstitutionen ins Ausland verlegt und Parteitage außerhalb des Russländischen Reiches abgehalten werden. Trotz dieser angespannten Lage wurden auch die Debatten innerhalb der revolutionären Bewegung über ideologische Parteiausrichtungen und einen zielführenden Weg zur sozialistischen Gesellschaftsform fortgeführt. Ein stärker werdender Konflikt war der um politische Vorherrschaft zwischen BundistInnen und ZionistInnen innerhalb der osteuropäischen Judenheiten. Ebenfalls verschärften sich die Spannungen zwischen Men'sheviki und Bol'sheviki. Einige Men'sheviki sahen bereits vor dem Ersten Weltkrieg keine Grundlage mehr für eine Zusammenarbeit mit den Bol'sheviki.¹⁴¹ Für viele schien der Parteizusammenhalt ausschließlich im gemeinsamen Ziel des Sturzes der Monarchie begründet zu sein.

Knapp zehn Jahre nach der gescheiterten Revolution im Russländischen Reich sollte der Ausbruch des Ersten Weltkrieges ein weiteres einschneidendes Ereignis für die revolutionäre Bewegung darstellen. Der Kriegsbeginn wurde als

Duma gekommen war, die von den aufgeklärten Arbeitern boykottiert wurde. Ihm machte es nichts aus, daß er in der Duma war [...] Dieses Auftreten machte sogar auf die Boykottisten Eindruck, die bereit gewesen waren, jeden Arbeiter, der sich hatte wählen lassen, als einen Streikbrecher auszufeuern.“ Woytinsky, *Wehe den Besiegten!*, S. 36.

139 Woytinsky, *Wehe den Besiegten!*, S. 5.

140 Vgl. Polonsky, *The Jews in Poland and Russia*, S. 69.

141 Vgl. Garvi, *Zapiski Sotsialdemokrata*, S. XIV; Aronson, *Isai Aizenshtat*. Vgl. ebenso für die Zeit des Ersten Weltkrieges: Abramovitsh, *In tsvey revolutsies*, Bd. 1, S. 390.

Niederlage nicht nur der osteuropäischen, sondern der gesamten revolutionären Bewegung Europas wahrgenommen und führte zum Scheitern der Zweiten Internationale, dem internationalen Zusammenschluss sozialistischer Parteistrukturen. Trotz ihrer Organisationskraft über nationale Grenzen hinweg gelang es den VertreterInnen der Internationale nicht, den Krieg zu verhindern. Das seit den 1890er Jahren vorherrschende Verständnis, dass Kriege zwischen Nationalstaaten abzulehnen seien, wurde durch die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten im Deutschen Kaiserreich untergraben. Innerhalb der deutschen Sozialdemokratie hatte die nationale Zugehörigkeit gegenüber dem sozialistischen Selbstverständnis gesiegt. Dem entgegen standen zahlreiche sich im Exil befindende osteuropäische RevolutionärInnen, die auch nach 1914 VerteidigerInnen des Anti-Kriegsbeschlusses der Zweiten Internationale blieben. Für sie war die einzig sinnvolle Positionierung ein Eintreten für die Beendigung des Krieges, um anschließend für die Verwirklichung des Sozialismus kämpfen. Ihr wichtigster westeuropäischer Exilort blieb auch während des Krieges die Schweiz, in der sich StaatsbürgerInnen des Russländischen Reiches auch nach 1914 frei bewegen und aufhalten durften.

Um ihren Positionen stärkeres politisches Gewicht zu verleihen, organisierten sie sich von dort aus mit anderen revolutionären VertreterInnen in der sogenannten Zimmerwalder Konferenz und verabschiedeten 1915 das Zimmerwalder Manifest.¹⁴² Die KonferenzteilnehmerInnen setzten sich hierin für eine Reorganisation der Internationale und die Beendigung des Krieges ein. An der Konferenz nahmen unter anderem ParteivertreterInnen der Men'sheviki, Bol'sheviki, der SR und des *Bund* teil. Die später im Berliner Exil lebenden Julij Martov und Pavel Aksel'rod waren als Vertreter der Men'sheviki zugegen. Nach seinem Umzug von Wien nach Zürich wurde Rafail Abramovič zu einem *Bund*-Delegierten in der Zimmerwalder Gruppe.

Die überwiegende Mehrheit der später in Berlin lebenden ExilantInnen erlebte den Krieg entweder im ausländischen Exil oder in sibirischer Verbannung.¹⁴³

142 Für die Zimmerwalder Konferenz und ihr Entstehen vgl. Degen, Bernard/Richers, Julia (Hrsg.): *Zimmerwald und Kiental. Weltgeschichte auf dem Dorfe*. Zürich 2015. Auf den S. 212–231 sind mehrere Manifeste der Zimmerwalder Bewegung abgedruckt. Ebenfalls: Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Bd. 1, S. 377f. Auch für die in Sibirien Verbannten spielte die Zimmerwalder Gruppe eine Rolle: Voytinsky spricht von einer „internationalistischen (zimmerwalder) Stimmung“ unter den politischen Verbannten in Irkutsk. Vgl. Voytinsky, Vladimir: *Dos iohr 1917*. In: *Di tsukunft*, Vol. 9 (1924), Nr. 9. Vera Broido beschreibt eine „anti-war declaration, which became known as the ‚Declaration of Siberian Internationalists‘.“ Broido, *Daughter of Revolution*, S. 61.

143 Aus der Gruppe der später in Berlin lebenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen lebten zahlreiche Personen während des Kriegs im westeuropäischen Exil. Zu den Personen, die während des Ersten Weltkrieges in sibirischer Verbannung lebten, gehörten u. a. Fëdor und Lidija

Einige wenige, wie Daniel Tsharni und Aron Syngalowski, welche von der Regierung nicht explizit mit der revolutionären Bewegung in Verbindung gebracht wurden, wurden ins Militär eingezogen.¹⁴⁴

Große Veränderungen brachte der Erste Weltkrieg auf den Gebieten Kongresspolens und des jüdischen Ansiedlungsrayons.¹⁴⁵ Einmal mehr sah sich die jüdische Bevölkerung des Russländischen Reiches zwischen den Fronten. Entwickelten sich zu Beginn des Kriegs unter den Jüdinnen und Juden des Russländischen Reiches patriotische Gefühle, die mit einer Hoffnung auf politische und gesetzliche Gleichstellung durch Kriegsteilnahme einhergingen, wich dieses Gefühl schnell einer Angst vor abermaligen Pogromen und Ungleichbehandlung, die sich auch durch Antisemitismus innerhalb der Armee des Russländischen Reiches ausdrückte.¹⁴⁶ Auf deutscher Seite bestand zu Beginn des Krieges eine taktische Anweisung darin, sich bei der Bevölkerung der nationalen Minderheiten Ostmitteleuropas als Befreier von der russischen Unterdrückung zu inszenieren. Hiermit gingen auch symbolpolitische Maßnahmen einher, wie die Freilassung des bundischen Anführers Vladimir Medem in Warschau im Jahr 1915. In begrenztem Maße wurde es diesem und seinen MitstreiterInnen sogar erlaubt, jüdische ArbeiterInnenorganisationen aufzubauen. Dies geschah in Form von Debattierklubs und der Herausgabe von Zeitungen: politische Freiräume, die auch jüdische ArbeiterInnen im Deutschen Reich erfuhren. Viele von ihnen waren im Laufe des Krieges aus Ostmitteleuropa angeworben oder verschleppt worden. Sie wurden in Industriezentren wie Berlin oder dem Rheinland in der deutschen Kriegswirtschaft eingesetzt. Mit Unterstützung durch die deutsche Gewerkschaftsbewegung war es ihnen während des Krieges möglich, sich in jiddischsprachigen Zirkeln zu organisieren und jiddischsprachige Zeitungen aus Ostmit-

Dan, Eva Broido und Vladimir Voytinsky. Vgl. Sapir, Boris: Lidija Osipovna Dan. Biografičeskij očerok. In: Sapir, Boris (Hrsg.): From the Archives of L. O. Dan. Amsterdam 1987. S. XIII–XXVII. Hier S. XXIII; Voytinsky, Vladimir: Dos iohr 1917. In: Di tsukunft, Vol. 9 (1924), Nr. 9. S. 557–559; Broido, Daughter of Revolution, S. 43–78.

144 Vgl. Diamant, Zeynvl: Tsharni, Daniel. In: Leksikon fun der nayer yidisher literatur. Bd. 4. New York 1961. Sp. 142–146; Shalit, Moses: Daniel Tsharnis lebns-veg. In: Shalit, Moses: Daniyel Tsharni-bukh. Paris 1939. S. 16–20. Tsharni wurde Ende 1916 ins Militär eingezogen. Er diente dort bis zum Ausbruch der Februarrevolution. Tsharni war Literat und kam nur für kurze Zeit während seiner Aufenthalte in Minsk und Vilna mit Parteien der ArbeiterInnenbewegung in Berührung.

145 Vgl. Snyder, Timothy: Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin. München 2011. S. 23–31.

146 Vgl. Budnickij, Oleg: Dienst in der Höhle des Löwen. Juden in der russischen Armee. In: Osteuropa, Vol. 64 (2014), Nr. 2–4. S. 171–184.

teleuropa zu beziehen, wodurch sie sich auf bevorstehende revolutionäre Ereignisse vorbereiten konnten.¹⁴⁷

Für die revolutionäre Bewegung Osteuropas lässt sich die Zeit zwischen Jahrhundertwende und Februarrevolution von 1917 in zwei unterschiedliche Entwicklungsphasen aufteilen: Bis 1905 bestand eine Zeit des Aufbaus, die einherging mit einer parallel stattfindenden Diversifizierung samt Festigung unterschiedlicher ideologischer Strömungen. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die revolutionäre Bewegung Osteuropas in der Revolution von 1905. Das Scheitern der Revolution führte im darauffolgenden Jahrzehnt in eine Phase verstärkter politischer und gesellschaftlicher Reaktion, die bis zum Ersten Weltkrieg anhielt. Der Ausbruch der Februarrevolution von 1917 veränderte die Lage für die revolutionäre Bewegung des Russländischen Reiches ein weiteres Mal vollständig. Auch wenn er für die revolutionären Parteien ähnlich überraschend kam wie die Entwicklungen des Jahres 1905, entwickelte sich schnell die Hoffnung, dass 1905 getätigte Fehler nicht ein weiteres Mal wiederholt werden würden.

2.2.4 Das Revolutionsjahr 1917 und die Entstehung neuer Nationalstaaten in Ostmitteleuropa

Das Russländische Reich durchlebte im Jahr 1917 zwei Revolutionen, welche die Gesellschaft jeweils auf ihre Weise grundlegend veränderten und darüber hinaus auch Einfluss auf Entwicklungen in anderen europäischen Gesellschaften hatten. Die Februarrevolution stürzte die Monarchie und ersetzte sie durch eine fragile Doppelherrschaft, bestehend aus einer von liberalen Parteien dominierten provisorischen Regierung und einem parallel wirkenden System der ArbeiterInnen- und Soldatenräte. Trotz dieser Fragilität war gerade die Zeit zwischen Februar- und Oktoberrevolution für sozialistische Parteien zentral, da in diesen Monaten eine noch nie dagewesene politische und individuelle Freiheit im Land herrschte. Die Parteien der ArbeiterInnenbewegung genossen erstmalig das Privileg der vollständigen Versammlungs- und Organisationsfreiheit. Dennoch konnten in dieser Zeit nur wenige gesellschaftspolitische Probleme gelöst werden, was vor allem daran lag, dass es dem neuen Staat an einer anerkannten zentralen Machtbasis mit politischer Durchsetzungsfähigkeit fehlte. Weder die provisorischen

147 Vgl. Abramovich, In tsvey revolyutsies, Bd. 1, S. 378; Zakharyash, Khaim: Di bundishe grupn in daytshland bes der velt-milkhome. In: NF, Vol. 12 (1937) vom 19.11.1937. S. 23. Für die Anwerbung jüdischer ArbeiterInnen aus Ostmitteleuropa vgl. Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München 2001. S. 99 – 103.

sche Regierung noch die Rätestrukturen waren in der Lage, die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen und drängende politische Fragen wie eine notwendige Bodenreform und die Befriedung der Nationalitätenfrage im Vielvölkerstaat zu lösen. Hinzu kam überdies der fortdauernde Krieg, durch den die Regierung weitere Zustimmung innerhalb der Bevölkerung einbüßte. Durch all diese Herausforderungen entstand eine politische Gemengelage, die bereits im Sommer 1917 zur Handlungsunfähigkeit der Regierung führte. In dieser Situation des vermeintlich gescheiterten revolutionären Umbruchs und der Angst vor einer Konterrevolution erschien die Partei der Bol'seviki, die sich als einzige revolutionäre Partei in keiner Weise an den politischen Strukturen der Doppelherrschaft beteiligt hatte, als politische Alternative. Somit war ein gesellschaftlicher Nährboden entstanden, auf dem die Bol'seviki im Oktober 1917 die politische Macht übernehmen und ihr Konzept einer revolutionären Gewaltherrschaft durchsetzen konnten.¹⁴⁸ Dieser zweite Machttransfer binnen weniger Monate verlief fast überall im Land „friedlich und undramatisch“¹⁴⁹.

Anders als die Bol'seviki sahen SozialdemokratInnen und rechte SozialrevolutionärInnen in dem aus der Februarrevolution entstandenen politischen System einen notwendigen Zwischenschritt zur „endgültige[n] Beseitigung der Feudalgesellschaft“¹⁵⁰, der der Etablierung einer sozialistischen Gesellschaft voranging. Die Aufgabe ihrer Parteien interpretierten sie dahingehend, dass sie diesen Weg zu einer kapitalistischen Gesellschaft nur kontrollieren, nicht jedoch an der Stelle bürgerlicher Parteien handeln sollten.¹⁵¹ Dabei ging die Mehrheit der sozialistischen Parteien von einer Zwangsläufigkeit im Weg von der gerade entstehenden parlamentarischen Demokratie zu einer sozialistischen Gesellschaft aus. Im Umgang mit der wenige Monate andauernden Doppelherrschaft zeigte sich jedoch auch deutlich die bestehende Uneinigkeit innerhalb der sozialistischen Bewegung: Während politisch rechts stehende SozialistInnen die provisorische Regierung unterstützten, fokussierten sich Mitglieder des linken Flügels auf die Arbeit in den geschaffenen Räten.¹⁵²

Das vornehmliche Ziel der provisorischen Regierung hatte darin bestanden, das politische Tagesgeschäft bis zur landesweiten Wahl einer konstituierenden Versammlung auszuführen. Tatsächlich fand diese Wahl jedoch erst im November

148 Vgl. Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion. 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München 1998. Hier S. 63–102.

149 Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion, S. 117. Über die Oktoberrevolution ebd., S. 105–134.

150 Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion, S. 70.

151 Vgl. Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion, S. 70.

152 Vgl. Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion, S. 72–87.

1917 nach der Machtübernahme der Bol'sheviki und damit unter erschwerten Rahmenbedingungen statt, da diese kein Interesse daran hatten, ihre gerade erreichte Macht wieder abzugeben. Hinzu kam, dass die Wahl nicht in allen Landesteilen durchgeführt werden konnte, weswegen die Wahlergebnisse nur eine begrenzte Aussagekraft über die politische Stimmung im gesamten Land hatten.¹⁵³ Trotz alledem erfolgte die Einberufung der konstituierenden Versammlung im Januar 1918, sie wurde jedoch von den Bol'sheviki in ihrer Arbeit stark behindert.¹⁵⁴

Ein darauffolgender bedeutsamer Schritt im Sinne des bolschewistischen Machterhalts war die Aushandlung des im März 1918 abgeschlossenen Friedensvertrages von Brest-Litovsk zwischen Sowjetrußland und den Achsenmächten. Die Bol'sheviki lösten damit ein bereits von der provisorischen Regierung getätigtes Versprechen ein. Dagegen spitzte sich nun die innenpolitische Lage durch den mehrere Jahre andauernden Bürgerkrieg weiter zu: Armut, Hunger, Gewalt und fortwährende Kriegswirren waren die Folge. Hinzu kamen ferner stärkere politische Verfolgungen, die nicht nur bürgerliche, sondern auch sozialistische Parteien erfuhren.

Die ersten Tage der Februarrevolution besaßen eine gewisse Ähnlichkeit zu den Geschehnissen des Jahres 1905. Wie zwölf Jahre zuvor unterlagen die Proteste nicht der Federführung von Parteien, was auch daran lag, dass sich zahlreiche BerufsrevolutionärInnen beim Ausbruch der Unruhen entweder im Exil oder in der Verbannung befanden. Aber auch diejenigen, welche sich noch in der Hauptstadt aufhielten, waren bereits in den Tagen vor den Großdemonstrationen eingesperrt worden, da sich die Situation im Land und an der Front verschlechtert hatte.¹⁵⁵ Stattdessen startete der Sturz der Monarchie, der den Beginn des „Ende[s] des Alten Europas“¹⁵⁶ markierte, mit einem spontanen Frauenprotest gegen den Versorgungsnotstand und die allgemeine Inflation. In den darauffolgenden Tagen folgten weitere Protest- und Demonstrationzüge, die zu einem Zusammenbruch des Regimes führten. Erst zu diesem Zeitpunkt war es für die exilierten und verbannten BerufsrevolutionärInnen möglich, in die Hauptstadt des Russländischen Reiches zurückzukehren.

153 Vgl. Radkey, Oliver H.: *Russia goes to the Polls. The Election of the all-Russian Constituent Assembly 1917*. Cornell 1989.

154 Vgl. Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion*, S. 129–134.

155 So der Bericht von Vera Broido deren Vater sich während des Ersten Weltkrieges in Petrograd aufhielt: Broido, *Daughter of Revolution*, S. 79.

156 Baberowski, Jörg: *Die Russische Revolution und das Ende des Alten Europa*. In: JHK, Vol. 25 (2017). S. 1–29.

Die Nachricht vom Sturz der Regierung erreichte die in der Verbannung lebenden RevolutionärInnen um einige Tage verspätet. Vladimir Voytinsky berichtet in seinen Erinnerungen davon, dass Briefe nach Sibirien mindestens acht Tage unterwegs gewesen seien. Telegramme hätten zwar schneller zugestellt werden können, das in Irkutsk kurz nach den revolutionären Ereignissen eintreffende Telegramm war jedoch so kurzgehalten, dass die Verbannten nicht verstanden, was in St. Petersburg vor sich ging. Für sie war deshalb erst der 2. März der „erste Tag der Revolution“.¹⁵⁷ Wie bereits einige Tage zuvor im Westteil des Landes entstanden nun ArbeiterInnenräte, Versammlungen wurden einberufen und es wurden revolutionäre Demonstrationen mit roten Fahnen durchgeführt. RevolutionärInnen übernahmen städtische und regionale Verwaltungsstrukturen und ersetzten die Regierungsverantwortlichen durch eigene Vertrauenspersonen.¹⁵⁸ Die Entwicklungen in Irkutsk waren nach Voytinsky ein typischer Verlauf für die revolutionären Geschehnisse außerhalb der Hauptstadt.¹⁵⁹

Das, was sich vor meinen Augen auf den Straßen abgespielt hat, erinnerte mich in all seinen Einzelheiten an den 18. Oktober 1905 in Petrograd: Dieselbe berauschende Freude, aber auch dieselbe Unsicherheit und unterdrückte innere Unruhe. Es gab aber einen ganz wesentlichen und entscheidenden Unterschied zwischen damals und heute: Das Militär war dieses Mal auf der Seite des Volkes.¹⁶⁰

In seinen Erinnerungen verweist Voytinsky sehr genau auf Parallelen und Unterschiede zur Situation im Jahr 1905. Besonders die ersten politischen Beschlüsse des sogenannten Bürgerkomitees von Irkutsk lehnten sich an die Erfahrungen von 1905 an.

Die politischen Verbannten, zu denen auch weitere namenhafte PolitikerInnen wie der Sozialrevolutionär Iraklij Cereteli und die Men'seviki Eva Broido sowie Lidija und Fëdor Dan gehörten, befanden sich in einem persönlichen Dilemma: Auf der einen Seite gingen sie davon aus, dass es für den Aufbau der neuen Gesellschaftsstruktur UnterstützerInnen der Revolution in allen Landesteilen bedurfte, da überall administrative Aufgaben sichergestellt und gerade in den Verbannungsorten die politischen Gefangenen befreit werden mussten. Auf der anderen Seite war die grundsätzliche politische Ausrichtung des neuen Staates noch nicht geklärt und es war klar, dass der zentrale Ort, an dem dies-

¹⁵⁷ Vgl. Voytinsky, Vladimir: *Dos iohr 1917*. In: *Di tsukunft*, Vol. 9 (1924), Nr. 9. Datumsangabe nach damaliger julianischer Zeitrechnung. Nach gregorianischem Kalender handelte es sich um den 16.03.1917.

¹⁵⁸ Vgl. auch Broido, *Daughter of Revolution*, S. 75 f.

¹⁵⁹ Vgl. Voytinsky, Vladimir: *Dos iohr 1917*. In: *Di tsukunft*, Vol. 9 (1924), Nr. 10.

¹⁶⁰ Voytinsky, Vladimir: *Dos iohr 1917*. In: *Di tsukunft*, Vol. 9 (1924), Nr. 9.

bezügliche Auseinandersetzungen stattfinden sollten, die Hauptstadt Petrograd war. Ausschließlich dort erschien es möglich, die Entwicklungen des Landes in vollem Umfang mitzubestimmen. Wenige Tage nach Beginn der Revolution verließen deswegen die BerufsrevolutionärInnen die Verbannungsorte. Im April 1917 erreichten Fëdor und Lidija Dan die Hauptstadt, wo Fëdor Dan sofort eine leitende Rolle bei den Men'seviki und in den Sowjets zukommen sollte.¹⁶¹ Ähnlich erging es auch Eva Broido, die sich in Petrograd „immediately into frantic activity“¹⁶² stürzte. Als Mitglied des Zentralkomitees der Men'seviki entschied sie in den folgenden Monaten über die politische Ausrichtung der Partei mit.

Für die im Exil lebenden RevolutionärInnen gestaltete sich die Rückkehr in die Heimat komplizierter. Rafail Abramovič, Julij Martov, Pavel Aksel'rod, Vladimir Kosovski und Franz Kursky waren einige von mehreren Dutzend russländischen RevolutionärInnen, die die Kriegszeit im Schweizer Exil verbrachten. Im Frühjahr 1917 blieb ihnen aufgrund des fortwährenden Krieges eine gewöhnliche Grenzüberquerung gen Osten weiterhin verwehrt.¹⁶³ Nichtsdestotrotz konnten Abramovič, Martov und Aksel'rod im Mai 1917 zurück nach Sowjetrussland fahren. Dafür bestiegen sie am 13. Mai 1917 mit über 200 weiteren Personen – RevolutionärInnen unterschiedlicher Parteien samt Familien – einen Zug von Zürich Richtung Petrograd. Ihr Weg führte sie durch Deutschland, Schweden und Finnland. Es handelte sich bereits um einen zweiten Zug dieser Art, der trotz fortwährender deutsch-russländischer Kriegsgegnerschaft russländische RevolutionärInnen durch Deutschland nach Sowjetrussland brachte. Das Kalkül der deutschen Heeresleitung bestand dabei darin, den politischen Gegner durch eine innenpolitisch instabile Lage zu schwächen und dies zum Vorteil für das deutsche Militär zu nutzen.

Vor der Abfahrt gab es unter den russländischen RevolutionärInnen kontroverse Diskussionen darüber, ob mit der Durchquerung Deutschlands eine Tolerierung des Deutschen Kaiserreiches und seiner Kriegspolitik einherging und wie dieser Schritt auf die Bevölkerung in Sowjetrussland wirken würde.¹⁶⁴ Diese Diskussion führte dazu, dass den ersten „plombierten Waggon“ nur 32 Personen bestiegen hatten, unter ihnen Lenin.¹⁶⁵ Wenige Wochen darauf entschied sich nun

161 Vgl. Jebrak, *Mit dem Blick nach Russland*, S. 103f.

162 Broido, *Daughter of Revolution*, S. 78.

163 Vgl. Abramovitsh, In *tsvey revolutsies*, Bd. 2, S. 5–24; Abramovič spricht von „einigen Tausend sozialistischen Emigranten im Ausland“. Ebd., S. 9.

164 Vgl. Haimson, Leopold: *Lenin, Martov and the Issue of Power*. In: Haimson, Leopold (Hrsg.): *Russia's Revolutionary Experience, 1905–1917. Two Essays*. New York 2005. S. 1–107. Hier S. 28; Merridale, Catherine: *Lenins Zug. Eine Reise in die Revolution*. Bonn 2017. S. 170–172.

165 Merridale, *Lenins Zug*, S. 172–175.

die Mehrzahl der in der Schweiz weilenden RevolutionärInnen für die geduldete Durchquerung des Deutschen Kaiserreiches. Genau wie bei den Verbannten war auch die Mehrzahl der ExilantInnen zu der Schlussfolgerung gekommen, dass sie die politische Zukunft Sowjetrusslands nur durch eine Rückkehr in die Hauptstadt mitbestimmen konnten. Es gab aber auch einige wenige ExilantInnen, die sich für einen Verbleib in der Schweiz entschieden. Zu ihnen zählten die Bundisten Vladimir Kosovski und Franz Kursky, die nach Kriegsende die in der Schweiz ansässige *Bund*-Auslandsvertretung samt Archiv abwickelten und sich anschließend nach Berlin begaben.¹⁶⁶

Die nach Petrograd zurückgekehrten SozialistInnen erlebten die kurze Zeit zwischen Februar und Oktober 1917 als einen „Frühling der Revolution“¹⁶⁷. Trotz schwieriger Lebensbedingungen, fortdauernden Krieges und Versorgungsengpässen entstand unter ihnen das Gefühl eines Aufbruchs in eine neue Ära. Dieses Gefühl währte jedoch nicht lange; es zerbrach spätestens mit dem Putsch der Bol'seviki im Oktober 1917. Bereits wenige Monate vor diesem Ereignis war die Spaltung zwischen Men'seviki und Bol'seviki, die bis dahin zwei Fraktionen einer Partei waren, endgültig vollzogen worden. Nach dem Sturz der Monarchie hatte sich der Widerspruch in den programmatischen Ansätzen beider Fraktionen sehr deutlich gezeigt. Während sich die Men'seviki für parlamentarische Wahlen einsetzten und die Februarrevolution als einen ersten Schritt Richtung sozialistische Gesellschaft sahen, sollte aus Sicht der Bol'seviki die Revolution von einem kleinen politischen Zirkel gewaltsam fortgeführt werden. Ähnliche Debatten über politische Ausrichtung und Art der Fortführung der Revolution fand in allen revolutionären Parteien in dieser Zeit statt. Sie wurden auch in der Sozialrevolutionären Partei, im *Bund* und in zionistischen Parteien intensiv geführt, dessen AnhängerInnenschaft sich ebenfalls in UnterstützerInnen und GegnerInnen der bolschewistischen Revolution spaltete.

Nach der Oktoberrevolution und den beginnenden Wirren des Bürgerkrieges sah sich die sozialistische Bewegung unterschiedlichen politischen GegnerInnen gegenüber. Zum einen erstarkten nationalistische Bewegungen, die oftmals antidemokratisch und in Teilen auch antisemitisch eingestellt waren. Zum anderen gab es die Bol'seviki und die entstehenden kommunistischen Schwesterparteien in Ländern außerhalb Sowjetrusslands. Sie trieben die Durchsetzung ihrer Ziele mit Terror und Gewalt gegen Andersdenkende voran, auch gegen sozialistische PolitikerInnen gerichtet. Dennoch riefen viele im Land verbliebene SozialistInnen wäh-

¹⁶⁶ Vgl. Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Bd. 2, S. 12–24; Menes, Der lebns-veg, S. 23. Vgl. hierzu auch Kapitel 3.1.1 und 3.2.6 dieser Arbeit.

¹⁶⁷ Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Bd. 2, S. 25.

rend des Bürgerkriegs zur Unterstützung der Roten Armee im Kampf gegen eine Konterrevolution auf, da für sie die stärkste politische Bedrohung von reaktionären und nationalen Bewegungen ausging. Die während des Bürgerkrieges stattfindende Verfolgung von SozialistInnen durch die Bol'sheviki blieb dennoch nicht ohne Auswirkungen auf die internationale revolutionäre Bewegung. Diesbezügliche Berichte von russländischen SozialistInnen und SozialrevolutionärInnen an politisch Gleichgesinnte in Westeuropa vertieften die Spaltung der ArbeiterInnenbewegung in zwei sich unversöhnlich gegenüberstehende Blöcke. Auf der einen Seite existierte eine sozialistisch-sozialdemokratische, auf der anderen Seite eine kommunistische ArbeiterInnenbewegung.

Das Ende des Ersten Weltkrieges führte auch zum Ende der großen Imperien in Ostmitteleuropa und zur Neugründung zahlreicher Nationalstaaten. Aus dem Russländischen Reich entstanden die Nationalstaaten Polen, Litauen, Finnland, Estland und Lettland; während des Bürgerkrieges in Sowjetrussland existierten außerdem für wenige Monate unabhängige ukrainische und georgische Staaten.¹⁶⁸ Der ungarische Staat löste sich aus der österreichischen Doppelmonarchie und auch auf dem Balkan kam es zu Staatsneugründungen.¹⁶⁹ Einen vorläufigen Abschluss fand die politische Neustrukturierung Europas in den Beschlüssen der Versailler Friedenskonferenz.¹⁷⁰ Trotzdem sollten einige Grenzgebiete auch darüber hinaus Streitpunkte zwischen den Staaten bleiben. Besonders bis 1922 war der ostmitteleuropäische Raum geprägt von anhaltenden Kriegshandlungen, Grenzverschiebungen, militärischen Interventionen und einem mehrjährigen Bürgerkrieg, aus dem 1922 die Sowjetunion hervorging.

Für die osteuropäischen Judenheiten stellten sich die revolutionären Entwicklungen von 1917 ambivalent dar. Ein zentraler Unterschied zu 1905 bestand darin, dass bereits wenige Wochen nach der Februarrevolution mit der Aufhebung der Sondergesetzgebung gegenüber der jüdischen Bevölkerung die gesetzliche Gleichstellung für Jüdinnen und Juden in Sowjetrussland gewährleistet wurde. Nichtsdestotrotz gab es alltägliche Erfahrungen eines fortbestehenden Antisemitismus. Besonders in den Grenz- und Bürgerkriegsgebieten geriet die jüdische Bevölkerung buchstäblich zwischen die politischen Fronten: Pogrome, die noch mehr Opfer forderten als die Pogromwelle von 1903–1905, begleiteten die

168 Für die Grenzsituation nach dem Ersten Weltkrieg an der Westgrenze Sowjetrusslands vgl. Snyder, Timothy: *The Reconstruction of Nations: Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus, 1569–1999*. New Haven/London 2003. S. 52–72 und S. 133–153.

169 Vgl. Conze, Eckart: *Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt*. München 2018. S. 408–459.

170 Für die Neustrukturierung Europas im Zuge der Versailler Friedenskonferenz vgl. Conze, Die große Illusion, S. 186–382.

Kriegshandlungen. Sie wurden mehrheitlich von der Weißen Armee und nationalistischen Gruppierungen, in Teilen aber auch von RotarmistInnen verübt.¹⁷¹ Mehrere zehntausend Jüdinnen und Juden fielen ihnen zum Opfer, Hunderttausenden wurde dadurch die Existenzgrundlage entzogen. Letzteres führte zu einer großen Migrationsbewegung Richtung Westeuropa und Amerika.¹⁷²

Die jüdische Zivilbevölkerung des Gebietes des ehemaligen Ansiedlungsrayons war von den politischen Grenzverschiebungen in Ostmitteleuropas in besonderem Maße betroffen. Der imperiale russländische Staat, der eine politische Einheit dargestellt hatte, wurde nun in verschiedene politische Entitäten unterteilt. In der Abkehr vom Prinzip des Vielvölkerstaates hin zum Prinzip der Nationalstaatlichkeit wurde die jüdische Bevölkerung des Russländischen Reiches zwischen verschiedenen Staaten aufgeteilt. Durch den ehemaligen jüdischen Ansiedlungsrayon verliefen nun militärisch umkämpfte Staatsgrenzen; neben Sowjetrussland existierten jetzt ebenfalls der polnische, lettische, litauische und rumänische Nationalstaat. Auch wenn auf gesetzlicher Ebene Minderheitenrechte implementiert wurden, sah die jüdisch-sozialistische Bewegung hierin für die osteuropäischen Judenheiten zwei große Gefahren. Sie befürchtete zugleich die Zersplitterung der revolutionären Bewegung und der osteuropäischen Judenheiten.

Die realpolitischen Entwicklungen verliefen in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg durchaus widersprüchlich. Ein Beispiel hierfür ist die kurzlebige Ukrainische Volksrepublik. In ihr wurden einerseits Konzepte von jüdischen Minderheitenrechten auf nationaler Ebene erprobt, wobei die Zentralregierung einen Minister für Jüdische Angelegenheiten ernannte und mit der *Kultur-lige* eine staatlich eingerichtete Dachorganisation für jiddischsprachige Kultur- und Bildungsangelegenheiten begründete. Andererseits standen die in Kiew ansässigen jüdischen Autonomiestrukturen im vollständigen Gegensatz zu den zeitgleich stattfindenden, bis zu diesem Zeitpunkt blutigsten antisemitischen Pogromen der Neuzeit, die sich auf dem Territorium der Ukraine ereigneten.¹⁷³

171 Vgl. Kessler, Mario: Die Komintern und die Poale Zion 1919 bis 1922. Eine gescheiterte Synthese von Kommunismus und Zionismus. In: *Arbeit – Bewegung – Geschichte*, Vol. 16 (2017), Nr. 2. S. 15 – 30.

172 Vgl. Dohrn, Verena/Saß, Anne-Christin: Einführung. In: Dohrn, Verena/Pickhan, Gertrud (Hrsg.): *Transit und Transformation. Osteuropäisch-jüdische Migranten in Berlin 1918–1939*. Göttingen 2010. S. 9–22.

173 Vgl. Fishman, *The Rise of Modern Yiddish Culture*, S. 85. Welche Mitverantwortung die ukrainische Zentralregierung an den Pogromen trug, wurde in den 1920er Jahren kontrovers debattiert. In dieser Arbeit ist die diesbezügliche Diskussion innerhalb der SAI nachgezeichnet, an der Rafail Abramovič in besonderem Maße beteiligt war. Vgl. hierzu Kapitel 4.1.3 in dieser Arbeit.

Auf die neuen politischen Rahmenbedingungen reagierten die revolutionären Parteien zügig. Beispielhaft hierfür steht die Reaktion des *Bund*: In den neu gegründeten Staaten wurde die bisher auf den Vielvölkerstaat ausgerichtete Bewegung umstrukturiert. Es entstanden jeweils landesspezifische *Bund*-Parteien, von denen sich in den kommenden Jahren besonders die Partei in der Zweiten Polnischen Republik zu einem wichtigen Träger der jüdisch-revolutionären Bewegung entwickelte.¹⁷⁴ Daneben gab es aber auch quantitativ kleinere *Bund*-Parteien in Staaten wie Litauen und Rumänien. Den *Bund* in Sowjetrussland ereilte dagegen ein anderes Schicksal, das dem anderer revolutionärer Parteien im Land ähnelte. Kurz nach der Oktoberrevolution spaltete sich die AnhängerInnenschaft in einen bolschewistischen und einen sozialistischen Parteizweig, wobei der von den Bol'sheviki unabhängige Zweig starkem politischen Druck ausgesetzt war. Der *Bund* vollzog diese Spaltung in Sowjetrussland förmlich auf seinem 12. Parteitag im Frühjahr 1920, bei dem ein *Sozialdemokratischer Bund der Sowjetunion* und ein kurzlebiger *Kombund* aus der Partei hervorgingen. Letztgenannte Partei löste sich wenige Monate später auf; im Zuge dessen traten viele der Mitglieder individuell in die kommunistische Partei ein. Sozialistische BundistInnen sahen in der Auflösung des *Kombund* eine bereits vorhergesagte erzwungene vollständige Assimilierung jüdischer RevolutionärInnen durch die Bol'sheviki. Aber auch der *Sozialdemokratische Bund der Sowjetunion* bestand in seiner ursprünglichen Form nur für kurze Zeit. Wie alle anderen sozialistischen Parteien wurde er 1922 verboten und es gründete sich anschließend eine Exilvertretung in Berlin.¹⁷⁵ Das erlassene Parteienverbot gewährleistete die Ein-Parteiherrschaft der Bol'sheviki in der Sowjetunion.

Nach der Oktoberrevolution wich bei SozialistInnen langsam die durch die Februarrevolution hervorgerufene Hoffnung auf ein sich demokratisch entwickelndes Russländisches Reich. Neben Bürgerkriegswirren erfuhren sie nun – zum Teil auch durch frühere politische Weggefährten – Repressionen, die mit den staatlichen Repressionsmaßnahmen vor 1917 vergleichbar waren und in Form von Verfolgung, Terror, Verbannung und Gefängnisstrafen verübt wurden. Zahlreiche SozialistInnen flüchteten deshalb abermals ins ausländische Exil. Stärker als vor dem Ersten Weltkrieg wurde Berlin nun zu einem wichtigen Migrationsort. Die physische Nähe zur deutschen Sozialdemokratie, die geografische Lage in der Mitte des Kontinents und die wachsende Kultur- und Publikationsszene waren wichtige Gründe,

¹⁷⁴ Vgl. Pickhan, „Gegen den Strom“.

¹⁷⁵ Für die Exilvertretung des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* in Berlin siehe Kapitel 3.1.1.2 dieser Arbeit. Für die Teilung des *Bund* in Russland vgl. Jacobs, Jack: *The Bund in Vilna, 1918 – 1933*. In: Polin, Vol. 25 (2013). S. 263 – 292.

warum sich mehrere Dutzend osteuropäisch-jüdische SozialistInnen in der Stadt niederließen.

Die bis hierin beschriebenen Erfahrungen eines osteuropäisch-jüdischen Erfahrungssatzes und eines osteuropäisch-revolutionären Erfahrungsbefundes bei gleichzeitigem Wissen um den doppelten Charakter der Revolutionen für die osteuropäisch-jüdische Bevölkerung trugen die nach Berlin migrierenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen mit in die Stadt. Ihr Exil war auf die bolschewistische Herrschaft in Sowjetrußland zurückzuführen. Ihr dortiges politisches Leben wurde jedoch auch bestimmt durch grundlegende politische Veränderungen in Europa insgesamt, die durch den Ersten Weltkrieg und seine Nachwirkungen entstanden waren. Dabei beeinflussten die beschriebenen komplexen Erfahrungen die ExilantInnen fortwährend in ihrer Bewertung zukünftiger Entwicklungen: besonders in Form von Vergleichen, dem Abgleich mit bereits Erfahrenem oder der Wahrnehmung von Gegensätzen. Ihre eigenen Zugehörigkeitskonzepte, die sich im Dreiecksverhältnis zwischen osteuropäischem, jüdischem und sozialistischem Selbstverständnis bewegten, blieben bestehen und wurden zugleich neu ausgehandelt, auch weil sie in der nationalstaatlichen Umgebung der Weimarer Republik von außen infrage gestellt wurden.

2.3 Die Exilgruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen im Berlin der Weimarer Republik

Das Berlin der Weimarer Republik beschreibt der Historiker Peter Gay als einen Ort, „wo der Außenseiter heimisch werden und sein Talent entwickeln konnte“¹⁷⁶. Auch wenn in der Studie Immigrationsbewegungen in die erste parlamentarische Demokratie Deutschlands nicht beachtet wurden, erscheint die von Gay beschriebene Wahrnehmung der Stadt als einer von mehreren gewichtigen Pull-Faktoren für den großen Zuzug nach Berlin. Sowohl in jüdischen als auch sozialistischen Kreisen besaß das Berlin der Weimarer Republik aber auch aufgrund anderer Faktoren in seiner Anfangszeit einen herausragenden Ruf: Die Stadt war Ursprungsort der jüdischen Aufklärungsbewegung *Haskala* und galt mit der SPD-Parteizentrale neben Wien als wichtigster deutschsprachiger Standort der sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung.¹⁷⁷

176 Gay, Peter: Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur in der Weimarer Zeit. 1918 – 1933. Frankfurt am Main 1970. S. 173f.

177 Für Berlin als sozialdemokratisches Zentrum vgl. Eley, Geoff: Forging Democracy: The History of the Left in Europe, 1850 – 2000. Oxford 2002. Besonders S. 121. Für Berlin als Ort der jüdischen Aufklärung aus der Perspektive von russländischen und galizischen Juden vgl. Levin,

Für die zugezogenen osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen wurde Berlin Zufluchtsort und politischer Handlungsraum zugleich. In der entstehenden Sowjetunion wurden sie von den Bol'sheviki trotz gemeinsamer revolutionärer Vergangenheit als Störfaktor für den Aufbau des neuen Staates wahrgenommen, weshalb sie im Land Repressionen in Form von Gefängnisstrafen, Verfolgung und Parteiverboten erfuhren. Ein weiterer, in der Gründungsphase der Sowjetunion oft angewandter Umgang mit politischen WidersacherInnen war die Ausweisung von *political intellectuals*. Bekannte Oppositionelle konnten so aus der politischen Debatte im Land entfernt werden; zugleich wurde ein Signal der Humanität und Zurückhaltung an die internationale Gemeinschaft ausgesendet, da die Oppositionellen aus der Gefangenschaft oder Verbannung befreit wurden. Im beginnenden internationalen Deutungskampf um politische Ideologien war es den sowjetischen MachthaberInnen wichtig, dass ihr Land als humanere Alternative zu westeuropäischen Staaten und Staatsformen wahrgenommen wurde.¹⁷⁸

Die zeitgenössisch besondere Stellung des Berliner Exilraums beschrieb der osteuropäisch-jüdische Sozialist und jiddischsprachige Journalist Dovid Eynhorn. 1921 charakterisierte er die Stadt als „neutralsten und gastfreundlichsten Ort der Welt“.¹⁷⁹ Weiter schrieb er:

Berlin ist der einzige Zufluchtsort, in dem alle Unzufriedenen der Welt sich sicher fühlen können. Ich weiß nicht, inwieweit es den Deutschen bewusst ist, welche weltbedeutende Rolle die Stadt Berlin jetzt gerade als ein Zentrum zwischen Ost und West einnimmt. [...] Die Stadt ist ein] großes Lager gefüllt mit politischen Migranten jeglicher Art. Von einem indischen Nationalisten bis hin zu einem Mitglied der weißrussischen Intelligencija. [...] Nach den Russen kommen [zahlenmäßig] die Juden. Sie haben verschiedene Nationalitäten und kommen aus verschiedenen Richtungen. Sie sind die eigentlichen Schiffchen im Webstuhl

Nora: Jewish Socialist Movements, 1871–1917. London 1977. S. 9. Berlin war eines von mehreren Migrationszentren für Geflüchtete aus Osteuropa. Für weitere Emigrationsorte der Zwischenkriegszeit vgl. Schlögel, Karl (Hrsg.): Der große Exodus – Die russische Emigration und ihre Zentren 1917–1941. München 1994. Für die sozialistische Bewegung waren die Städte New York, Paris und London von großer Bedeutung. Teile der Sozialrevolutionären Partei lebten in den 1920er Jahren in Prag und Paris. Für den *Bund* war Warschau das wichtigste Zentrum der Zwischenkriegszeit.

178 Vgl. Schlögel, Karl: Das sowjetische Jahrhundert. Archäologie einer untergegangenen Welt. München 2017. S. 78–94. Schlögel argumentiert, dass die Bevölkerung in der Diaspora als Teil der russländischen Geschichte betrachtet werden sollte, dieser Teil der russländischen Geschichte jedoch bisher zu wenig befohrt wurde.

179 Eynhorn, Dovid: Berlin vert di shtodt fun farvogelte un farfolgte. A brief fun berlin. In: Forverts, Vol. 24 (1921), Nr. 8.651 (26.06.1921). S. 2.

der Geschichte, die ungeschickt hin- und wieder zurücklaufen, die überall viel zu viele sind und die gegenüberliegenden Fäden kneifen.¹⁸⁰

Durch den Aufbau von Verlagen, Vereinen, Debattierklubs und Exilparteistrukturen jeglicher politischen Couleur entstand in der Hauptstadt der Weimarer Republik für mehr als ein Jahrzehnt ein Mikrokosmos osteuropäischer Politik.¹⁸¹ Auch die sozialistische Exilgruppe blieb in ihrer parteipolitischen und nationalen Zugehörigkeit sehr heterogen. Unter ihren Mitgliedern befanden sich zahlreiche BerufsrevolutionärInnen, aber auch JournalistInnen, PoetInnen und SchriftstellerInnen. Einige betrachteten sich ausschließlich als InternationalistInnen, andere fühlten sich einer Nation zugehörig.

Für den überwiegenden Teil der sozialistischen ExilantInnen war die Berliner Zeit nicht ihr erster Exilaufenthalt im westlichen Europa. Dennoch stellte dieser Weg ins Exil einen biografischen Bruch dar, der sich von vorherigen Erfahrungen in wichtigen Punkten unterschied: Erstmals wurden sie von einer sich als politisch links verstehenden Regierung aus dem Land vertrieben, was auch eine unwiderrufliche Zerstörung von jahrelang bestehenden politischen Allianzen zur Folge hatte. Dieser Bruch innerhalb der russländischen ArbeiterInnenbewegung hatte Auswirkungen auf die gesamte internationale ArbeiterInnenschaft, die sich nach dem Ersten Weltkrieg endgültig und unwiderruflich in eine sozialistische und eine kommunistische Bewegung aufspaltete. Ferner stellte der Weg nach Berlin für die überwiegende Mehrheit der ExilantInnen einen nicht nur ungewollten, sondern auch einen endgültigen Abschied von der Heimat dar, wobei dies den russländischen SozialistInnen erst im Laufe der Zeit bewusst werden sollte.¹⁸²

Das von Dovid Eynhorn angenommene Desinteresse der Mehrheitsgesellschaft an den „NeuberlinerInnen“¹⁸³ muss für die osteuropäischen SozialistInnen in Teilen revidiert werden. Zumindest innerhalb der deutschsprachigen sozialistischen Parteien bestand ein Interesse an einem Austausch mit den ExilantInnen, woraus zahlreiche Kooperationen zwischen den ExilantInnen und ihren deutschsprachigen ParteifreundInnen entstanden.¹⁸⁴ Trotz dieser engen Koope-

180 Eynhorn, Dovid: Berlin vert di shtodt fun farvogelte un farfolgte. A brief fun berlin. In: Forverts, Vol. 24 (1921), Nr. 8.651 (26.06.1921). S. 2.

181 Vgl. Schlögel, Das russische Berlin, S. 115–119.

182 Ausnahmen innerhalb der Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen waren Dovid Bergelson, Eva Broido und Nokhem Shtif, die aus unterschiedlichen Gründen in die Sowjetunion zurückkehrten.

183 Für den Begriff vgl. Allers, Tobias: Neuberliner. Migrationsgeschichte Berlins vom Mittelalter bis heute. Berlin 2017.

184 Für die Gruppe der Men'sheviki vgl. bspw. Liebich, Eine Emigration in der Emigration.

ration bleibt festzuhalten, dass es auch innerhalb der deutschen ArbeiterInnenbewegung nur sehr wenige Personen gab, die die Diversität in politischer Ausrichtung und Parteizugehörigkeit unter den ExilantInnen verstanden, was besonders auf fehlende Sprachkenntnisse zurückzuführen ist.¹⁸⁵ Nur wenige deutsche SozialistInnen konnten kyrillische oder hebräische Schriftzeichen lesen. Beispielsweise bedauerte der an den politischen Entwicklungen im Russländischen Reich sehr interessierte Karl Kautsky bereits in einem 1912 verfassten Brief an den russischen Sozialdemokraten Georgij Plekhanov, dass seine Informationen über die politische Situation in Osteuropa ausschließlich aus zweiter Hand stammen würden.¹⁸⁶ Diese Sprachbarriere, die die Mehrheit der westeuropäischen Führungsriege sozialistischer ArbeiterInnenparteien betraf, hatte auch nach dem Ersten Weltkrieg Bestand.¹⁸⁷

Wenngleich die osteuropäische Migrationsbewegung das alltägliche Berliner Stadtbild der Zeit mitprägte, muss für die Mehrheitsgesellschaft außerhalb der ArbeiterInnenbewegung konstatiert werden, dass unter dieser entweder kein Interesse oder sogar offene Ablehnung bezüglich der osteuropäischen Migrationsgruppe bestand.¹⁸⁸ Die ablehnende Haltung gegenüber Migration aus Osteuropa paarte sich dabei mit offenem Antisemitismus und Rassismus. Der Historiker Ralf Hoffrogge beschreibt für den Diskurs um die sogenannte parlamentarische „Ostjudendebatte“ des Jahres 1922, dass „[a]ntisemitische Motive [...] in dieser Situation nur sprechfähig [waren], indem man sie auf nichtdeutsche Staatsbürger beschränkte und kulturalisierte: zur Selbstvergewisserung des ‚Deutschen‘ dienten die ‚Ostjuden‘.“¹⁸⁹

185 Karl Kautsky stellt in einem Brief an Pëtr Garvi fest, dass „[d]ie wenigsten Genossen außerhalb der russischen Emigration [...] eine Ahnung von den Differenzen im Schoße der Emigration [haben]“. Brief von Karl Kautsky an Pëtr Garvi, o. D. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. G 16_23.

186 Vgl. Brief vom 12.01.1912, Karl Kautsky an Georgij Plekhanov. Eingesehen in: BArch NY/4055/10. Ebenfalls bedauerte Fëdor Dan die fehlende Sprachkenntnis Kautskys in einem Brief vom 10.07.1925. Brief von Fëdor Dan an Karl Kautsky. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Brief Nr. 192, S. 350 f.

187 Vgl. hierzu Bauer, Matthias: Die transnationale Zusammenarbeit sozialistischer Parteien in der Zwischenkriegszeit. Eine Analyse der außenpolitischen Kooperations- und Vernetzungsprozesse am Beispiel von SPD, SFIO und Labour Party. Düsseldorf 2018. S. 395–400; Buschak, Willy: Die Vereinigten Staaten von Europa sind unser Ziel. Arbeiterbewegung und Europa im frühen 20. Jahrhundert. Essen 2014. S. 249 f.

188 Vgl. Schlögel, Das sowjetische Jahrhundert, S. 87 f.

189 Hoffrogge, Ralf: Ein Tag im Leben der Weimarer Republik – die „Ostjudendebatte“ des Preußischen Landtages von 1922. In: Börner, Markus/Jungfer, Anja/Stürmann, Jakob (Hrsg.): Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Berlin/Boston 2018. S. 297–317. Hier S. 300.

Rassistische Stereotype lassen sich in Dokumenten des Ministeriums des Inneren nachweisen. Das Ministerium, verantwortlich für die öffentliche Ordnung im Land, war für die Beobachtung politischer GefährderInnen aus dem Ausland zuständig. In einem schriftlichen Bericht verwiesen MitarbeiterInnen auf eine „Landplage durch diese lästigen [osteuropäischen] Ausländer“¹⁹⁰. Unter den in der Weimarer Republik lebenden „Russen, die sich so zahlreich in Deutschland herumtreiben“¹⁹¹, wurde eine hohe Anzahl von AgentInnen der Bol'sheviki vermutet. Diese Debatten aus dem Parlament und dem Ministerium waren keine Einzelfälle, sondern bildeten gesamtgesellschaftliche Diskurse ab. Offener Antisemitismus und Rassismus schlugen den MigrantInnen daher auch in anderen gesellschaftlichen Kontexten entgegen.

In der deutschsprachigen Öffentlichkeit außerhalb der ArbeiterInnenbewegung wurde die sozialistische Exilgruppe kaum als politischer Akteur wahrgenommen, was auch daran lag, dass ihre Mitglieder nur selten auf Landes- oder kommunaler Ebene in Erscheinung traten. Im Gegensatz zu als KommunistInnen eingestuftem AusländerInnen entging die überwiegende Mehrheit der sozialistischen ExilantInnen auch einer kontinuierlichen Überwachung durch das Ministerium des Inneren.¹⁹² Eine Ausnahme bildeten dabei die sozialrevolutionären ParteianhängerInnen, die das Ministerium als unter „Entente-Einfluss“ einstuft und deshalb in der ersten Hälfte der 1920er Jahre überwachte. In einem Schreiben an das Auswärtige Amt ist die Einschätzung des Reichskommissariats zur Sozialrevolutionären Partei festgehalten: „Ohne der bolschewistischen Politik das Wort zu reden, muss betont werden, dass diese Unterstützung der Politik der Sozialrevolutionäre gleichbedeutend ist mit einer Unterstützung der französischen Vernichtungspolitik gegen Deutschland.“¹⁹³

190 Bericht vom 01.02.1921, S. 24 (R.K. 26). Eingesehen in: BArch R 1507/2005.

191 Bericht vom 01.02.1921, S. 24 (R.K. 26). Eingesehen in: BArch R 1507/2005.

192 Unterscheidungen wurden v. a. anhand ethnischer Kriterien und der Frage, inwieweit Sympathien zum Bolschewismus bestanden, vorgenommen. Am 27.12.1922 stellten MitarbeiterInnen des Ministeriums fest, dass „[d]ie Ostjuden [...] nur einen Teil der Osteinwanderer überhaupt dar[stellen]; neben ihnen sind es besonders die Russen, die sich hier sesshaft gemacht haben, in ihrer Mehrzahl bessere und ruhigere Zeiten für ihre Heimat hier abwarten wollen und aus Mangel an Geldmitteln in anderen hochvalutarischen Ländern schlechterdings nicht leben können. Auch Flüchtlinge aus der Ukraine warten hier ab, bis sie heimkehren können; des weiteren Flüchtlinge z. B. aus Ungarn, Rumänien, der Türkei, Indien u. a.; von den zehntausenden deutschstämmiger Flüchtlinge aus Ost und West ganz zu schweigen, denen eine Unterkunft zu bieten für uns Ehrenpflicht ist.“ Bericht des Ministers des Innern vom 27.12.1922. S. 4. Eingesehen in: PA AA, RZ 207, R 78680.

193 Schreiben des Reichskommissars zur Überwachung der öffentlichen Ordnung an die Presseabteilung der Reichsregierung des Auswärtigen Amtes vom 17.08.1922. Eingesehen in: PA AA, RZ 701, R 121691.

Auch über andere Gruppierungen der sozialistischen Exilgemeinschaft wurden, meist zu besonderen Anlässen, Überwachungsdokumente verfasst.¹⁹⁴ Die augenscheinlichen Ungenauigkeiten in den verfassten Berichten lassen die Schlussfolgerung zu, dass es den BehördenmitarbeiterInnen an Möglichkeiten fehlte, die politischen Tätigkeiten und Ziele der MigrantInnen in Gänze zu erfassen.¹⁹⁵ Ob hierfür fehlende Sprachkenntnisse, fehlender Kontakt zu den Gruppen oder andere Gründe ausschlaggebend waren, konnte nicht abschließend geklärt werden.

Ein großer Teil der Diversität innerhalb der sozialistischen Exilgruppe aus dem ehemaligen Russländischen Reich bildete sich auch innerhalb der Teilgruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen ab. In den folgenden Unterkapiteln erfolgt eine Annäherung an diese Gruppe. Dabei wird zuerst eine generelle Charakterisierung der Gruppe vorgenommen, in der allgemeine Aussagen über Alter, Bildung, Herkunft, Geschlecht und Aufenthaltsdauer in Berlin getätigt werden. In den darauffolgenden Unterkapiteln werden insbesondere die unterschiedlichen politischen Parteizugehörigkeitsformen und die divergierenden Selbstverständnisse zur osteuropäisch-jüdischen Herkunft abgebildet. Die Berliner Exilzeit wird dabei als ein Zeitpunkt während eines länger andauernden Migrationsprozesses verstanden.

2.3.1 Gruppenprofil

Für die vorliegende Studie wurden 46 SozialistInnen osteuropäisch-jüdischer Herkunft ausgemacht, die vor dem Ersten Weltkrieg in der revolutionären Bewegung Osteuropas tätig waren und deren Exilort in den 1920er Jahren zumindest temporär die Stadt Berlin war. Zur Darstellung der politischen Heterogenität un-

194 Im Zuge der Gründung einer Ortsgruppe des „Jüdischen Arbeiter und Kulturvereins“ in Elberfeld im Rheinland (heute Teil von Wuppertal) wurden auch Erkenntnisse aus Berlin über den „Jüdischen Arbeiter und Kulturverein Ber Borocho“ geteilt. Vgl. Kommunikation aus Juni/Juli 1926. Eingesehen in: BArch, R 1507/108. Auf die in Berlin publizierte SDAPR-Parteizeitschrift *Socialističeskij vestnik* wird in Berichten des Jahres 1921 verwiesen. Vgl. bspw. Bericht vom 15.02.1921, S. 31 und 12.04.1921, S. 24f. Eingesehen in: BArch, R 1507/2008. Ebenso äußerte sich das Reichskommissariat für die Überwachung der öffentlichen Ordnung zu den politischen Einstellungen von Grigorij Binštok und Sergey Braun bei ihren Anträgen auf Aufenthaltsverlängerung und Einreiseerlaubnis. Vgl. PA AA, RZ 701, R 121690.

195 Beispielsweise werden im Bericht vom 15.02.1921 als Herausgeber des *Socialističeskij vestnik* die Namen „Abramowitsch und Mastor“ aufgeführt. Bei zweitem war mit hoher Wahrscheinlichkeit Julij Martov gemeint. Vgl. Bericht vom 15.02.1921 (R.K. 28), S. 31. Eingesehen in: BArch R 1507/2005.

terliegen die zur Definition der Gruppe verwandten Termini osteuropäisch, jüdisch und sozialistisch bewusst einer breiten Definition: Osteuropäisch bezeichnet das Aufwachsen im Russländischen Reich, jüdisch eine ethno-kulturelle bzw. nationale Zugehörigkeit zur Judenheit. Der Begriff sozialistisch wird als Sammelbegriff für die zeitgenössischen (Parteien-)Vielfalt innerhalb der russländischen ArbeiterInnenbewegung verwendet, die sich nach der Oktoberrevolution von der kommunistischen Bewegung abgrenzte. Hierzu zählten ParteianhängerInnen der SDAPR, des *Bund*, zionistischer, territorialistischer und sozialrevolutionärer Parteien. Von Berlin aus führten die Mitglieder der Exilgruppe ihre Tätigkeit als PolitikerInnen, JournalistInnen, WissenschaftlerInnen oder in Hilfsorganisationen im jiddisch-, russisch- und deutschsprachigen Handlungsraum fort, wodurch sie an politischen Diskursen sowohl innerhalb Berlins als auch in der internationalen sozialistischen Bewegung partizipierten.

In der zeitgenössischen Wahrnehmung handelte es sich bei den 46 in Berlin lebenden ExilantInnen um keine zusammenhängende Gruppe. Zu groß waren die Unterschiede in Parteizugehörigkeit und nationalem Selbstverständnis. Allerdings konstituierten sich einige osteuropäisch-jüdische SozialistInnen, die den Holocaust überlebt hatten, rückwirkend als gemeinsame Gruppierung. Retrospektiv sahen sie sich als speziellen Teil einer heterogenen Gruppe osteuropäisch-jüdischer politischer Intellektueller, die fast vollständig vernichtet und heimatlos gemacht wurde.¹⁹⁶

Zu Beginn der 1920er Jahre erschien Berlin als ein vergleichsweise sicherer Exilort, in dem die Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen weder die ihnen aus Osteuropa bekannten antisemitischen Pogrome noch politische Verfolgung fürchteten. Dass sie nur knapp 15 Jahre später in Deutschland in dreifacher Weise – aufgrund der ihnen zugeschriebenen national-ethnischen und ihrer politischen Zugehörigkeit sowie ihrer osteuropäischen Herkunft – einer antisemitischen, politischen und rassischen Verfolgung ausgesetzt werden sollten, war für sie nicht vorhersehbar. Trotz ihres Gefühls verhältnismäßig umfangreicher politischer Freiheit nahmen die ExilantInnen aber von Beginn an politische Gefährdungen wahr. Bereits zu Beginn der 1920er Jahre gab es Gerüchte darüber, dass ExilantInnen von MitarbeiterInnen der sowjetischen Botschaft und dem sowjetischen Geheimdienst bespitzelt würden.¹⁹⁷ Außerdem beobachteten die ExilantInnen einen erstarkenden

196 Vgl. hierfür bspw. Levin-Shazkes, I.: A dor vos iz avek. In: Der veker, Vol. 29 (1950), Nr. 1. S. 3–5; Menes, Der lebens-veg; Aronson, Rusish-yidishe inteligents; Abramovitch, In tsvey revolutsijs.

197 Vgl. Bericht vom 15.02.1921. Eingesehen in BArch, R 1507/2008 sowie vertrauliche Nachricht der Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern vom 15.02.1932. Eingesehen in: BArch, R 1507/2071. In letzterer wird erwähnt, dass „[w]enn auch über die Tätigkeit sowjetrussi-

Antisemitismus in der Weimarer Republik, der sich mit den sogenannten Scheuennenviertelpogromen im November 1923 und der davor stattfindenden Parlamentsdebatte über jüdische Migration aus Ostmitteleuropa in verbaler und physischer Weise besonders gegen die osteuropäisch-jüdische Migrationsgruppe richtete.¹⁹⁸

Bei der Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen handelte es sich um eine verhältnismäßig alte Exilgruppe. Knapp drei Viertel ihrer Mitglieder hatten Mitte der 1920er Jahre bereits das 40. Lebensjahr überschritten. Dies bedeutete, dass ihre politische Prägung bereits im Russländischen Reich stattfand und sie während der Berliner Exilzeit bereits auf eine Erfahrung aus zumeist zwei Jahrzehnten politischer Arbeit in und für das Russländische Reich zurückblickten.

Die große Mehrheit der ExilantInnen wurde in den 1870er und 1880er Jahren geboren. Bemerkenswert erscheint, dass sogar ein Drittel der in dieser Studie betrachteten osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen in einem relativ kurzen Zeitraum von fünf Jahren – zwischen 1878 und 1882 – geboren wurde. Auch wenn es sich bei der vorliegenden Studie um eine qualitative und keine quantitative Arbeit handelt, wirft dieser Befund die Frage auf, inwieweit in dieser Alterskohorte im Russländischen Reich eine außergewöhnlich hohe Politisierung in revolutionären Parteien stattfand. Mit Pavel Aksel'rod (ca. Jg. 1850), Isai Judin, Vladimir Kosovski (beide Jg. 1867), Abraham Mutnik (Jg. 1868), Fëdor Dan (Jg. 1871) und Franz Kursky (Jg. 1874) waren sechs Personen der Exilgruppe Mitte der 1920er Jahre bereits über 50 Jahre alt.¹⁹⁹ Dagegen waren Simon Wolin, Abraham Menes, Ben-Baruch und Samuel Estrine in den 1890er Jahren und Nathan Frenkel erst 1903 geboren und damit zur selben Zeit 35 Jahre oder jünger. Sie stießen erst nach der Revolution von 1905 zur revolutionären Bewegung Osteuropas hinzu.

Das zum Teil fortgeschrittene Alter der ExilantInnen kann auch maßgeblich als Grund dafür angesehen werden, dass es unter den Berliner ExilantInnen vermehrt zu Todesfällen kam. Den kürzesten Berlin-Aufenthalt von gut zwei Monaten hatte Semen Vajnštejn, der die Stadt im Februar 1923 erreichte und dort nach schwer-

scher GPU-Leute in Deutschland (gewaltsame Beseitigung mißliebiger Russen oder Verschleppung von Russen durch Gewalt der List nach Sowjetrußland) Positives bisher nicht in Erfahrung gebracht werden konnte und diesbezügliche Gerüchte, die wiederholt schon aufgetaucht sind, einer amtlichen Überprüfung nicht standgehalten haben, so ruft doch das vorliegende zahlreiche Nachrichtenmaterial über die GPU in Deutschland den Eindruck hervor, daß die GPU-Agenten und ihre Organe im Reiche nicht untätig sind.“

198 Eine Analyse der Berichterstattung der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen über Antisemitismus in der Weimarer Republik erfolgt in Kapitel 4.3.4 dieser Arbeit.

199 Vom Geburtsdatum ausgehend würde hierzu ebenfalls Julij Martov, Jg. 1873, zählen. Er verstarb jedoch bereits im Jahr 1923.

wiegender Krankheit bereits am 30. April 1923 im Alter von 44 Jahren verstarb. Neben ihm verstarben mit Pavel Aksel'rod, Lev Etkin, Nahum Gergel, Abraham Mutnik und Julij Martov fünf weitere osteuropäisch-jüdische SozialistInnen während des Berliner Exils. Für die verstorbenen SozialdemokratInnen wurde in den 1920er Jahren ein Grabmal auf einem Urnenfriedhof im Berliner Bezirk Wedding errichtet, in dem mit Ausnahme von Nahum Gergel alle ExilantInnen begraben wurden.

Die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen entstammten mit Ausnahme von fünf Personen dem sogenannten jüdischen Ansiedlungsrayon. Vladimir Voytinsky, Fëdor Dan und Grigorij Binštok wuchsen in assimilierten Familien in St. Petersburg auf. Julij Martov und Lidija Dan entstammten einer Diplomatenfamilie, wodurch sie während ihrer Kindheit mehrere Wohnortswechsel im In- und Ausland miterlebten. Deutlich unterrepräsentiert im Berliner Exil waren jüdische SozialistInnen aus dem früheren Kongresspolen. Naheliegender scheint, dass sich politische AktivistInnen aus Kongresspolen in der Zwischenkriegszeit mehrheitlich mit der Zweiten Polnischen Republik und weniger mit der Sowjetunion identifizierten, weswegen für sie keine Notwendigkeit für ein Leben im Berliner Exil bestand.

Bei der Betrachtung der Herkunftsverteilung innerhalb des Ansiedlungsrayons fällt auf, dass eine Mehrheit in Regionen aufwuchs, in denen die *Haskala* stark vertreten war. Mehr als ein Drittel der ExilantInnen kam gebürtig aus dem Baltikum. Wichtigster Knotenpunkt des jüdischen Sozialismus vor dem Ersten Weltkrieg war die Stadt Vilna. In ihr verbrachten zahlreiche der später nach Berlin migrierenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen wie Vladimir Kosovski, Alexander Stein, Sergey Braun, Julij Martov und Rafail Abramovič einige Jahre ihres Lebens. Dieser Befund deutet auf ein politisches Unterstützungsnetzwerk hin, das sich bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelte und bis in die 1920er Jahre Bestand hatte.

Auffällig erscheint der verhältnismäßig geringe Anteil an Frauen innerhalb der Exilgruppe.²⁰⁰ Mit etwas mehr als 10 % liegt der Frauenanteil bei den osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen im Berliner Exil am unteren Ende prozentualer Angaben im Vergleich zu revolutionären Parteien des Russländischen Reiches. Für den *Bund* liegt die Schätzung des Frauenanteils bei 33 %, für die SDAPR je nach Betrachtungszeitraum bei einem Wert zwischen 11 % und 20 % und für die

200 Vgl. hierzu auch Katchourovskaja, *Die russische Öffentlichkeit*, S. 20. Katchourovskaja spricht mit Verweis auf Bettina Dodenhoeft von einem generell geringen Frauenanteil innerhalb der russländischen Emigrationsgruppe. Sie argumentiert, dass aufgrund des geringen Frauenanteils die Geburtenrate bei den ExilantInnen sehr niedrig war.

SR bei etwa 15 %.²⁰¹ Der Frauenanteil in sozialistischen Parteien Osteuropas war vor dem Ersten Weltkrieg bedeutend höher als in Westeuropa, was allerdings auch auf die bedeutend geringere Gesamtzahl von RevolutionärInnen im Russländischen Reich zurückzuführen ist.²⁰² Im Jahr 1923 lag der Frauenanteil innerhalb der SPD bei 10 %. Dieser sollte in den darauffolgenden Jahren jedoch deutlich steigen.²⁰³ Da es sich bei der in dieser Arbeit betrachteten Gruppe um eine verhältnismäßig kleine Gruppe handelte und sich diese über Parteistrukturen hinweg konstituierte, können die nachfolgenden Überlegungen zum Geschlechterverhältnis ausschließlich auf die betrachtete Gruppe bezogen und nicht generalisiert werden.

Für den geringen Anteil an Frauen unter den in Berlin lebenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen sind mehrere Gründe aufzuführen: Bereits vor 1917 wiesen die revolutionären Parteien einen geringen Frauenanteil innerhalb der Führungsstrukturen auf. Es waren jedoch gerade die ParteianführerInnen, die ins Exil flohen, da sie aufgrund ihrer Prominenz verstärkt Repressionen ausgesetzt waren. Zweitens muss zwischen den Tätigkeitsfeldern einer legalen und einer illegalen Partei differenziert werden. Die politische Arbeit in der Illegalität, welche die Parteiarbeit vor dem Ersten Weltkrieg geprägt hatte, war vornehmlich konspirativ und basierte auf Vertrauen und einem engen Zusammenhalt. Oftmals war es hierbei notwendig, dass politische Aufgaben von der gesamten Familie umgesetzt wurden. Dagegen basierte die legale Parteiarbeit der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen im Exil stärker auf einer politischen Teilhabe im öffentlichen Raum, vornehmlich in Form von Auftritten, schriftlichen Meinungsäußerungen und öffentlicher Agitation. Dies markiert sowohl damals als auch heute einen Aufgabenbereich, der stärker männlich konnotiert ist.²⁰⁴ Schließlich

201 Für die Prozentangaben vgl. Jacobs, Jack: *Bundist Counterculture in Interwar Poland*. New York 2009. S. 86 f. und Fieseler, Beate: *Frauen auf dem Weg in die russische Sozialdemokratie, 1890 – 1917*. Stuttgart 1995. S. 19 – 26. Einen Überblick über Frauen im *Bund* bietet: Denz, Rebekka: *Bundistinnen. Frauen im Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund („Bund“) dargestellt anhand der jiddischen Biografiensammlung „Doires Bundistrn“*. Potsdam 2009.

202 Vgl. Fieseler, *Frauen auf dem Weg in die russische Sozialdemokratie*, S. 24 – 26.

203 Vladimir Kosovski schreibt in einem Bericht über den SPD-Parteitag, dass es Ende 1923 1,26 Millionen Mitglieder in der SPD gab, unter ihnen 130.000 Frauen. (Zitiert nach: Kosovski, Vladimir: *Der partey-tog fun der daytsher sotsial-demokratie. Ohn a shtimung*. In: *Di tsukunft*, Vol. 29 (1924), Nr. 8.) Innerhalb von drei Jahren stellte Kosovski eine Verdoppelung des Frauenanteils innerhalb der SPD fest. Vgl. Kosovski, Vladimir: *Der kiler partey tog. Di daytshe s. d. un di komunisten*. In: *Di tsukunft*, Vol. 32 (1927), Nr. 8.

204 Vgl. Pickhan: „Wo sind die Frauen?“, S. 197. Diese Argumentation wird ebenso dadurch gestützt, dass eine Verschiebung des Geschlechteranteils hin zu einem geringeren prozentualen

muss auch ein dritter, methodischer Erklärungsansatz für den geringen Frauenanteil benannt werden: Bei einigen weiblichen Biografien konnte aufgrund fehlender biografischer Daten keine abschließende Klärung der Herkunft und eines möglichen politischen Engagements im Russländischen Reich erfolgen. Die erfolglose Recherche für Personen wie Sophie Gurevič und Lilija Estrine, die sich beide im näheren familiären und politischen Umfeld der ExilantInnen befanden, stellt ein Forschungsdesiderat für nachfolgende Forschungsarbeiten dar.²⁰⁵

Als weitestgehend homogen erwies sich der Bildungshintergrund der ExilantInnen. Die Mehrheit der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen kam während der Schul- oder Universitätszeit über Studienzirkel mit revolutionären Parteistrukturen in Berührung. Die vom Historiker André Liebich erfolgte Charakterisierung der Parteiführung der SDAPR im Exil als eine „socially homogeneous group“, von der die überwiegende Mehrheit der „Russian Jewish intelligentsia“²⁰⁶ angehörte, ist auch eine zutreffende Beschreibung für die in der vorliegenden Studie betrachtete Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen. Die analysierten Lebensberichte weisen darauf hin, dass viele aus Handwerksfamilien entstammten.²⁰⁷ Nur bei wenigen Ausnahmen ist eine Herkunft aus dem klassischen ArbeiterInnenmilieu feststellbar. Innerhalb des Zentralkomitees der Auslandsdelegation der SDAPR trifft dies auf „its only authentic worker“²⁰⁸ Mark Kefali zu. Eine ähnliche Ausnahme stellt Nathan Frenkel aufseiten des *Bund* dar.

Die beruflichen Hintergründe der ExilantInnen waren vielfältig: Es gab ExilpolitikerInnen, JournalistInnen, ÜbersetzerInnen und WissenschaftlerInnen. Außerdem waren sie angestellt in migrantischen Klubs, im Verlagswesen sowie bei osteuropäisch-jüdischen Hilfsorganisationen wie der *Gesellschaft für Gesundheitsschutz der Jüdinnen und Juden* (OSE) und der *Gesellschaft zur Förderung des Handwerks und der Landwirtschaft unter den Jüdinnen und Juden* (ORT). Nur wenige ExilantInnen verfügten allerdings dauerhaft über eine feste Anstellung, die mit einem regelmäßigen Einkommen einherging. Eine individuelle berufliche Zuordnung der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen erscheint schwierig, da

Frauenanteil auch für den legal agierenden *Bund* in der Zweiten Polnischen Republik feststellbar ist. Vgl. Jacobs: *Bundist Counterculture*. S. 82–97; Pickhan: „Gegen den Strom“. S. 113–116.

205 Für dieses Quellenproblem vgl. auch Fieseler, *Frauen auf dem Weg in die russische Sozialdemokratie*, S. 214–216.

206 Liebich, *From the Other Shore*, S. 12. Soziologische Daten über die Struktur der jüdischen ArbeiterInnenklasse in Osteuropa sind zusammengefasst in: Bunzl, *Klassenkampf in der Diaspora*, S. 26–47.

207 Diesen Befund hat auch Beate Fieseler für die Gruppe von Jüdinnen in der SDAPR herausgearbeitet, vgl. Fieseler, *Frauen auf dem Weg in die russische Sozialdemokratie*, S. 217.

208 Liebich, *From the Other Shore*, S. 338.

zahlreiche ExilantInnen in mehreren Berufskontexten zugleich tätig waren. Dies hing einerseits damit zusammen, dass die eigene oder familiäre wirtschaftliche Existenz nicht durch eine einzelne Arbeitsstelle gesichert werden konnte. Zugleich erschien eine berufliche Tätigkeit im sozialistischen Milieu während des Exils nicht nur als Beruf, sondern wurde zumeist als sinnstiftende Beschäftigung wahrgenommen. Hieraus resultierten berufliche Überlappungen wie die, dass ExilpolitikerInnen öfter auch als JournalistInnen tätig waren, da das Publizieren eigener Standpunkte und Schriften sowie die Übersetzung von politischen Grundlagentexten Kernaufgabe der politischen Exilarbeit war. Zudem engagierten sich AuslandskorrespondentInnen jiddischsprachiger Zeitungen auch in Debatteklubs oder unterstützten Hilfsorganisationen. Ebenso gab es einen fließenden Übergang zwischen journalistischer und wissenschaftlicher Tätigkeit, da die ExilantInnen mit wenigen Ausnahmen keine Anstellungen an Forschungszentren hatten und deshalb ihre wissenschaftliche Forschung durch anderweitige Publikationen finanzieren mussten.²⁰⁹

Die Länge des Aufenthaltes in der Hauptstadt der Weimarer Republik divergierte innerhalb der Exilgruppe. Festgestellt werden kann, dass mit einer engen Anbindung an sozialistische Organisationen wie Exilparteien oder Presse-Auslandsbüros im Berliner Exilraum tendenziell ein längerer Aufenthalt der Person in der Stadt korrespondierte. Gleichzeitig nahmen die ExilantInnen politische und ökonomische Krisen aber auch in einer anderen Form wahr als die Mehrheitsgesellschaft, und es ist davon auszugehen, dass sie sich gezwungenermaßen durch eine erhöhte Mobilität auszeichneten, welche das Fortziehen erleichterte.

Die überwiegende Mehrheit der ExilantInnen erreichte Berlin zwischen 1919 und 1924. Mit Alexander Stein und Paul Olberg lebten zu dieser Zeit bereits zwei osteuropäisch-jüdische Sozialisten seit mehr als einem Jahrzehnt in Deutschland. Beide migrierten nach der gescheiterten Revolution von 1905 in die Stadt. Nach 1917 gingen sie nur für einen kurzen Zeitraum von wenigen Wochen zurück nach Sowjetrussland. Das entgegengesetzte Extrem stellte Simon Wolin dar, der Berlin erst 1927 erreichte.

Aus unterschiedlichen Gründen verließen neun der 46 Mitglieder der Exilgruppe den Berliner Exilraum vor 1933. Genrokh Rabinovič (1928), Mark Broido (Ende der 1920er Jahre) und Lidija Dan (1931) gingen vornehmlich aus ökonomischen Gründen. Eva Broido (1927) und Sergey Braun (1925) ließen die Stadt aufgrund von Aufträgen hinter sich. Nokhem Shtif (1926), Ben-Baruch (1925),

²⁰⁹ Gennady Estrai kh verweist darauf, dass dies besonders für jiddischsprachige WissenschaftlerInnen zutrif, für deren Forschung kein Platz in der westlichen Wissenschaft vorgesehen war. Vgl. Estrai kh, Jacob Lestschinsky, S. 234.

Dovid Eynhorn (1924) und Vladimir Kosovski (1930) verließen Berlin aufgrund der politischen Situation in der Weimarer Republik.

Politische Gefahren wie die Bedrohung durch den wachsenden Antisemitismus wurden in den 1920er Jahren unterschiedlich wahrgenommen. Nach den Scheunenviertelpogromen des Jahres 1923 fühlten sich einige osteuropäisch-jüdische SozialistInnen wie Dovid Eynhorn vom Antisemitismus bedroht, weswegen er sich im Jahr 1924 der Emigrationsbewegung nach Paris anschloss. Fortan arbeitete er als Journalist und Literat in der französischen Hauptstadt. Im *Forverts* wurden die Veränderungen in nachfolgender Weise erklärt:

Der russische Emigrant hat sich in Berlin mehrheitlich recht wohl gefühlt [...]. Eine Änderung der glücklichen Lage der russischen Emigranten ist in Berlin seit der Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen eingetreten.

Die allgemeine Krise in Deutschland, der Crash der deutschen Mark, die schreckliche Hungersnot, der Mangel an Lebensmitteln, all das hat das Land ruiniert und folglich auch die russischen Emigranten. Hinzugekommen sind die politischen Unruhen und Verfolgungen gegenüber Ausländern und speziell gegenüber Juden, die einen Großteil der russischen Emigranten ausmachen.²¹⁰

Es gab aber auch diesbezügliche Gegenstimmen. Für viele in der Studie betrachtete osteuropäisch-jüdische SozialistInnen, die vorwiegend im Westteil Berlins lebten, erschien die Situation 1923 weniger dramatisch. Ebenfalls im *Forverts* kam Jakob Leshtinsky zu dem Schluss: „Die Hoffnung der Juden in Deutschland stützt sich vollständig auf die deutschen Sozialisten und die ersten Berichte, die wir bekamen, weisen darauf hin, dass die deutschen Sozialisten sich der Arbeit angenommen haben, die Juden vor weiteren Angriffen zu schützen.“²¹¹ Erst in den 1930er Jahren sollte von allen ExilantInnen die Situation als für sie gefährlich wahrgenommen werden.²¹²

210 Nusboym, A.: Toyzenter rusishe emigranten loyfen itst fun berlin keyn pariz. In: *Forverts*, Vol. 26 (1923), Nr. 9.496 (04.11.1923). S. 4.

211 N. N. [Leshtinsky, Jakob]: Der pogrom in berlin. In: *Forverts*. Tsvayte oysgabe, Vol. 26 (1923), Nr. 9.499 (07.11.1923). S. 4. Aufgrund seiner Berichte über die Scheunenviertelpogrome wurde Leshtinsky verhaftet. Die Artikel wurden als Hetze gegen die Weimarer Republik ausgelegt. In Berlin setzten sich die SPD und der *Vorwärts* erfolgreich für seine Freilassung ein. Anschließend veröffentlichte Leshtinsky vermehrt unter Pseudonym. Vgl. Estraiikh, *The Berlin Bureau*, S. 149.

212 Vgl. hierzu auch Kapitel 4.3.4 in dieser Arbeit.

2.3.2 Sozialistische Zugehörigkeiten

Osteuropäische SozialistInnen fanden in den 1920er Jahren in unterschiedlichen westeuropäischen Städten Zuflucht. Sie bauten in Städten wie Paris, Prag, London und Berlin Exilparteivertretungen auf. Allein in Berlin existierten fünf Exilvertretungen sozialistischer Parteien, die vor dem Ersten Weltkrieg im jüdischen Ansiedlungsrayon aktiv waren. Für wenige Jahre entstand damit in der Hauptstadt der Weimarer Republik ein Querschnitt osteuropäisch-jüdischer sozialistischer Politik unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung. Mit Ausnahme des jüdischen Territorialismus, für den ExilantInnen individuell eintraten, aber sich nicht in Parteien organisierten, waren in Berlin mit der Sozialdemokratie, der sozialrevolutionären Partei, dem Bundismus und dem Zionismus alle parteipolitischen Strömungen des Sozialismus aus dem Gebiet des jüdischen Ansiedlungsrayons vertreten.

Der Berliner Handlungsraum war für die Exilparteien von unterschiedlicher Relevanz. Für die SDAPR war Berlin zwischen 1920 und 1933 wichtigster europäischer Exilort, in dem zeitweilig mehr als 70 ParteianhängerInnen lebten.²¹³ Die Zentren des *Bund* befanden sich dagegen in Städten der Zweiten Polnischen Republik wie Warschau und Vilna. In Berlin existierten eine kleinere Unterstützungsgruppe für den polnischen *Bund* sowie die an die SDAPR angeschlossene Exilvertretung des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion*. Für die sozialrevolutionäre Partei, die sich nach der Oktoberrevolution in einen linken und einen rechten Parteiflügel gespalten hatte, waren die Städte Prag und Paris Hauptzentren des Exils. Doch auch in Berlin organisierte sich zu Beginn der 1920er Jahre eine Gruppe von etwa 25 sozialrevolutionären AnhängerInnen.²¹⁴ Auch linke zionistische Parteien aus Osteuropa zeigten in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg eine hohe Präsenz in der Hauptstadt der Weimarer Republik, verlegten im Laufe des Jahrzehnts ihre Parteizentralen jedoch in das Mandatsgebiet Palästina. In Berlin verblieb bis in die 1930er Jahre ein kleineres Verbindungsbüro der zionistischen ArbeiterInnenparteien.²¹⁵

Die Aufgaben der Exilparteien aus Osteuropa ähnelten in den 1920er Jahren denen ihrer westeuropäischen Parteivertretungen vor dem Ersten Weltkrieg: Selbstdefiniertes Ziel war die Sensibilisierung der westeuropäischen Bevölkerung und der EmigrantInnen für die schwierige politische Situation in Osteuropa.

²¹³ Vgl. Liebich, *Eine Emigration in der Emigration*, S. 229.

²¹⁴ Vgl. Mitgliederliste der Berliner Sozialrevolutionären Parteigruppierung. Eingesehen in: IISH, *Partija Socialistov-Revolutionerov* (Rossija) Archives, Nr. 921.

²¹⁵ Für einen detaillierten Blick auf die im Berlin der Weimarer Republik bestehenden sozialistischen Parteiorganisationen aus Osteuropa siehe Kapitel 3.1 in dieser Arbeit.

Hierfür wurden Analysen in Zeitschriften publiziert und Diskussionsveranstaltungen organisiert. Darüber hinaus versuchten die Exilvertretungen, Gelder für die eigene politische Arbeit zu akquirieren.²¹⁶ Ihre Parteiprogrammatik passten die Exilparteien regelmäßig an die neuen politischen Realitäten in der Heimat an. Ferner entstanden im erweiterten Kreis um die Zentralkomitees Debattierklubs und Publikationsorgane, in denen es den ExilantInnen ermöglicht wurde, an ihnen geläufigen politischen Debatten teilzunehmen und diese in vertrauter Sprache – Russisch oder Jiddisch – zu führen. Exilparteien und Debattierklubs hatten aber nicht nur einen politischen Auftrag, sie deckten zugleich soziale Funktionen ab. Diesbezüglich bezeichnet André Liebich die SDAPR-Exilgruppe als „Menshevik Family“²¹⁷, womit er auf die engen sozialen Verbindungen und Abhängigkeiten zwischen den ExilantInnen verweist.

Größere Heterogenität bestand innerhalb der Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen in Bezug auf ihre jeweilige Parteizugehörigkeit. Mehr als die Hälfte der in der Studie berücksichtigten ExilantInnen waren AnhängerInnen der SDAPR, was noch einmal die starke Präsenz der Partei im Berliner Exilraum verdeutlicht. Knapp ein Viertel war Mitglied einer *Bund*-Gruppierung, wobei hierin auch doppelte Zugehörigkeiten von Personen berücksichtigt sind, die sich sowohl zum *Bund* als auch zur SDAPR zugehörig fühlten. Des Weiteren gab es einzelne osteuropäisch-jüdische SozialistInnen, die sich dem Zionismus, Territorialismus oder der sozialrevolutionären Partei zugehörig fühlten. Ebenso berücksichtigt sind ExilantInnen, die vor dem Ersten Weltkrieg parteipolitisch aktiv waren, sich im Exil aber keiner Auslandsvertretung anschlossen. Sie prägten den sozialistischen Handlungsraum durch ihre journalistischen, wissenschaftlichen oder publizistischen Tätigkeiten. Zur Auffächerung dieser politischen Heterogenität werden im Folgenden die in Berlin ansässigen Exilparteien überblicksartig dargestellt.

Die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands* (SDAPR) war zwischen 1920 und 1933 mit einem beständigen Zentralkomitee der Auslandsvertretung in Berlin vertreten, das nach dem erlassenen Verbot aller sozialistischen Parteien in Sowjetrußland die faktische Parteizentrale darstellte.²¹⁸ Aufgrund inhaltlicher Kon-

216 Vgl. Bekanntgabe der Gründung einer Berliner Repräsentanz des sozialdemokratischen *Bund*: N. N.: Izveščenie. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 10 (16.05.1922). S. 15. Ebenso Statut der Berliner Ortsgruppe der Sozialrevolutionären Partei. Eingesehen in: IISH, Partija Socialistov-Revoljucionerov (Rossija) Archives, Nr. 921.

217 Liebich, *From the Other Shore*, S. 10 f.

218 Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 1. Nach Antje Kuchenbecker wurde die „Poale Tzion Linke“ erst 1928 verboten. Vgl. Kuchenbecker, Antje: *Zionismus ohne Zion. Birobidžan: Idee und Geschichte eines jüdischen Staates in Sowjet-Fernost*. Berlin 2000. S. 107.

troversen war die Gruppe in unterschiedliche Fraktionen und nationale Untergruppierungen unterteilt. In enger personeller und inhaltlicher Überschneidung zum Zentralkomitee wurde von der SDAPR in Berlin ebenfalls ein russischsprachiger Debattierklub gegründet, in dem sich mehrere Dutzend russländische SozialistInnen regelmäßig trafen.²¹⁹ Mehr als 25 der in Berlin lebenden SDAPR-AnhängerInnen waren osteuropäisch-jüdischer Herkunft. Bei der Betrachtung des zehnköpfigen Zentralkomitees der SDAPR ist die hohe Beteiligung von Personen jüdischer Herkunft besonders auffällig: Mit Ausnahme von Boris Nikolaevskij entstammten alle Mitglieder des Zentralkomitees den osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten.²²⁰ Diese quantitativ hohe Teilnahme von Jüdinnen und Juden innerhalb der russländischen Sozialdemokratie hing mit den sozialdemokratischen Forderungen nach Egalität und politischer Emanzipation zusammen, in denen sich auch Teile der osteuropäischen Judenheiten wiederfanden.

Im Umgang mit ihrem nationalen Selbstverständnis unterteilten sich die SozialdemokratInnen jüdischer Herkunft in zwei Richtungen: Der eine Teil organisierte sich primär im *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion*, der sich im Exil als eine nationale Unterorganisation der SDAPR präsentierte; die andere Gruppe sah sich ausschließlich als Teil der russländischen Dachorganisation. Die enge Mitarbeit von BundistInnen innerhalb der SDAPR war ein gewichtiger Grund für die Pflege enger Kontakte zu jüdisch-sozialistischen Verbänden und Parteien in den USA durch die SDAPR. Während zwei längerer Aufenthalte in Nordamerika in den Jahren 1925 und 1930 gelang es Rafail Abramovič, jeweils eine größere Summe an Spenden für die SDAPR-Parteiarbeit im Exil zu akquirieren. Er sprach hierbei besonders jüdische Organisationen wie den jüdisch-sozialistischen *Farband*, die Redaktion des *Forverts* und den *Arbeter Ring* an. Das Interesse der US-amerikanischen Verbände an der Arbeit der SDAPR war auch deswegen so groß, weil deren AnhängerInnen und MitarbeiterInnen ebenfalls mehrheitlich aus dem Russländischen Reich emigriert waren.²²¹

219 Der *Russische sozialdemokratische Klub* wurde 1921 in Berlin gegründet und nach dem Tod von Julij Martov zu seinen Ehren benannt. Für die Gründung vgl. Brief des Polizeipräsidenten an Paul Olberg vom 22.12.1921. Eingesehen in: IISH, Fedor Il'ič Dan Papers, Nr. 11. Für die Angabe der Teilnehmendenzahl vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 105.

220 Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 12. Die Mitglieder der Auslandsvertretung sind aufgeführt in: Peter, Hartmut Rüdiger (Hrsg.): *Fedor I. Dan und Otto Bauer. Briefwechsel (1934–1938)*. Frankfurt am Main 1999. S. 60, Fußnote 9. Zum Zentralkomitee gehörten Rafail Abramovič, Grigorij Aronson, Fëdor Dan, Ol'ga Domanevskaja, Isai Judin, Aron Jugov, Mark Kefali, Boris Nikolaevskij und Solomon Švarc.

221 Vgl. Dan, Fëdor: *Poezdka tov. Abramovič v Amerike*. In: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 1 (17.01.1925). S. 16; Abramovič, Rafail: *Tri mesjaca v Amerike*. In: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 11/12 (20.06.1925). S. 3–6 und Nr. 13 (10.07.1925). S. 3–8; N. N.: *N'ju-iorkskij banket v čest' t. Abramovič*. In: SV, Vol. 10

Die SDAPR verstand sich als Vertretung der sozialdemokratischen Bewegung in der Sowjetunion, weswegen sie auch 1923 ein Gründungsmitglied der SAI war. Im Mai 1924 veröffentlichte das Zentralkomitee der Partei zusammen mit dem *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* ein erneuertes achtseitiges Parteiprogramm, mit dem die ExilantInnen auf die politischen, ökonomischen und sozialen Veränderungen in der Sowjetunion reagierten.²²² In der politischen Ausrichtung unterteilte sich die SDAPR in eine linke und eine rechte Fraktion, die sich in der Bewertung der Bol'sheviki und dem theoretischen Demokratieverständnis unterschieden. Einigkeit unter den ParteianhängerInnen bestand in der Ablehnung des Weges der politischen Machtergreifung mithilfe von Terror und Gewalt, wie sie von den Bol'sheviki durchgeführt wurde. Zugleich sahen sie auch die Gefahr einer Abschaffung demokratischer Strukturen durch eine mögliche rechtsnationale Konterrevolution. Ihre Überzeugung war, dass die sozialistische Gesellschaft aus einer parlamentarischen Demokratie heraus entstehen müsse, sobald dies die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen zulassen würden. Ferner hatte für die Mehrheit der SozialdemokratInnen die Beibehaltung der territorialen Integrität der Sowjetunion große Bedeutung.

Die Präsenz des *Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund* in Berlin spiegelte in gewisser Weise auch die komplexe Entwicklung der Partei nach dem Ersten Weltkrieg wider. Verliefe die Parteispaltung bei den meisten anderen revolutionären Parteien ausschließlich zwischen einem Bekenntnis entweder zum Sozialismus oder zum Kommunismus, wurde der *Bund* durch die nationalstaatlichen Neugründungen Ostmitteleuropas ebenfalls territorial in unterschiedliche Parteigruppierungen aufgeteilt. Die territorialen Veränderungen in Ostmitteleuropa stellten das Agieren der jüdisch-sozialistischen Partei in einem territorial geeinten Vielvölkerstaat infrage. Nun existierte keine einzelne *Bund*-Partei mehr, die sich über das gesamte Gebiet des Russländischen Reiches erstreckte, sondern unterschiedliche *Bund*-Parteien in der Sowjetunion, Polen, Rumänien und Litauen, wodurch die AnhängerInnenschaft des *Bund* auch national spezifiziert wurde. Ideologisch hatte der *Bund* um die Jahrhundertwende das Konzept eines jüdisch-sozialistischen Selbstverständnisses innerhalb der bestehenden multiethnischen Lebenswelten Osteuropas entwickelt und stand sowohl Assimilierungsbestrebungen als auch Migrationsbewegungen kritisch gegenüber. Das ideologische Konzept des *Bund* fußte auf den Begriffen *doikhayt* und *yiddishkayt*.²²³ Die Partei

(1930), Nr. 4. S. 14 f.; Abramovič, Rafail: Moja poezdka po Amerike. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 11 (14.06.1930). S. 11–14.

²²² N. N.: Rasširenyj plenium Z. K. R. S.-D. R. P. In: SV, Vol. 4 (1924), Nr. 12/13 (20.06.1924). Achtseitiger Anhang zur Zeitungsausgabe.

²²³ Vgl. Tobias, *The Jewish Bund in Russia*, S. 176–189.

positionierte sich damit zwischen der zionistischen und der allgemeinen sozialdemokratischen Bewegung, was auch Angriffe aus den beiden konkurrierenden politischen Lagern der sozialistischen Bewegung zur Folge hatte.

Die doppelte Teilung des *Bund* manifestierte sich ebenfalls im Berliner Exilraum, wenngleich aufgrund der quantitativ geringen Anzahl von BundistInnen auf kleinem Raum eine Kooperation zumindest in den ersten Jahren des Exils notwendig erschien. Der eine Teil der in Berlin lebenden BundistInnen sah sich als jüdisch-sozialistische ExilantInnen aus der Sowjetunion und fühlte sich dem *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* zugehörig. Andere BundistInnen orientierten sich in Richtung des polnischen *Bund* und organisierten sich in der *Berliner Bund-Gruppe*. Darüber hinaus gab es zu Beginn der 1920er Jahre ebenfalls BundistInnen, die sich der kommunistischen Bewegung zugehörig fühlten.²²⁴

Während der 1920er Jahre agierten der *Sozialdemokratische Bund der Sowjetunion* und die *Berliner Bund-Gruppe* in friedlicher Koexistenz. Inhaltlich vereint blieben die BundistInnen in den politischen Selbstverständnissen der *doykhayt* und *yiddishkayt* und in der Annahme, dass politische Konzepte jüdischen Lebens für die Territorien konzipiert werden müssten, in denen ein hoher Bevölkerungsanteil von Jüdinnen und Juden lebte. Der mögliche Anwendungsbereich für das national-kulturelle Autonomiekonzept war damit weiterhin auf Ost- und Ostmitteleuropa beschränkt und wurde nicht auf den Berliner Exilraum übertragen. Ebenso herrschte Einigkeit in der Orientierung am Jiddischen als für die ParteianhängerInnen wichtigster kultureller und sprachlicher Grundlage. Politische Differenzen zwischen den beiden *Bund*-Parteien wurden erst nach dem Eintritt des polnischen *Bund* in die SAI zu Beginn der 1930er Jahre sichtbar. Ironischerweise wurde von Mitgliedern des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* Ende der 1920er Jahre vehement der Beitritt des polnischen *Bund* in die SAI gefordert.²²⁵ Nach der Aufnahme des polnischen *Bund* in die SAI stellte sich jedoch die praktische Frage, welche Partei auf Kongressen der SAI die osteuropäisch-jüdische Bevölkerung vertrat. Dies war besonders strittig, da sich die inhaltliche Positionierung von polnischem *Bund* und *Sozialdemokratischem Bund der Sowjetunion* in Bezug auf die politische und gesellschaftliche Situation in der Sowjetunion und über Handlungsmöglichkeiten der deutschen Sozialdemokratie

224 Ein Beispiel hierfür ist die Gruppe von HerausgeberInnen der in Berlin 1920/1921 erschienenen Zeitschrift „Der Morgnshtern. Tsaytshrift for politik un sotsiale fragen“. Vgl. N. N.: Unzere oyfgaben. In: *Der Morgnshtern*, Vol. 1 (1920), Nr. 1. S. 1. Siehe hierfür auch Kapitel 3.1.1 in dieser Arbeit.

225 Vgl. Abramovič, Rafail: RSI i sionizm. In: *SV*, Vol. 10 (1930), Nr. 10. S. 8–10.

beim Aufstieg des Faschismus unterschieden.²²⁶ Zusammen mit Mitgliedern der *Independent Labour Party* (ILP)²²⁷ sah sich der polnische *Bund* als Teil einer linken Fraktion innerhalb der SAI. Ihre Delegierten traten für eine Annäherung an die Sowjetunion sowie die KI ein und forderten von der deutschen Sozialdemokratie einen radikaleren Klassenkampf gegen den Faschismus, der sich nicht nur auf parlamentarische Arbeit beschränken sollte – Positionierungen, bei denen sich klare inhaltliche Differenzen zu den AnhängerInnen des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* auftraten.²²⁸

Der sozialrevolutionären Parteivertretung in Berlin, die laut Statuten die Aufgabe hatte, das politische Programm der Partei zu verbreiten und Kontakte zu anderen Strukturen der ArbeiterInnenbewegung zu knüpfen, gehörten zu Beginn der 1920er Jahre mehr als 25 Personen an. Unter ihnen befanden sich Parteigrößen wie Grigorij Il'ič Šrejder, Viktor Mixajlovič Černov, Vladimir Mixajlovič Zenzinov und Vladimir Ivanovič Lebedev.²²⁹ Enge personelle Überschneidungen gab es zwischen der Parteivertretung und den Redaktionen der russischsprachigen Zeitungen *Golos Rossii* und *Dni*.²³⁰ Ferner unterhielten SozialrevolutionärInnen aus der linken Parteifraktion Kontakte zu anarchistischen ExilantInnen wie zu den

226 Die kontroverse Debatte wurde nach dem SAI-Kongress in Wien im New Yorker *Forverts* und der Warschauer *Naye Folksdaytung* öffentlich ausgetragen. Die Artikel, die sich direkt aufeinander beziehen, sind zusammen publiziert worden in: Bundischer Klub in New York (Hrsg.): Ab. Kahane un der „Bund“ in Poyln. New York 1932.

227 Die *Independent Labour Party* war bis 1932 eine Fraktion innerhalb der *British Labour Party*. 1932 sollten sie sich aus dem Parteienverbund lösen, was dazu führte, dass ihre Mitgliedszahl um zwei Drittel sank. Innerhalb der SAI wurden ihre Delegierten einzeln aufgeführt. Für die Parteifraktion vgl. Thorpe, Andrew: *A History of the British Labour Party*. Basingstoke u. a. 2008. S. 8 und S. 85.

228 Zu den inhaltlichen Debatten zwischen in Berlin lebenden Bundisten mit Parteianführern des polnischen *Bund* Ende der 1920er Jahre siehe auch Kapitel 4.1.2 in dieser Arbeit.

229 Vgl. Statut der Berliner Gruppe der Sozialrevolutionären Partei und Mitgliederliste der Berliner Ortsgruppe der SR. Beides eingesehen in: IISH, Partija Socialistov-Revoljucionerov (Rossija) Archives, Nr. 921. Für einen Überblick über die politische Ausrichtung der Sozialrevolutionären Partei vgl. Hildermeier, Manfred: *The Russian Socialist Revolutionary Party before the First World War*. New York 2000. Für Prag als sozialrevolutionären Migrationsort vgl. White, Elizabeth: *The Russian Socialist Revolutionary Party in Emigration, 1921–1939*. Birmingham 2005.

230 Für den *Dni* in Berlin vgl. Moulis, Vlatislav: Die russische republikanische Tageszeitung *Dni*. In: Schlögel, Karl (Hrsg.): *Russische Emigration in Deutschland 1918 bis 1941. Leben im europäischen Bürgerkrieg*. Berlin 1995. S. 439–445; Dodenhoeft, „Laßt mich nach Rußland heim“, S. 156 f. Die Berliner Ortsgruppe der Sozialrevolutionären Partei Russlands gab als Kontaktadresse die Redaktionsräume der *Golos Rossii* in der Friedrichstraße 204 an. Vgl. Briefpapier der Ortsgruppe. Eingesehen in: IISH, Partija Socialistov-Revoljucionerov (Rossija) Archives, Nr. 921.

einige Jahre in Berlin verweilenden osteuropäisch-jüdischen AnarchistInnen Alexander Berkman und Emma Goldman.²³¹

Der im Dezember 1922 in Berlin veranstaltete Parteikongress aller sozialrevolutionären Exilgruppen verdeutlicht den zentralen Stellenwert, den die Stadt in den frühen 1920er Jahren auch für die sozialrevolutionäre Bewegung einnahm.²³² Dennoch sollten viele in Berlin lebende SozialrevolutionärInnen Mitte der 1920er Jahre Berlin verlassen, um sich in Paris oder Prag niederzulassen. Ein Grund hierfür war die bereits beschriebene Überwachung der Parteistruktur durch deutsche Sicherheitsbehörden und die damit einhergehenden Schwierigkeiten für die Exilarbeit. Ein von wenigen AnhängerInnen getragenes Informationsbüro der Sozialrevolutionären Partei verblieb aber auch über 1923 hinaus in Berlin.²³³

Unter den sich im Berliner Exil befindenden SozialrevolutionärInnen gab es einzelne Personen jüdischer Herkunft wie Isaak Štejnberg, ehemaliger Volkskommissar der Justiz Sowjetrusslands, und den Schriftsteller Viktor Šklovskij. Šklovskij sollte nur für gut ein Jahr in Berlin leben und anschließend nach Moskau zurückkehren.²³⁴ Štejnberg lebte dagegen zehn Jahre in der Hauptstadt der Weimarer Republik. Im Laufe der 1920er Jahre fokussierte er sich vermehrt auf die Konzeption eines jüdischen Territorialismus. Seine politischen Ansichten wurden vornehmlich in der von ihm mit herausgegebenen und in Warschau publizierten jiddischsprachigen Zeitschrift *Fraye shriftn* veröffentlicht. Hierin beschrieb er die Situation in der Sowjetunion und die aus seiner Sicht herrschende Notwendigkeit einer konzeptionellen Neuausrichtung der sozialistisch-revolutionären Bewegung in Europa im Allgemeinen sowie eine Bestimmung der Rolle, die die jüdische ArbeiterInnenbewegung hierbei einnehmen könnte, im Speziellen.²³⁵

Eine vierte osteuropäisch-sozialistische Parteirichtung des Berliner Exilraums bildeten die Gruppierungen des linken Zionismus. Bereits 1918 gründete sich eine lokale *Poale-Tsion* Gruppe in der Stadt, die maßgeblich von aus Osteu-

231 Die SR besaß die Kontaktdaten von Alexander Berkman. Vgl. IISH, Partija Socialistov-Revoljucionerov (Rossija) Archives, Nr. 920. Berkman und Goldman flohen 1921 aus Sowjetrussland über Schweden nach Deutschland, wo sie Unterstützung durch alte Bekannte und ExilantInnen erhielten. Im August 1924 sollten sie weiter nach Paris migrieren. Vgl. Wexler, Alice: Emma Goldman in Exile. From the Russian Revolution to the Spanish Civil War. Boston 1989. S. 67–91.

232 Vgl. IISH, Partija Socialistov-Revoljucionerov (Rossija) Archives, Nr. 949–953.

233 Für die Existenz des Informationsbüros vgl. Traueranzeige des Informationsbüros bzgl. des Todes von Beynish Mikhalevitsh. In: NF, Vol. 3 (1928), Nr. 254 (01.11.1928). S. 4.

234 Für Viktor Šklovskij vgl. biografische Skizze in: Dohrn/Saß/Korkowsky, „... die Nacht hat uns verschluckt.“, S. 388.

235 Für eine detailliertere biografische Darstellung von Isaak Štejnberg vgl. Kapitel 3.2.9 in dieser Arbeit.

ropa stammenden Jüdinnen und Juden getragen wurde.²³⁶ Die Existenz des *Jüdisch-Sozialistischen Arbeiterverbandes Poale-Zion* in Berlin lässt sich durch die Publikation eines jiddischsprachigen Sammelbandes spätestens für das Jahr 1920 nachweisen. Im Band wurden Artikel international renommierter VertreterInnen der zionistischen Bewegung abgedruckt, die jedoch nicht alle in Berlin lebten.²³⁷ Auch die *Russländische Zionistisch-Sozialistische Partei* unterhielt kurzzeitig eine Exilvertretung in Berlin.²³⁸ Sowohl *Poale-Tsion* als auch die *Russländische Zionistisch-Sozialistische Partei* verlegten ihre Parteibüros nach wenigen Jahren ins Mandatsgebiet Palästina. Mit dem *Allweltlichen Jüdischen Sozialistischen Arbeiter-Verband Poale-Zion (vereinigt mit dem Z. S. Verband)* unterhielten sie jedoch ein gemeinsames Verbindungsbüro im Zentrum Berlins, über das der seit Jahren bestehende Kontakt zum *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund* (ADGB) sowie zu sozialistischen PolitikerInnen aufrechterhalten wurde.²³⁹ Ebenso wie die sozialrevolutionären ExilantInnen organisierten auch zionistische Gruppierungen in Berlin parteipolitische Großveranstaltungen: Im November 1924 war die Stadt Austragungsort der „Zweiten Plenarsitzung des zentralen Komitees für das arbeitende Erez-Israel“, einem Zusammenschluss verschiedener, sich dem politischen Spektrum der ArbeiterInnenbewegung zugehörig fühlender zionistischer Gruppierungen. Der Zusammenschluss reichte von der Gewerkschaftsbewegung *Hitachduth* bis zu kommunistischen Parteistrukturen.²⁴⁰ Ende September 1930 fand mit dem „Weltkongress für das arbeitende Palästina“ in der Stadt eine weitere zionistische Großveranstaltung statt.²⁴¹

Besonders in ihrer territorialen Ausrichtung unterschieden sich die zionistischen von den anderen osteuropäisch-sozialistischen Exilgruppen: Sie fokus-

236 Vgl. Schwarz, Momme: Widersprüchliche Strategien jüdischer Emanzipation – Die Arbeiterorganisation Poale Zion im Spannungsfeld von Zionismus und Sozialismus 1907–1934 (unveröffentlichte Magisterarbeit). Bremen 2011. S. 53–76.

237 N. N.: Unzer zamelbukh. In: Biuro fun'm idishen sotsialistishen arbeyter-farband pueli-tsiun (Hrsg.): Unzer Gedank. A zamelbukh. Berlin 1920. Hierin publizierten u. a. der in Paris lebende Marc Jarblum, später langjähriger Repräsentant der zionistischen Bewegung in der SAI, Nachman Sirkin, 1919 Mitglied der amerikanisch-jüdischen Delegation bei der Friedenskonferenz von Versailles, und Berl Locker, Generalsekretär des Weltverbandes der *Poale Zion*.

238 Vgl. Briefkopf des Briefes der Auslandsdelegation vom 10.12.1924 an Karl Kautsky. Eingesehen in: AdsD, Nachlass Karl und Luise Kautsky, Nr. 653.

239 Vgl. Briefe der Auslandsdelegation der zionistisch-sozialistischen Partei ansässig in Tel-Aviv an den ADGB. Eingesehen in: AdsD, DGB-Archiv im AdsD, ADGB-Bestand, Nr. 212.

240 Vgl. N. N.: Komitee für das arbeitende Palästina. In: Der Neue Weg. Monatszeitschrift der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiter-Organisation Poale Zion in Deutschland, Vol. 1 (1924), Nr. 1.

241 Vgl. Brief der Allgemeinen Arbeiterorganisation in Palästina vom 24.09.1930. Eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 303.

sierten sich auf das Mandatsgebiet Palästina und befürworteten für ihre AnhängerInnenenschaft nicht die Rückkehr nach Osteuropa. Als territorial übergreifende Bewegung wurden die zionistischen Parteien dadurch stärker als andere Exilparteien zu einer gesamteuropäischen Bewegung, die auch über die ArbeiterInnenbewegung hinausreichte und -wirkte. In gewisser Weise stellte der Zionismus damit einen Gegenpart zu den anderen zeitgenössischen Ideologien der osteuropäischen ArbeiterInnenbewegung dar, deren politische Konzepte auf Osteuropa ausgerichtet blieben. Vielen zeitgenössischen BeobachterInnen galt dabei der Zionismus als utopisches Projekt, dessen Umsetzung sie aus wirtschaftlichen und politischen Gründen als zum Scheitern verurteilt sahen. Diese Wahrnehmung formulierte Rafail Abramovič mit folgenden Worten:

Das Ideal des klassischen Zionismus – der grosse Judenstaat in Palästina, der Millionen verfolgter Juden aus aller Herren Länder aufnehmen sollte, – ist schon längst als Utopie erkannt und von den Zionisten selbst restlos aufgegeben worden. Als Utopie erweist sich auch, wie ich nachzuweisen versuchte, auch das minimale Programm des Zionismus, die Schaffung eines kleinen jüdischen Staates, der 1 Millionen Juden aufnehmen und sie dort zur Mehrheit der Bevölkerung machen sollte. [...]

Die Wahrheit ist, dass es gar keinen solchen Centrums bedarf[,] um die nationale Wiederbelebung des jüdischen Volkes im Gang zu bringen. Man muss blind oder verbohrt sein, um nicht zu sehen, dass dieser Wiederbelebungsprozess mit dem Osteuropäischen Judentum schon seit 3 Jahrzehnten eingesetzt hat, und immer weiter fortschreitet. Dieser Prozess datiert allerdings nicht von der Proklamierung des politischen Zionismus, sondern von der Geburt des jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Russland, und vollzieht sich im ständigen Kampf gegen den Zionismus und gegen seinen [sic!] das Volksbewusstsein vergiftenden und paralysierenden Behauptungen über den angeblichen Niedergang und Verfall des jüdischen Volkes in der Diaspora.²⁴²

Abramovičs Skepsis an der zionistischen Idee wurde von zahlreichen ZeitgenossInnen geteilt. In diesem Zitat ist sie gepaart mit der politisch hart geführten rhetorischen Auseinandersetzung zwischen Bundismus und Zionismus.

Eine fünfte Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen im Berliner Exil bestand aus denjenigen, die sich zu keiner der oben erwähnten Exilparteistrukturen zugehörig fühlten. Als JournalistInnen, WissenschaftlerInnen, ÜbersetzerInnen, LiteratInnen oder MitarbeiterInnen von Hilfsorganisationen agierten sie im Exil als sozialistische politische Intellektuelle. Sie werden im Folgenden als linke JiddischistInnen bezeichnet. Generell handelte es sich um eine in ihrer politischen Zugehörigkeit sehr diverse Gruppe; mehrheitlich können ihre Mitglieder jedoch dem jüdischen Territorialismus zugeordnet werden.

242 Abramovič, Rafail: Zionismus und Sozialismus. (unveröffentlichtes Manuskript). S. 17 und S. 22. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 39.

Linke JiddischistInnen beteiligten sich in Form von Publikationen sowie der Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen an zeitgenössischen politischen Debatten. Ihre Parteiunabhängigkeit ermöglichte ihnen eine intellektuelle Auseinandersetzung mit Themen ohne bestehende Parteizwänge. Für die 1920er Jahre lassen sich bei einigen von ihnen noch fließende Übergänge zwischen sozialistischer und kommunistischer Zugehörigkeit feststellen. Debatten über die Gründung einer möglichen jüdischen Sowjetrepublik auf der Krim oder der jüdischen Sowjetrepublik Birobidžan im fernen Osten des Landes wurden in einer anderen Weise geführt als bei ExilantInnen, die sich qua Parteimitgliedschaft bereits von der Sowjetunion distanzieren.

Unterschiede im politischen Selbstverständnis innerhalb der sozialistischen Exilgruppe sind am einfachsten über die Parteizugehörigkeit nachvollziehbar. Darüber hinaus bestanden aber auch innerhalb der einzelnen Exilparteien teils deutliche Unterschiede. Ein Beispiel hierfür ist die wiederkehrende Debatte über den Umgang mit und die politische Bewertung der Sowjetunion, die auch innerhalb der SDAPR kontrovers geführt wurde. Besonders der linke Flügel der Partei hoffte bis Mitte der 1920er Jahre auf eine durch inneren Druck erzwungene politische Öffnung der Sowjetunion. Die größte Gefahr sahen sie in einer von außen herbeigeführten Konterrevolution, weswegen sie die Sowjetunion rhetorisch vor zu starken Angriffen zu schützen versuchten.²⁴³ Ganz anders beurteilte jedoch der rechte Parteiflügel die Lage innerhalb der Sowjetunion. Grigorij Binštok bezeichnete Mitte der 1920er Jahre die Bol'seviki als „grössten Feind der Arbeiterbewegung“.²⁴⁴ In diesem Duktus riefen auch andere Mitglieder des rechten Parteiflügels die internationale sozialistische Bewegung zu konkreten Handlungen gegenüber der Sowjetunion auf.

An diesem und anderen Beispielen kann aufgezeigt werden, dass die beträchtliche Heterogenität innerhalb der kleinen Exilgruppe auch mit einer für Außenstehende irritierenden rhetorischen Härte in politischen Auseinandersetzungen einherging. In Bezug auf die Flügelkämpfe innerhalb der SDAPR begründete Fëdor Dan dies gegenüber dem Sozialdemokraten Karl Kautsky mit Erfahrungen aus dem Revolutionsjahr 1917:

Was Sie [Karl Kautsky] für unsere Sektiererei halten und den spezifischen Verhältnissen der Illegalität und der Emigration zuschreiben, fusst in Wirklichkeit in den Erlebnissen der Revolutions- und Bürgerkriegszeit und in unserer Einschätzung der Umstände, in denen im

²⁴³ Vgl. für die SDAPR Schöler, *Die Auslandsdelegation der russischen Sozialdemokratie*, S. 135f.

²⁴⁴ Vgl. Brief von Grigorij Binštok an Karl Kautsky vom 22.12.1924. Eingesehen in: AdsD, Nachlass Karl und Luise Kautsky, Nr. 653.

heutigen Russland der Kampf für die politische Demokratie und für das Auferstehen der Sozialdemokratie, als einer proletarischen Massenpartei, geführt werden kann und muss. [...] Und diesen Kompromiss vereiteln oder erschweren durch eine ganz nutzlose „Einigung“ mit verschiedenen Emigrantengruppen hätte ich für einen Fehler gehalten: auch für unsere Partei, die durch „Bürgerkriegssünden“ der anderen demokratischen und sozialistischen Gruppen nicht belastet ist (wohl aber durch die Sünden der Koalition des Jahres [19]17!).²⁴⁵

Mit seiner Argumentation unterstreicht Dan die fortdauernde Relevanz der Erfahrungen aus den osteuropäischen Lebenswelten während der Exilzeit. Mehrheitlich war der Standpunkt verbreitet, dass es einer größeren Kompromiss-, Koalitions- und Bündnisbereitschaft erst nach der angestrebten Rückkehr in eine demokratische Sowjetunion bedürfe. Faktisch hatte dies jedoch eine Verfestigung der ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Parteien und Fraktionen zur Folge.²⁴⁶ Andererseits erfüllten die harten rhetorischen Auseinandersetzungen sicherlich auch einen weiteren Zweck. Hieraus ergab sich eine Daseinsberechtigung für die Exilparteien, die nur über eine sehr geringe politische Gestaltungsmacht verfügten. In der Tendenz lässt sich eine Zunahme der Intensität der Debatten im Laufe der Exiljahre feststellen, die mit einem Schwinden der Hoffnung auf grundlegende Veränderungen in der politischen Situation in Osteuropa einherging, womit auch die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr in die Sowjetunion schwand.

2.3.3 Osteuropäisch-jüdische Zugehörigkeiten

Eine Rekonstruktion der in der Exilgruppe existierenden unterschiedlichen osteuropäisch-jüdischen Zugehörigkeiten erscheint ungleich komplexer als die Darstellung der verschiedenen politischen Zugehörigkeiten. Eine große Herausforderung ist hierbei, dass jüdische Zugehörigkeiten stärker in einem Wechselverhältnis zwischen Selbstverortung und Fremdzuschreibung entstehen und nicht ausschließlich den eigenen Selbstverständnissen entsprechen müssen. Bei der Darstellung der vielfältigen osteuropäisch-jüdischen Zugehörigkeiten sind daher Herkunft, Sprache und eigenes Selbstverständnis der ExilantInnen sowie Vorurteile und Antisemitismus aufseiten der Mehrheitsgesellschaft mit einzubeziehen.

²⁴⁵ Brief von Fëdor Dan an Karl Kautsky vom 05.05.1929. Zitiert nach: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Brief Nr. 208, S. 371–380. Hier S. 376 f.

²⁴⁶ Vgl. für diese Einschätzung Dubnova-Erlich, Sofija: Chleb i Maza. Vospominanija. Stichi Rasnich Let. Sankt-Petersburg 1994. S. 204.

Das jüdische Selbstverständnis kann, wie bereits beschrieben, kontextabhängig als eine religiöse, nationale oder ethnisch-kulturelle Zugehörigkeit verstanden werden. Daneben ist für die sozialistische Bewegung vor dem Holocaust ebenfalls das Phänomen der von Isaac Deutscher als „non-Jewish Jews“ bezeichneten Personen bedeutend. Deutscher versteht hierunter Intellektuelle jüdischer Herkunft, die sich bewusst von dieser Herkunft distanzieren, durch Fremdzuschreibung jedoch immer wieder auf sie zurückgeworfen wurden. Dieses Phänomen betraf auch mehrere Mitglieder der Exilgruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen. Sie begegneten zum einen Antisemitismus und bewegten sich zum anderen in einem Umfeld, in dem auch Theorien eines jüdischen Nationalverständnisses Bedeutung hatten.

Um dem Phänomen des „non-Jewish Jew“ im Kontext der osteuropäischen ArbeiterInnenbewegung gerecht zu werden, plädiert der Osteuropahistoriker Frank Golczewski dafür, bei der Analyse der vielfältigen osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten einen differenzierten Blick beizubehalten und bei den jüdischen Zugehörigkeitsformen auch „jüdischstämmige [...] Sozialisten in anderen säkularen Parteien, die sich nicht als Juden verstanden haben“²⁴⁷, einzubeziehen. In einer ähnlichen Weise spricht sich die Historikerin Stefanie Schüler-Springorum im deutschsprachigen Kontext dafür aus, kommunistische Biografien „wieder in die jüdische Geschichte hereinzuholen“²⁴⁸. Die vorliegende Studie folgt diesen Anregungen und orientiert sich damit am Konzept des „historical Jew“ des Historikers Joseph Gorny. Nach diesem bildete sich jüdische Zugehörigkeit vor dem Holocaust „auf Basis kollektiver historischer Erfahrung und Erinnerung“, sodass alle, die eine solche Erfahrung teilten, „einem jüdischen Erlebnisraum zugeschrieben werden“²⁴⁹. Einer sich hieraus vermeintlich ergebenden Schwierigkeit der definitorischen Ungenauigkeit entgegnet der Sozialwissenschaftler Philip Mendes mit dem Hinweis, dass die Definition, wer jüdisch sei, sich je nach Zeit und Ort verändere und deshalb je nach Kontext immer wieder neu erläutert werden müsse.²⁵⁰

247 Golczewski, Jüdische Welten in Osteuropa?, S. 25.

248 Schüler-Springorum: „Dazugehören“. S. 168. Vgl. für die Thematik auch das Nachwort in Zadoff, Der rote Hiob, S. 291–306.

249 Zitiert nach: Zadoff, Der rote Hiob, S. 302; ebenfalls: Gorny, Joseph: Foreword. In: Ben-Rafael, Eliezer (Hrsg.): Jewish Identities. Fifty Intellectuals Answer Ben Gurion. Leid/Boston/Köln 2002. S. xi–xiii. Hier S. xvi.

250 Vgl. Mendes, Jews and the Left, S. 3f. Verschiedene Selbstverständnisse und theoretische Ansätze dafür, was jüdisch ist, sind in folgender Publikation aufgeführt: Ben-Rafael, Eliezer (Hrsg.): Jewish Identities. Fifty Intellectuals Answer Ben Gurion. Leid/Boston/Köln 2002.

Golczewskis und Schüler-Springorums Plädoyer des Einbezugs von RevolutionärInnen jüdischer Herkunft aus nichtjüdischen Parteien in die Forschung über jüdisches Leben im Europa der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wird durch enzyklopädische Einträge aus den 1920er Jahren gestützt. Das in dieser Zeit publizierte *Jüdische Lexikon* unterscheidet zwischen einem „jüdischen Sozialismus“ und einem Begriff der „sozialist[ischen] Bewegung unter den J[uden] [...], der viel breiter ist und auch den Anteil der J[uden] an der sozialist[ischen] Bewegung der verschiedenen Völker mit umfaßt“²⁵¹. Wurde im westlichen Europa der Begriff Jüdisch vornehmlich als religiöse Attribuierung verstanden, stand er in osteuropäisch-sozialistischen Zusammenhängen oftmals für eine nationale beziehungsweise ethno-kulturelle Zugehörigkeitsform innerhalb eines Vielvölkerstaates, die sich in politischen Konzepten der national-kulturellen Autonomie des *Bund* und dem Streben nach einer territorialen Autonomie der Judenheiten durch zionistische und territorialistische Parteien ausdrückte.

Die jüdische Zugehörigkeit der in Berlin lebenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen lässt sich in drei prototypische Gruppierungen unterteilen. „Non-Jewish Jews“ stellten innerhalb der Exilgruppe die quantitative Mehrheit dar. Ihre jüdische Herkunft besaß für die eigene gesellschaftliche und politische Verortung keine Relevanz. Politisch stritten sie für einen sozialistischen Internationalismus in dem alle nationalen, kulturellen und religiösen Zugehörigkeiten obsolet werden sollten. Hieraus folgte gegenüber den osteuropäischen Judenheiten die Forderung nach einer sprachlichen und kulturellen Assimilierung. Von großen Teilen des gesellschaftlichen Umfeldes wurden „non-Jewish Jews“ weiterhin als jüdisch wahrgenommen.²⁵²

Die AnhängerInnen des Bundismus bildeten innerhalb der Exilgruppe den zweiten Prototyp osteuropäisch-jüdischer Zugehörigkeit. Aus dem politischen Selbstverständnis einer in Osteuropa auszulebenden *doikhayt* und einer sprachlichen und kulturellen *yiddishkayt* heraus verstanden sie die osteuropäischen Judenheiten als eine nationale Minderheit auf dem Gebiet des russländischen Vielvölkerstaates. Dieses nationale jüdische Selbstverständnis verbanden sie in ihrem Parteiprogramm mit sozialistischen Theorien.

251 Tartakower, Arie: Sozialismus, jüdischer. In: Herlitz, Georg/Kurschner, Bruno (Hrsg.): Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden. Bd. 4,2. Berlin 1927. Sp. 516–522. Hier Sp. 517.

252 Dies trifft bspw. auf Fëdor Dan und in Teilen auf Vladimir Voytinsky zu. Dan trat 1908 zum griechisch-orthodoxen Glauben über. Vgl. Jebrak, Mit dem Blick nach Russland, S. 111. Voytinskys Eltern ließen sich und ihren Sohn taufen. Vladimir Voytinsky selbst trat 1905 offiziell vom orthodox-christlichen Glauben zum jüdischen Glauben über. Vgl. Kursky, Franz: Fun iberzetsner. In: Voitinski, V[ladimir]: Dos iohr 1917. Erinerungen. Abgedruckt in: Di tsukunft, Vol. 9 (1924), Nr. 9.

Der dritte Prototyp waren die AnhängerInnen eines territorialen Nationalismus, worunter sowohl ZionistInnen als auch TerritorialistInnen zu subsumieren sind. Beide politische Richtungen einte das Ziel, die (osteuropäisch-)jüdische Zugehörigkeit durch ein territoriales, sozialistisch geprägtes Staatsgebiet beizubehalten. Wichtiger theoretischer Ausgangspunkt war hierbei die Annahme, dass der Gefahr des Antisemitismus durch einen territorialen jüdischen Staat besser begegnet werden könne. Ferner sollte dieser Staat auch die größten Entfaltungsmöglichkeiten für vielfältiges jüdisches Leben bieten und den ebenso befürchteten Assimilierungsprozess der Judenheiten stoppen.

Im Folgenden wird anhand der in Berlin bestehenden KooperationspartnerInnen aus der Mehrheitsgesellschaft aufgezeigt, inwieweit der Migrationsprozess der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen aus dem russländischen Vielvölkerstaat in den deutschen Nationalstaat das jeweilige jüdische Zugehörigkeitsverständnis infrage stellte. Für den Prototyp der „non-Jewish Jews“ lassen sich dabei kaum Veränderungen ausmachen. Sie glichen in ihrem Internationalismus der deutschen Sozialdemokratie und fanden unter diesen politisch Gleichgesinnte. Große Schnittmengen gab es auch zwischen osteuropäischen ZionistInnen und westeuropäischen zionistischen Organisationen. Allerdings existierte für die sozialistischen ZionistInnen kein parteipolitisches Äquivalent in der Weimarer Republik, dennoch fanden sie ebenfalls unter sozialistischen PolitikerInnen individuelle MitstreiterInnen, die sich für eine jüdische Staatsgründung im Mandatsgebiet Palästina einsetzten. Die tatsächliche zionistische Bewegung unterschied sich jedoch in Westeuropa von der in Osteuropa. Zum einen bestand in Westeuropa keine größere, explizit zionistische Partei, zum anderen waren die zionistischen Organisationen aufgrund der unterschiedlichen sozialen Zusammensetzung der Judenheiten in Ost und West in Westeuropa weniger fokussiert auf sozialistische Gesellschaftskonzepte.

Im Gegensatz zu den AnhängerInnen des Zionismus gab es für den jüdischen Territorialismus kaum Anknüpfungspunkte innerhalb der Weimarer Republik. Aufgrund dieser fehlenden Anschlussfähigkeit zur deutschen ArbeiterInnenbewegung, bewegten sie sich mit ihren theoretischen Konzepten fast ausschließlich innerhalb der osteuropäisch-jüdischen Exilgruppe und entwarfen innerhalb des jiddischsprachigen Handlungsraums verschiedene Konzepte jüdischer Nationalstaatlichkeit. Jakob Leschtsinsky vermerkte hierzu, dass während der Berliner Exilzeit bis zu zehn unterschiedliche Projekte des jüdischen Territorialismus diskutiert wurden, von denen sich mehrere auf das Staatsgebiet der Sowjetunion bezogen.²⁵³ Ähnlich erging es den BundistInnen: Auch ihre politischen Konzepte wiesen kaum Schnittmengen zu denen der deutschen ArbeiterInnenbewegung

253 Vgl. Estraiikh, Jacob Lestschinsky, S. 222.

auf. Da sie weder eine quantitativ bedeutende Zahl jüdischer ArbeiterInnen hinter sich versammeln noch auf gesetzlich festgeschriebene Minoritätenrechte verweisen konnten, fehlte es ihnen im Berliner Exil an tagespolitischer Relevanz. Von ihren drei parteipolitischen Grundpfeilern konnten sie ausschließlich an das Konzept der *yiddishkayt*, des linguistischen und kulturellen Bezugs zur jiddischen Sprache, anknüpfen. Die Konzepte der *doymkayt* und der national-kulturellen Autonomie, „mit de[nen] die jüdische Minderheit ausdrücklich in den multiethnischen Kontext des Russischen Reiches eingeordnet wurde“²⁵⁴, ließen sich nicht auf das Berliner Exilleben übertragen. Ihr politisches Engagement richtete sich daher in erheblichem Maße auf den Kampf für eine baldige Rückkehr nach Osteuropa. Für dieses Ziel kooperierten sie mit anderen sozialistischen Strukturen wie der Exilparteivertretung der SDAPR, dem *Bund* in Polen und bundischen Strukturen in den USA, wodurch die in Berlin gelebte *yiddishkayt* zu einem internationalistischen Selbstverständnis avancierte:

Ein Ziel hatte Kurskys Generation [von BundistInnen]: Das eigene Volk innerhalb einer Welt von befreiten Völkern und Menschen zu sehen, im Wissen darum, dass es nicht ein einzelnes befreites Volk innerhalb einer unterjochten Welt geben kann. [...] Yiddishkayt hing in seinem Verständnis unteilbar mit Menschlichkeit zusammen.²⁵⁵

In Berlin bestand die konkrete politische Arbeit der BundistInnen im Aufbau von einer parteipolitischen Exilvertretung und in der Durchführung von kulturpolitischen Aktivitäten, beispielsweise in Form von jiddischsprachigen Diskussionsveranstaltungen oder Publikationen.

Die drei beschriebenen Prototypen osteuropäisch-jüdischer Zugehörigkeit können nur in eingeschränkter Weise auf die einzelnen Mitglieder der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen angewandt werden, da sich diese zum Teil einer eindeutigen Zuordnung entziehen. Beispielsweise erschwert die in Berlin stattgefundene enge Kooperation zwischen der Exilstruktur der SDAPR und dem *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* eine exakte Zuordnung der Parteimitglieder. Mehrere ExilantInnen engagierten sich in beiden Exilparteien und versuchten bewusst, bestehende Differenzen zwischen Bundismus und russländischer Sozialdemokratie während der Exilzeit zurückzustellen und diesbezügliche Debatten erst nach Überwindung des Exils wieder zuzulassen.²⁵⁶ Ebenfalls gab es unterscheidende Zugehörigkeitszuschreibungen in verschiedenen

²⁵⁴ Pickhan, Vom Ereignis zum Mythos, S. 131.

²⁵⁵ Levin-Shazkes, I.: A dor vos iz avek. In: Der veker, Vol. 29 (1950), Nr. 1. S. 3–5. Hier S. 4.

²⁵⁶ Vgl. Abramovič, Rafail: K nazional'nomy voprosu. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 17/18. S. 10–13.

Sprachräumen. So wurde beispielsweise Rafail Abramovič in der jiddischsprachigen Presse der 1920er Jahre als berühmter Bundist, im russisch- und deutschsprachigen Kontext hingegen primär als russischer Sozialdemokrat wahrgenommen.²⁵⁷ Diese Unterschiede können nicht ausschließlich als sich widersprechende Fremdzuschreibungen abgetan werden, sondern erscheinen ferner auch als eine divergierende Selbstverordnung in den jeweiligen Sprachräumen.

Diese divergierende Selbstverordnung von Abramovič ist ein eindrückliches Beispiel für die Schwierigkeit einer prototypischen Zuordnung. Das Auseinanderdividieren der osteuropäisch-jüdischen und der osteuropäisch-sozialistischen Zugehörigkeit erscheint in analytischer Hinsicht für ein besseres Verständnis der Exilgruppe notwendig, es entspricht aber oftmals nicht den zeitgenössischen lebensweltlichen Realitäten der ExilantInnen. So urteilt auch die Historikerin Svetlana Jebrak über Lidija Dan, dass diese „weder den Russen noch den Juden zugeneigt [war]. Sie fühlte sich als Vertreterin der russisch-jüdischen Intellektuellen mit marxistischer Prägung“²⁵⁸. Dieses mehrschichtige Zugehörigkeitsverständnis Dans steht ebenfalls für die mehrschichtigen Zugehörigkeiten der ExilantInnen aus dem Russländischen Reich. Das Selbstverständnis, russisch-jüdische Intellektuelle mit marxistischer Prägung zu sein, stellte für die osteuropäischen Lebenswelten vor dem Ersten Weltkrieg eine in sich kohärente Zugehörigkeitsform dar. Auf die Berliner Lebenswelten der Weimarer Republik war diese Zugehörigkeitsform jedoch nicht eins zu eins übertragbar, da außerhalb der Exilgemeinschaft kaum Selbstverständnisse einer jüdischen ArbeiterInnenbewegung bestanden. Hieraus resultierten bei unterschiedlichen Individuen während der Exilzeit Verschiebungen zwischen der osteuropäisch-jüdischen und russländischen Zugehörigkeit, die je nach Handlungsraum und Zeitpunkt feststellbar sind.

Nicht nur durch den Migrationsprozess, auch im Laufe der Berliner Exilzeit lassen sich Veränderungen im osteuropäisch-jüdischen Selbstverständnis feststellen. So gab es in den Anfangsjahren bei der Mehrheit der ExilantInnen im deutschsprachigen Handlungsraum nur ein sehr geringes bis gänzlich fehlendes öffentliches Bekenntnis zur osteuropäisch-jüdischen Zugehörigkeit. Dennoch blieb es für viele ExilantInnen selbstverständlich, die jiddische Sprache zu benutzen, einige eigneten sich diese gar erst zu diesem Zeitpunkt an. In der Spät-

257 Im New Yorker *Forverts* vom 02.05.1922 wird Abramovič als „berühmter bundischer Anführer“ vorgestellt. Vgl. *Di berliner konferents fun di sotsialistische internatsionalen*. In: *Forverts*, Vol. 25 (1922), Nr. 8,949 (02.05.1922). Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 36.

258 Jebrak, *Mit dem Blick nach Russland*, S. 149.

phase der Berliner Exilzeit – einhergehend mit dem Anstieg des Antisemitismus in der Weimarer Republik – kam es wiederum zu einer verstärkten öffentlichen Repositionierung zur eigenen osteuropäisch-jüdischen Herkunft. Bis zu einem gewissen Grad müssen die ausgedrückten Zugehörigkeiten somit auch als Repliken auf die gesellschaftliche Umgebung und die Umstände verstanden werden.²⁵⁹

Ein diesbezüglich besonders eindrückliches Beispiel, welches über Generationen und die Berliner Exilzeit hinausreichte, ist von Pëtr Garvi und dessen Sohn Juri überliefert. 1933, kurz nach der Flucht aus Berlin und der Ankunft in Paris, berichtete Pëtr Garvi, dass sein Sohn Juri sich trotz deutscher Schulbildung und Engagement in der deutschen Jugendbewegung nicht mehr deutsch, sondern russisch fühle. Der Parteifreund Grigorij Aronson fragte daraufhin, was denn passieren müsse, damit Juri sich jüdisch fühlen würde. Da Pëtr Garvi weder sich selbst noch seinen Sohn zu diesem Zeitpunkt als jüdisch wahrnahm, hatte er keine Antwort auf diese Frage. Wenige Jahre später sollte Juri als Soldat gegen das nationalsozialistische Deutschland kämpfen. Im Militär nannte er sich Juri Garvi-Bronshteyn, wobei der verwendete Geburtsname seines Vaters auf seine jüdische Herkunft verwies. Sein Vater, gebürtiger Pëtr Bronshteyn, war 1880 in Odessa geboren worden und entstammte den jüdischen Lebenswelten des Russländischen Reiches. Auch die ersten Kontakte von Pëtr Garvi zur ArbeiterInnenbewegung, die dieser in späteren Jahren nicht mehr hervorhob, entstanden innerhalb dieser Umgebung. Juri Garvi hatte sich während des Zweiten Weltkrieges durch die Namensführung die von seinem Vater abgelegte osteuropäisch-jüdische Zugehörigkeit in Teilen wieder angeeignet.²⁶⁰

Die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen standen im Berliner Exil einer neuen gesellschaftspolitischen Realität gegenüber, die zum Teil nicht in vollem Einklang mit den eigenen Zugehörigkeitsverständnissen gebracht werden konnte. Der Weg nach Berlin ging einher mit einem Weggang aus einem Vielvölkerstaat in einen westeuropäischen Nationalstaat. Diese Veränderung der politischen Rahmenbedingungen durchliefen osteuropäisch-jüdische SozialistInnen jedoch nicht ausschließlich innerhalb des Exils, durch Nationalstaatsgründungen vollzog sich dieser Transformationsprozess nach dem Ersten Weltkrieg auch in Ostmitteleuropa.²⁶¹ Nichtsdestotrotz bestanden große Unterschiede zwischen dem Berliner

259 Vgl. Jebrak, Mit dem Blick nach Russland, S. 179f.

260 So die Erinnerungen von Grigorij Aronson. Vgl. Aronson, Grigori: S. Ivanovitsh un P. Garvi – der zhurnalst un der partey-mentsh. In: Aronson, Grigorij [Aronson, Grigori]: *Rusish-yidishe inteligents. Khlal-tuer, shrayber, politiker, tragishe geshtaltn*. Buenos Aires 1962. S. 166 – 172.

261 Für theoretische Überlegungen in Bezug auf den polnischen *Bund*, der nach dem Ersten Weltkrieg auch einen Übergang von der Tätigkeit in einem Vielvölkerstaat hin zur Tätigkeit in der

Exilleben und der Situation in ostmitteleuropäischen Staaten: In der Weimarer Republik gab es mit Ausnahme der aus Osteuropa importierten Exilstrukturen keine organisierte jüdische ArbeiterInnenschaft. Ferner verstand sich die überwiegende Mehrheit der dortigen Jüdinnen und Juden in Bezug zum Staat nicht, wie es in Ost- und Ostmitteleuropa der Fall war, als nationale, sondern als religiöse Minderheit.²⁶² Sozialistische Parteien entwickelten in Deutschland im Zuge des Nationalstaatsverständnisses und aufgrund des Fehlens quantitativ bedeutender nationaler Minderheiten nur äußerst schwach ausgeprägte politische Minoritätenkonzepte.²⁶³

Die fehlenden Anknüpfungsmöglichkeiten an sozialistische Lebenswelten in Westeuropa waren im Laufe der 1920er Jahre nicht das einzige Problem des osteuropäisch-jüdischen Sozialismus. Er geriet durch die blutigen Pogrome während des Bürgerkriegs und die daran anschließende politische Gewaltherrschaft der Bol'seviki auch auf dem Territorium der Sowjetunion unter starken politischen Druck. Eine Situation, die aus dem Exil heraus mit großer Sorge beobachtet wurde: ZionistInnen, BundistInnen und TerritorialistInnen betrachteten das ab 1922 bestehende Verbot jüdisch-sozialistischen Parteiengagements als eine erzwungene Assimilation, die mittelfristig die Einzigartigkeit und Vielfalt der jüdisch-revolutionären Bewegung der Sowjetunion beenden würde.

Es bleibt festzuhalten, dass die osteuropäisch-jüdische Zugehörigkeit nach dem Ersten Weltkrieg generell in Veränderung begriffen war. Zionistische Gruppierungen orientierten sich noch stärker Richtung Mandatsgebiet Palästina; territorialistische und bundische ExilantInnen suchten sowohl im Exil als auch in der ostmitteleuropäischen Heimat nach politischer Anschlussfähigkeit. Diese Veränderungen wurden bei den in dieser Studie betrachteten BundistInnen, ZionistInnen und TerritorialistInnen durch den Migrationsprozess jedoch weiter verstärkt. Weniger Einfluss auf das eigene Selbstverständnis hatte der Migrationsprozess bei den der Exilgruppe angehörenden „non-Jewish Jews“, die aufgrund ihrer eigenen Selbstverortung außerhalb der osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten auch eine große Anschlussfähigkeit an sozialistische Parteien im westlichen Europa besaßen. Erst durch das Erstarken des Antisemitismus zu Beginn der 1930er Jahre wurden auch sie gezwungenermaßen auf ihre osteuropäisch-jüdische Herkunft zurückgeworfen.

Zweiten Polnischen Republik, in der gesetzlich festgeschriebene Minderheitenrechte für die jüdische Bevölkerung vorgesehen waren, durchlief, vgl. Pickhan, „Gegen den Strom“, S. 71–78.

262 Gesetzlich galten in der Weimarer Republik ausschließlich DänInnen, FriesInnen, LitauerInnen, PollInnen und WendInnen als nationale Minderheiten.

263 Vgl. Eley, *Forging Democracy*, S. 92.

2.4 Zwischenresümee

In diesem Kapitel wurde die Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen in zwei unterschiedlichen Zeiträumen charakterisiert. Mit besonderer Berücksichtigung zahlreicher Selbstzeugnisse von später in Berlin lebenden ExilantInnen stellten die ersten beiden Unterkapitel die Erfahrungen osteuropäisch-jüdischer RevolutionärInnen vor der Berliner Exilzeit dar. Diese Erfahrungen, die die ExilantInnen von anderen zeitgenössischen sozialistischen und jüdischen Gruppierungen unterschieden, prägten sie und diese Prägung trugen sie in den Berliner Exilraum. Im dritten Unterkapitel wurde die Heterogenität der Exilgruppe während der Exilzeit im Berlin der Weimarer Republik mit besonderer Berücksichtigung der unterschiedlichen politischen und osteuropäisch-jüdischen Selbstverortungen und Fremdzuschreibungen herausgearbeitet.

Die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen teilten den gemeinsamen Berliner Exilort sowie einen gemeinsamen Erfahrungshintergrund. Letzterer setzte sich aus einem osteuropäisch-jüdischen Erfahrungssatz und einem osteuropäisch-revolutionären Erfahrungsbefund zusammen. Die Erfahrungen aus der Zeit vor der Februarrevolution von 1917 können als ein doppelter politischer Emanzipationskampf beschrieben werden: Osteuropäisch-jüdische SozialistInnen setzten sich für die osteuropäische ArbeiterInnenschaft im Allgemeinen und die dortige jüdische ArbeiterInnenschaft im Speziellen ein. Trotz der Einigkeit in diesen Zielen unterschieden sich jedoch in erheblichem Maße die politischen Konzepte für einen Weg dorthin.

Die späteren ExilantInnen, entstammend aus sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts im Umbruch befindenden osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten, lehnten dort vorherrschende religiöse sowie kulturelle Bräuche und Pflichten weitestgehend ab. Trotz dieses vorgenommenen kulturellen und gesellschaftlichen Bruchs blieben sie im Russländischen Reich bis 1917 Betroffene der andauernden antijüdischen Gesetzgebung. Darüber hinaus trat ihnen seit den 1880er Jahre aus der nichtjüdischen Bevölkerung offener Antisemitismus entgegen, der sich in Form von gewalttätigen Pogromwellen mit mehreren hundert Todesopfern ausdrückte. Obwohl nicht alle osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen direkte Betroffene dieser Pogromwellen waren, verdeutlichen die ausgewerteten Selbstzeugnisse, dass die osteuropäisch-jüdischen RevolutionärInnen durch die Geschehnisse zu einer Selbstpositionierung gezwungen wurden. Die ausgewerteten Selbstzeugnisse stützen ebenfalls die These des US-amerikanischen Historikers Yuri Slezkine, der – aufgrund der besonderen gesellschaftlichen Stellung der Judenheiten im 20. Jahrhundert – in Bildung und Sprachfähigkeiten zwei wichtige Schlüsselkompetenzen von Jüdinnen und Juden für die Moderne sieht. Ebenso erwiesen sie sich als wichtige Anknüpfungspunkte zur revolution-

nären Bewegung, an die osteuropäisch-jüdische SozialistInnen häufig erstmalig über selbstorganisierte Studienzirkel in Kontakt kamen.²⁶⁴ Die große Relevanz des Zugangs zu alternativen Bildungsangeboten und säkularer Literatur zeigt sich ebenfalls an den zahlreich entstandenen regionalen Lese- und Bibliotheksstrukturen. Diese Bildungsräume hatten in zweifacher Weise eine besondere Bedeutung: Einerseits waren sie säkulare Alternativen zur weiterhin stark verbreiteten religiösen Bildung innerhalb der jüdischen Lebenswelten; andererseits waren sie Alternativen zu staatlichen Bildungseinrichtungen, in denen gesetzliche und gesellschaftliche Ausschlüsse gegenüber Jüdinnen und Juden vorherrschten.

Der geteilte osteuropäisch-revolutionäre Erfahrungsbefund setzte sich aus den Ereignissen der Revolutionsjahre 1905 und 1917 und deren Nachwirkungen, langjähriger Erfahrung illegaler Parteiarbeit sowie häufigen Exilaufenthalten und Verbannungen zusammen. Besonders die beiden russländischen Revolutionsjahre waren geteilte Erfahrungen, die die späteren ExilantInnen in starker Weise prägten. Retrospektiv dienten sie als Nachweis dafür, dass Massenbewegungen Veränderungen und gesellschaftspolitischen Fortschritt gegenüber einem autoritären Regime erzwingen können. Zugleich waren sie Lehrstücke für hoffnungsvoll beginnende, aber auf längere Sicht gescheiterte Revolutionen. Ebenfalls hatten Exilvertretungen und Unterstützungsgruppen im westeuropäischen Ausland eine besondere Bedeutung für die revolutionäre Bewegung Osteuropas, weswegen sie in einem Wechselverhältnis zwischen politischer Arbeit innerhalb des Reiches und dem Exil betrachtet werden sollten. Die Exilvertretungen wurden als Reaktion auf die rigide staatliche Verfolgungspolitik aufgebaut. Ferner wurden im Ausland Parteitage einberufen und Redaktionsgruppen gebildet. Zudem pflegten die Exilvertretungen Austausch zu anderen sozialistischen Parteien, unterstützten aus dem Russländischen Reich geflohene RevolutionärInnen und organisierten die Produktion und den Transport von illegalen Publikationen nach Osteuropa.

Nach dem Ersten Weltkrieg sollte die Hauptstadt der Weimarer Republik zu einem der bedeutendsten zeitgenössischen osteuropäisch-sozialistischen Exilorte avancieren. Von Berlin aus rangen linke JiddischistInnen, ZionistInnen, BundistInnen, Sozialrevolutionäre und osteuropäische SozialdemokratInnen in russischer, deutscher und jiddischer Sprache über Zukunftskonzepte für Osteuropa, debattierten über das Verhältnis zu den osteuropäischen Judenheiten und mischten sich in Debatten der internationalen ArbeiterInnenbewegung ein. Mit der SDAPR, dem *Bund*, der SR, der *Russländischen Zionistisch-Sozialistischen Partei* und der *Poale-Tsion* verlagerten fünf sozialistische Parteien, die vor dem Ersten Weltkrieg im jü-

²⁶⁴ Vgl. Slezkine, *Das jüdische Jahrhundert*, S. 41, S. 69 und S. 136f.

dischen Ansiedlungsrayon aktiv waren, zeitweilig Parteivertretungen nach Berlin. Ebenso lebten in der Stadt parteipolitisch unabhängige, aber biografisch durch die sozialistische Bewegung geprägte JournalistInnen, LiteratInnen und WissenschaftlerInnen.

Der Weg ins Berliner Exil stellte für die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen einen politischen und biografischen Bruch dar. Dabei transferierten die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen ihre Erfahrungen aus einem osteuropäischen Vielvölkerstaat vor dem Ersten Weltkrieg in das Berlin der Weimarer Republik. Für gut ein Jahrzehnt wurden dadurch sowohl die politische Diversität des Sozialismus aus dem Gebiet des jüdischen Ansiedlungsrayons samt osteuropäischer Parteien als auch die Zugehörigkeit zu verschiedenen Ausprägungen des osteuropäisch-jüdischen Sozialismus in Berlin „konserviert“. Allein aufgrund ihres Alters – die Mehrheit der ExilantInnen war in den 1920er Jahren bereits über 40 Jahre – erschienen der Migrationsprozess auf der einen und der Umgang mit einer neuen Umgebung, Sprache und politischen Kultur auf der anderen Seite als große Herausforderung. Sicherlich war dies ein gewichtiger Grund dafür, dass die heterogene politische Parteienvielfalt des früheren jüdischen Ansiedlungsrayons für mehrere Jahre in einer völlig neuen politischen Umgebung Bestand hatte. Zugleich gerieten die ExilantInnen samt ihren Zugehörigkeitsverständnissen und Erfahrungen durch den Migrationsprozess auch in eine stärkere Interaktion mit den sozialistischen Handlungsräumen Westeuropas.

Das Leben im Exil und die neuen politischen Rahmenbedingungen für Europa nach dem Ersten Weltkrieg führten ebenso dazu, dass die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen ihre eigenen Zugehörigkeitskonzeptionen, politischen Konzepte und ideologischen Grundsätze infrage stellten und neu aushandelten. Für selbstverständlich gehaltene Konzepte aus dem Russländischen Reich waren innerhalb eines Nationalstaates, wie es die Weimarer Republik war, politisch und gesellschaftlich nicht anschlussfähig. Die im multinationalen Vielvölkerstaat gelebte, mehrschichtige osteuropäisch-jüdische und zugleich sozialistische Zugehörigkeit bestand zwar während des Exils fort, sie konnte jedoch nicht unverändert in den deutschen Sprachraum übertragen werden.

Bis zu diesem Zeitpunkt einzigartig war die Konstellation, dass die osteuropäischen SozialistInnen von einer sich selbst als revolutionär verstehenden Partei ins Exil gedrängt wurden. Diese Erfahrung verfestigte die sich nun manifestierende, aber bereits vor dem Ersten Weltkrieg beginnende Spaltung innerhalb der internationalen ArbeiterInnenbewegung in eine sozialistische und eine kommunistische Bewegung. Zugleich zeigt die Gruppe in Berlin lebender parteiunabhängiger, linker JiddischistInnen, dass diese Spaltung während der Zwischenkriegszeit zumindest außerhalb fester Parteistrukturen noch überwunden werden konnte.

Die im öffentlichen Raum der Weimarer Republik bis 1933 erlebten politischen, journalistischen und kulturellen Freiheiten und Entfaltungsmöglichkeiten waren in vielerlei Hinsicht ein Gegenentwurf zu den Erfahrungen aus dem Russländischen Reich, Sowjetrussland und der entstehenden Sowjetunion. Nur kurzzeitig – nach der Revolution von 1905 und der Februarrevolution von 1917 – erfuhren die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen vergleichbare Rahmenbedingungen in Osteuropa. Während ihrer Berliner Exilzeit veröffentlichten sie zahlreiche Publikationen und gründeten Exilparteistrukturen, Vereine, Debatteklubs, Verlage sowie Hilfsorganisationen. Ihre Herkunft aus einem multiethnischen Raum ermöglichte es ihnen, multilingual zu agieren: Sie schufen einen jiddischsprachigen sozialistischen Handlungsraum; zugleich beteiligten sie sich am russisch- und deutschsprachigen. Diese migrantische Vielfalt ist eine bisher noch nicht in Gänze dargestellte Facette des „Roten Berlins“ der Weimarer Republik, welches nach dem Ersten Weltkrieg zu einer „bedeutenden Drehscheibe für Nachrichten und Informationen zwischen Ost- und Westeuropa sowie den USA“²⁶⁵ avancierte. Sie wird im nachfolgenden zweiten Kapitel detailliert nachgezeichnet.

²⁶⁵ Saß, Berliner Luftmenschen, S. 437. Vgl. auch Brinkmann, Ort des Übergangs.